



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009:
Wahlen im Spannungsfeld zwischen nationaler und euro-
päischer Ebene“

Verfasser

Dieter Feierabend, Bakk.rer.soc.oec.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ. -Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger

„Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluss von Hunderten von Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten“

Auszug aus Winston Churchills „Rede an die akademische Jugend“ vom 19. September 1946 in Zürich.

Danksagung

Der Weg von der Idee, was ich in meiner Diplomarbeit schreiben möchte, bis zur Fertigstellung, ist lang, mühsam, aber auch spannend und sehr lehrreich gewesen. In diesem Zeitraum haben mich viele Personen begleitet bei denen ich mich für ihre Unterstützung bedanken möchte. Einige von ihnen möchte ich hervorheben:

Univ. Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger, für die Unterstützung während des Verfassens dieser Arbeit. Die Vorschläge und Bemerkungen für eine Verbesserung der Diplomarbeit haben mir sehr geholfen.

Meine Familie, die mich finanziell, aber auch moralisch während meines Studiums unterstützt hat. Es ist auch im 21. Jahrhundert nicht selbstverständlich, dass ein „Arbeiterkind“ mit Hauptschulabschluss die Möglichkeit hat, an der Universität zu studieren. Besonders in den Stunden, in denen ich an mir gezweifelt habe, wart ihr eine große Stütze.

Meine Freunde, besonders Martin, Matthias, Angelika und Max, die für genügend Ablenkung von Arbeit und Lernen gesorgt haben, sowie immer ein offenes Ohr für meine Probleme hatten.

Therese Kaiser, für hilfreiche Tipps und Tricks, sowie das Korrekturlesen dieser Arbeit.

Danke!

Inhaltsverzeichnis

1.	Die Wahlen zum Europäischen Parlament – eine Einführung	5
1.1.	Einleitung.....	5
1.2.	Theoretischer Überbau	6
1.3.	Second-order Theorie	8
1.4.	Quasi-Switching und Counterfactual Modell	10
2.	Modellkritik, Hypothesen.....	19
2.1.	Grundsätzliche Kritikpunkte	19
2.2.	Quasi-switcher und Counterfactual Modell: Trennung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen noch zeitgemäß?	21
2.2.1.	Definition von Stamm- und WechselwählerInnen	23
2.3.	Verwendetes theoretisches Modell und Hypothesen	24
3.	Operationalisierung, Variablen- und Methodenauswahl	27
3.1.	Methodischer Zugang	27
3.2.	Auswahl der verwendeten Variablen.....	28
3.3.	Fallauswahl und Datensatz.....	30
3.4.	Operationalisierung.....	32
3.5.	Die österreichischen Parteien und ihre Einstellung zur europäischen Integration	33
3.6.	Empirische Vorstellung der Variablen und des Datensatzes	35
4.	Europäische Integration: Grundsätzliche Differenzen?	45
5.	Europäische Integration: Differenzen in verschiedenen Politikfeldern?	51
5.1.	Politikprojekte	51
5.1.1.	Einheitliches Steuersystem	51
5.1.2.	Gemeinsames Sozialversicherungssystem.....	55
5.1.3.	Gemeinsame Außenpolitik.....	58
5.1.4.	Mehr Hilfe für EU-Regionen	61
5.1.5.	Zusammenfassung Politikprojekte.....	64
5.2.	Politikfelder	66
5.2.1.	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	66
5.2.2.	Einwanderung	69

5.2.3.	Umwelt	73
5.2.4.	Verbrechensbekämpfung	76
5.2.5.	Gesundheit	79
5.2.6.	Agrarpolitik	82
5.2.7.	Energie	85
5.2.8.	Finanzen und Steuern	87
5.2.9.	Fazit Politikfelder	89
6.	Exkurs: HPM-WählerInnen im Vergleich zu anderen Wählergruppen	92
7.	Schlussfolgerungen der Arbeit	96
8.	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	98
8.1.	Tabellenverzeichnis	98
8.2.	Abbildungsverzeichnis	99
9.	Quellenverzeichnis	101
10.	Zusammenfassungen, Lebenslauf	105
10.1.	Zusammenfassung	105
10.2.	Abstract	106
10.3.	Curriculum Vitae	107

1. Die Wahlen zum Europäischen Parlament – eine Einführung

1.1. Einleitung

Das Europäische Parlament (EP) findet – sowohl hinsichtlich seiner Größe als auch durch seine multinationale Zusammensetzung – politisch, wissenschaftlich und medial große Aufmerksamkeit. Am Beginn stand der Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951, der ein beratendes Gremium von 78 ParlamentarierInnen aus den jeweiligen nationalen Parlamenten der sechs Mitgliedsstaaten vorsah¹ (<http://www.europarl.at>, 24.03.2010). Seit dieser Zeit haben sich viele Veränderungen ereignet: Erhalt und stetiger Ausbau von legislativen Kompetenzen, stärkere Involvierung in den Entscheidungsprozessen und letztendlich die Direktwahl der Mitglieder des EP seit 1979. Aus einem beratenden Gremium entwickelte sich ein – im europäischen Institutionengefüge – vollwertiger Akteur auf supranationaler Ebene und „*bildet in vielfältiger Hinsicht einen Gegenpol zum europäischen Rat*“ (Wessels 2006, 88).

Innerhalb der Politikwissenschaft sehen wir verschiedene Forschungsfelder die sich mit dem EP beschäftigen. Diskurse über den Platz des EP im institutionellen Setting auf europäischer Ebene, seine (demokratische) Struktur, Diskussionen über Parteien und deren europäische Parteienfamilien, Wahlbeteiligung, Wahlverhalten und einiges mehr. Seit der Einführung der Direktwahl stellt sich die Frage wie die Wahlergebnisse zu interpretieren sind. Eine essentielle Frage hierbei ist, ob die Wahlen zum Europäischen Parlament aus einer nationalen oder europäischen Perspektive zu sehen sind. Ein wesentliches Modell für diese Frage ist das second-order Modell von Schmitt/Reif (1980). Sie gehen von einer Dominanz der nationalen Ebene aus. Andere Ansätze wie Van der Eijk (1996) oder Van Egmond (2007) sehen einen Einfluss der europäischen Ebene, insbesondere das Thema europäische Integration. Studien wie Börzel/Risse (2003) oder Lefkofridi/Kritzinger (2008) legen den Schluss nahe, dass europäische Integration in Verbindung

¹ Einen genaueren geschichtlichen Überblick bietet das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich: <http://www.europarl.at/view/de/PARLAMENT/history.html>

mit verschiedenen Politikfeldern untersucht werden sollte. Auch diese Arbeit widmet sich der Struktur von EP-Wahlen. Die Forschungsfrage lautet:

Unterscheidet sich die Einstellung zur europäischen Integration von Stamm- und WechselwählerInnen? Wenn ja, in welchen Politikfeldern?

Um diese Frage zu beantworten wird die second-order Theorie vorgestellt und Alternativen wie quasi-switching und das Counterfactual Modell in Bezug auf die Europäische Integration diskutiert werden. Darauf aufbauend werden wir uns mit (europäischen) Politikfeldern und deren Wichtigkeit für diese Modelle beschäftigen, sowie einen alternativen Ansatz für die Analyse von NichtwählerInnen bei EP-Wahlen einführen.

1.2.Theoretischer Überbau

Bei der Betrachtung von Wahlen und deren Ergebnissen über einen gewissen Zeitraum stellt sich allgemein die Frage: *„Why ... individuals vote for different parties in different elections?“* (Carrubba/Timpone 2005, 261). Grundsätzlich – so die Autoren sehen sie zwei Hauptargumente mit denen diese Frage beantwortet werden kann (261): *„One possible reason is that individual preferences change over time.“* bzw. *„... another possible reason is simply that individuals might sincerely want different policies pursued in different legislative chambers“.*

Was bedeutet dies für Wahlen zum Europäischen Parlament? Eine Änderung des Wahlverhaltens auf mehreren Ebenen (multilevel elections) lässt sich nach Carrubba/Timpone (2005, 262 ff.) bzw. Koepke/Ringer (2006) durch vier grundsätzliche Theorien erklären:

1. Referendum Voting

WählerInnen sind an Policy outcomes interessiert. Während nationale Wahlen einen Einfluss auf verschiedene Policies haben, werden EP Wahlen keinen Einfluss zugeschrieben. Wahlen zum Europäischen Parlament werden von den Wahlberechtigten daher als Referendum über die Performance der nationalen Regierung gesehen. (e.g. Reiff/Schmitt 1980 oder Marsh 1998).

2. Sincere Voting

Ausgangsbasis ist das Argument, dass eine der wesentlichsten Funktionen von nationalen Wahlen die Bildung einer nationalen Regierung ist. Aufgrund dieser Funktion werden taktische Interessen (Wer stellt die Regierung?) in den Vordergrund gestellt. Insbesondere gilt dies für Kleinparteien. Würden diese den Einzug in das nationale Parlament verfehlen, so würde die Stimme „verschwendet“, da kein Einfluss auf die Regierungsbildung genommen würde. Da bei EP-Wahlen die Regierungsbildungsfunktion nicht vorhanden ist, ergibt sich die Möglichkeit Parteien zu wählen deren Politikpräferenzen mit den eigenen am besten zusammenpassen. Taktische Gründe können vernachlässigt werden. (e.g. Reiff/Schmitt 1980, Franklin/Wlezien 1997, Franklin 1995)

3. Politikpräferenzen & Governance

Ausgangsbasis ist die Frage „*Why might individuals vote switch across national and EP elections if they believe the EP does have at least some policy influence?*“ (Carrubba/Timpone 2005, 263). Ein Argument ist, dass die Bevölkerung unterschiedliche Politikpräferenzen auf unterschiedlichen Ebenen hat. Als erklärendes Beispiel für dieses Argument wird gerne auf die Unterschiede zwischen Kongress- und Präsidentschaftswahlen verwiesen. (e.g. Clarke/Steward 1998, Jacobson 1990, Uslaner 1990)

4. Balancing Theory

Namensgebend ist die „balancing theory“ von Morris Fiorina (1996). Sie besagt, dass die Bevölkerung sich stärker für Policy outcomes als der Frage wer die Regierung stellt interessiert. Die Balancing Theorie geht davon aus, dass die Wahlberechtigten die Policy outcomes als Resultat von Entscheidungen eines politischen Mehrebenensystems sehen.

Zeit- sowie Platzgründe lassen es nicht zu, sich genauer mit allen vier Ansätzen zu beschäftigen. Für diese Arbeit ist der dritte Ansatz, also Politikpräferenzen & Governance von Bedeutung. Carrubba/Timpone fassen die Bedeutung dieser Theorien für die EP-Wahlen wie folgt zusam-

men (2005,264): „*In sum, there are two types of motivations for vote switching across elections. Individuals may be casting different votes in EP elections because they perceive the election as second-order or because they believe supporting different parties will help achieve more desirable policy outcomes*“. Die folgenden Unterkapitel werden sich dieser Aussage annehmen. Die second-order Theorie geht von einer Dominanz von nationalen Wahlen aus, während die Definition von quasi-switching sowie das dazugehörige Counterfactual Modell von der Grundannahme ausgeht, dass eine Änderung des Wahlverhaltens durch europäische Faktoren bestimmt ist.

1.3.Second-order Theorie

In Bezug auf das Wahlverhalten auf europäischer Ebene sehen wir in der Politikwissenschaft eine Dominanz der so genannten Second-order Theorie von Hermann Schmitt und Karlheinz Reiff (1980). Die Dominanz der Second-order Theorie ergibt sich dadurch, dass sie – im Gegensatz zu anderen Studien wie Franklin (e.g. 2007)– sowohl für die Partizipation an EP-Wahlen (Wahlbeteiligung) als auch für deren Resultate (insbesondere im Vergleich mit den Resultaten der nationalen Wahlen) einen Erklärungsansatz liefert. Schmitt und Reiff definieren zwei Typen von Wahlen: Als „first-order elections“ werden nationale Wahlen definiert, deren Ausgang eine mögliche Veränderung der Regierung zu Folge hat. Alle anderen Wahlen, die nicht mit der Bestimmung der nationalen Regierung zusammenhängen werden „second-order elections“ genannt (Vgl. Norris 1997). Die Logik hinter diesem Modell ist wie folgt: Nach Hix/Marsh (2007) ist das oberste Ziel von Parteien und Politikern das Erreichen bzw. halten von Regierungsämtern auf nationaler Ebene. In allen europäischen Staaten ist daher die Wahl zu den jeweiligen nationalen Parlamenten von entscheidender Bedeutung, da sie – wie erwähnt – Einfluss auf die Regierungsbildung nehmen.

Michael Marsh und Mark Franklin fassen die Hauptcharakteristika von second-order elections wie folgt zusammen: „... *these are ‚second-order‘ national elections: national in the sense that voters are driven by national political cues, even though national power may not be at stake. ... But these second-order elections are characterized by the same party system and are fought by*

the same parties as first-order elections“ (Marsh/Frankin 1996, 11-12). Als Kernthese kann also festgestellt werden, dass Second-order elections nicht von first-order elections getrennt werden können, da sie im selben politischen System stattfinden (Vgl. Marsh 1998). Ausgehend von dieser Definition sind nach Reiff/Schmitt Wahlen zum Europäischen Parlament second-order elections.

Was bedeutet dies nun für WählerInnenpräferenzen? Basierend auf der Abhängigkeit der politischen Arena auf nationaler Ebene (first order) spielen für die Wahlentscheidung daher nationale Politikfelder sowie die Frage nach nationaler Regierungs- bzw. Oppositionszugehörigkeit eine Bedeutung. Eine Wahlentscheidung in einer first-order Wahl muss jedoch nicht zwingend bedeuten, dass in second-order elections dieselbe Partei gewählt wird. WählerInnen könnten – beispielsweise bei der Wahl zum Europäischen Parlament – Kleinparteien wählen, die sie in nationalen first-order Wahlen nicht in Betracht ziehen würden (Stichwort „verschenkte Stimme“) bzw. die nationale Ebene als solche (Regierungsperformance) könnte ein Grund für eine Änderung des Wahlverhaltens darstellen (Vgl. Marsh/Frankin 1996).

Aus diesen Überlegungen lassen sich in der second-order Theorie drei Thesen aufstellen (Vgl. Reiff/Schmitt 1980):

1. Verglichen mit nationalen Wahlen wird die Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen geringer sein
2. Parteien die an der nationalen Regierung beteiligt sind, haben mit Verlusten zu rechnen
3. Kleinparteien schneiden bei EP-Wahlen besser ab, als auf nationaler Ebene während Großparteien im Vergleich ein schlechteres Ergebnis zu erwarten haben

Meine Forschungsfrage beschäftigt sich mit Einstellungen zur europäischen Integration. Welchen Einfluss hat sie in der Second-Order Theorie? Gemäß der soeben gegebenen Ausführungen hat das Issue „europäische Integration“ keinen (bzw. einen vernachlässigbar kleinen) Einfluss auf die Wahlentscheidung bzw. der Partizipation auf europäischer Ebene, da diese Wahlen aus einer rein nationalen Perspektive zu sehen sind. Auch die individuellen Politikfelder werden

aus einer nationalen Sichtweise bewertet, eine Europäisierung bzw. die Fragestellung ob einzelne Politikfelder auf EU-Ebene behandelt werden sollen stellt sich nicht.

Seit der Publikation der second-order Theorie ist diese im Bereich der electoral behaviour studies für jede EP-Wahl angewandt worden. Die entsprechenden Forschungsergebnisse zeigten bisher durchwegs eine Bestätigung der Dominanz der nationalen Ebene (u.a. Marsh 1998, Schmitt 2005). Für die Wahlen zum EP 2004 jedoch zeigte Schmitt, dass sich dieses Konzept ohne Modifikation nicht mehr anwenden lässt (Schmitt 2005). Angesichts der Resultate in den neuen Mitgliedsstaaten greift das Konzept der second-order Theorie in zwei von drei Annahmen zu kurz. Schmitt sieht zwar noch die Struktur der second-order election für die EP-Wahlen, wenn auch eine Änderung ersichtlich ist (Schmitt 2005, 20). Köpke/Ringe (2006) stellten in ihren Betrachtungen der EP-Wahlen 2004 fest, dass es in den neuen Mitgliedsländern die EP-Wahl nicht als Zwischen- oder Protestwahl für die jeweiligen nationalen Regierungen gesehen werden kann. Sie argumentieren daher, dass die second-order Theorie mit ihren Ausgangsparametern zumindest einer Überarbeitung bedarf, sofern sie nicht als solches verworfen wird.

Auch die Schlussfolgerungen des ‚less at stake‘ Gedankens für EP-Wahlen (da sie lt. second-order Theorie keinen Einfluss auf die Regierungsbildung haben) kann nicht gehalten werden (Köpke/Ringe 2006, 341): *„Although voters clearly believe less to be at stake in these elections, as the SOE model would suggest, they do not use them to vote ‚with the boot‘“*.

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist die zeitliche Differenz zwischen den Erhebungszeitpunkten (Zeitunterschied zwischen nationalen und EP-Wahlen) die in der second-order Theorie durch den Wahlzyklus definiert wird. Dies ist die Ausgangsbasis für die Definition von quasi-switchern sowie dem Counterfactual Modell.

1.4. Quasi-Switching und Counterfactual Modell

Michael Marsh und Mark Franklin (1996) stellen fest, dass die Vergleichszeitpunkte (letzte nationale Wahl mit EP Wahl) ein Problem darstellen (S.22): *„A mayor problem with Reif’s model*

arises from our difficulty in saying how much support government parties would have received had the European election been national ones". Der Vergleich der Ergebnisse der Europawahlen mit den zuletzt stattfindenden nationalen Wahlen lässt – so die Sichtweise der Autoren – die zu erwartende Änderung von Wählerpräferenzen im Laufe der Zeit außer acht. Eine Veränderung der Popularität lasse sich – nach Franklin und Marsh – durch drei mögliche Komponenten erklären (Vgl. S.22):

1. Zeitliche Komponente: Der Zeitpunkt der EP Wahl innerhalb des nationalen Wahlzyklus
2. Strukturelle Komponente: Der Fakt, dass es sich um eine second-order election handelt
3. Statistische Komponente: Änderung der Grundlinie des Regierungsvertrauens, sowie Annahmen bezüglich der Verlaufsform der Variable Regierungsvertrauen

Van der Eijk und Franklin (1996a) wollen wissen ob die Wahlen zum Europäischen Parlament wirklich „europäisch“ sind und warum die Resultate dieser Wahlen verglichen mit Wahlen auf nationaler Ebene unterschiedliche Ergebnisse vorweisen. Laut den Autoren lassen sich diese Fragestellungen auf folgende Frage zurückführen (S.35): „*What kind of an electoral connection (if any) is created between the European voter and the European Parliament, and how does it affect the legitimacy of European policies or the direction taken by European integration?*“. Im Gegensatz zur second-order Theorie sehen wir hier also eine theoretische Einbindung von europäischen Politikfeldern mit besonderer Hervorhebung der europäischen Integration.

Um feststellen zu können ob EP-Wahlen eine europäische Komponente besitzen, werden die Ergebnisse der EP-Wahlen gleichzeitig mit (hypothetischen) nationalen Parteipräferenzen verglichen (Vgl. Franklin/van der Eijk 1996a, 46 ff.). Personen die unterschiedliche Präferenzen in der Wahlabsicht zwischen beiden Ebenen angeben werden als **„quasi-switcher“** definiert. „*This term, ..., is not intended to imply change over time, but merely a contrast between voting preferences at the European and national levels*“ (Franklin/van der Eijk 1996a, S.47). Die wesentlichsten Vorteile dieses Ansatzes lassen sich wie folgt beschreiben:

- Im Gegensatz zum second-order Modell sind die Veränderungen der WählerInnenpräferenzen nachvollziehbar, womit ein „europäischer Einflussfaktor“ (sofern vorhanden) erkannt werden könnte
- Bisher wurde das spezifische Wahlverhalten von Einzelpersonen mittels Aggregatdaten analysiert. Durch den quasi-switcher Ansatz ist es möglich mittels Individualtaten Erklärungsansätze zu geben.
- Das second-order Modell geht von einer Dominanz der nationalen Ebene aus. Damit verbunden ist das Parteienschema. Die national kandidierenden Parteien treten auch auf europäischer Ebene an. Parteien die nur auf europäischer Ebene kandidieren sind nicht in diesem Modell erfasst. Die Restriktion auf nationale Parteien ist in dem Modell von Van der Eijk und Franklin nicht vorhanden.

Neben dieser Definition der quasi-switcher beschäftigen sich die Autoren auch mit der Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung Wahlen zum Europäischen Parlament sind größtenteils geringer als bei anderen Wahlen. Es ist also möglich, dass die Differenzen der Wahlergebnisse sich aufgrund der Wahlbeteiligung ergeben ohne dass WählerInnen (die zu beiden Wahlen gehen) unterschiedlich wählen. Um dies zu berücksichtigen müssen daher die Wahlpräferenzen von WählerInnen und NichtwählerInnen verglichen werden (Vgl. Franklin/van der Eijk 1996a, 47).

Eine der wichtigsten Fragen – so Van der Eijk und Franklin – ist, ob die Partizipation an Wahlen beeinflusst wird durch politisches Interesse bzw. Präferenzen. Ziel ist es herauszufinden ob die niedrige Beteiligung an den Wahlen zum EP durch Einstellungen in Bezug auf die EU beeinflusst wird. Sie schlagen daher ein Modell mit Demografischen Variablen, Variablen zur generellen Einstellung von Wahlen und Parteien (Interesse an Politik, Nähe zu politischen Parteien, ...), das Wahlverhalten auf nationaler Ebene, sowie die Einstellung zur EU und der europäischen Integration (Vgl. Franklin/van der Eijk 1996a, 49). Die Unterscheidung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen erklären sie wie folgt (S.49-50): „... *that we should not consider the distinction between voting and non-voting in the European elections to be the consequence of European factors as long as pre-existing factors have not been included in the explanation.*“

Nun stellt sich die Frage was sind „europäische Faktoren“ bzw. welchen Einfluss haben sie auf das Wahlverhalten? Ohne explizit darauf einzugehen haben Franklin und van der Eijk bei der Definition des Begriffs quasi-switcher mögliche Faktoren genannt: die europäische Integration sowie europäische Politikfelder. Auch diese Arbeit verwendet die europäische Integration als wesentliche Variable für die Erklärung der Forschungsfrage. Was ist unter diesem Begriff zu verstehen und weshalb könnte er einen Erklärungsansatz liefern? Die erstmalige Verwendung erfolgte im Gründungsvertrag der Westeuropäischen Union (WEU) 1954. Artikel 8, Absatz 1 besagt, dass (<http://www.weu.int/>, 05.10.2010):

„For the purposes of strengthening peace and security and of promoting unity and of encouraging the progressive integration of Europe and closer co-operation between Them and with other European organizations, the High Contracting Parties to the Brussels Treaty shall create a Council to consider matters concerning the execution of this Treaty and of its Protocols and their Annexes.“

Die europäische Integration ist als verstärkte Zusammenarbeit bzw. der Vereinheitlichung diverser Policies zu sehen. Im Bereich der Politikwissenschaft behandelt dies unter anderem das Feld der Integrationstheorien, wobei es sich hierbei um (Nohlen/Schulze 2004,389) *„Theorien die sich auf dem Felder der Internationalen Beziehungen schwerpunktmäßig mit der Frage nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen befassen, unter denen souveräne Nationalstaaten zu einer größeren Gemeinschaft zusammenwachsen (können).“* handelt. Da sich diese Arbeit jedoch mit dem Wahlverhalten beschäftigt wollen wir nicht näher auf Integrationstheorien eingehen. Jedoch wollen wir feststellen, dass es sich hierbei um einen wichtigen Faktor bei der Analyse des Wahlverhaltens auf europäischer Ebene handelt.

Neben Franklin und van der Eijk sehen auch andere AutorInnen das Konzept der second-order Theorie kritisch. Roberto Biorcio (2005) untersucht die Fragestellung, welchen Einfluss europäische Faktoren auf das Wahlverhalten ausüben in verschiedenen Mitgliedsländern der Europäischen Union (Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien). Es zeigen sich sowohl im zeitlichen Verlauf als auch zwischen den WählerInnen der politischen Parteien deutliche Differenzen

in der Beurteilung der Europäischen Integration. Er kommt zu der Auffassung, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten auf europäischer Ebene und der Einstellung zur europäischen Integration gibt (Vgl. Biorcio 2005, 9 ff.).

Wenn nun europäische Faktoren einen Einfluss besitzen und es sich damit nicht um einen reinen nationalen Themenwettbewerb handelt, wie sieht dies nun auf EU-Ebene aus? Hooge/Marks/Wilson (2002) sind der Ansicht, dass der mögliche "Faktor" europäische Integration in einzelne Politikfelder werden sollte um Unterschiede im Wahlverhalten zu erklären (1984): *„By disaggregating European integration into component policies, a detailed, explicable pattern of support and opposition comes into view.“* Folgende Themenfelder werden vorgeschlagen (2002, 966): *„One must, we believe, disaggregate European integration into its particular policies (e.g., environmental, cohesion, and fiscal policy) to answer these questions accurately“.*

Auch Hix/Marsh (2007) stellen sich diese Frage (498): *„What would a „truly European contest“ look like?“*. Ihrer Ansicht nach müsste eine Analyse anhand der Politikfelder, die auf europäischer Ebene behandelt werden, analysiert werden (498): *“The powers of the European Parliament relate primarily to regulation of the single market, such as environmental or social standards“*. Beide Arbeiten sehen also die Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- oder Umweltpolitik als geeignete Untersuchungsfelder. Ein weiterer Grund für die Untersuchung von Politikfeldern wird von Carrubba/Timpone genannt (2005, 261): *„However, whereas it is hard to argue that the EP is the coequal of a national parliament, less policy influence than a national legislature does not mean devoid of policy influence.“*

Einige Publikationen zeigen, dass in den Wahlkämpfen zu den Europawahlen die Europäische Integration in vielen Facetten diskutiert (Franklin/Curtice 1996, Worre 1996, Schmitt 1996). Hierbei werden sowohl allgemeine Fragen der europäischen Integration behandelt, wie die Diskussion um die Mitgliedschaft, den Ausbau der europäischen Integration als solches, sowie spezifische Themenfelder wie beispielsweise die Agrarpolitik in Irland oder Großbritannien (Marsh/Franklin 2006, 25). Marsh/Franklin stellen fest, dass (2006,25): *„Nevertheless, in Den-*

mark (...), Britain and Ireland (...) and Germany (...) significant proportions of voters did identify European Issues.“. Dies bedeutet also, dass in den Wahlkämpfen das Thema europäische Integration sowie konkrete Projekte in vielen unterschiedlichen Themenfeldern diskutiert werden und als europäische Faktoren gesehen werden können.

Auch Roberto Biorcio (2005) behandelt konkrete politische Projekte in seiner Fragestellung welche Faktoren die Wahlentscheidung beeinflussen. Bei der Frage ob es eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft geben soll, zeigen sich in allen untersuchten Ländern Unterschiede zwischen den Parteien sowie zu der Gruppe der NichtwählerInnen (Vgl. Biorcio 2005, 13-16).

Wie die vielfältige Literatur zeigt, sehen wir eine Aufteilung des Themas Integration in mehrere europäische Faktoren: die generelle Einstellung zur europäischen Integration, die Einstellung zur europäischen Integration in Politikfeldern und die Einstellung zur europäischen Integration bei konkreten politischen Projekten.

Marcel van Egmond versucht mit der Definition des Counterfactual Modell festzustellen, ob „europäische Faktoren“ vorhanden sind, und wenn ja welche. Er stellt fest, dass (2007, 35) *“... politicians and the media often discuss the outcomes of European elections in terms that refer to the national, not European political arena. In doing so, it is a commonplace to present the election outcome in terms of the composition of the national parliament hat this election been a national one.”* sowie *“... what if voters do not act the same in European and national parliamentary elections?”* (Van Egmond 2007, 35).

Wie Franklin und van der Eijk sieht van Egmond ein unterschiedliches Wahlverhalten zwischen nationaler und europäischer Ebene. Sein Modell baut auf den Ansätzen von Franklin und van der Eijk auf. Personen werden zu einem Zeitpunkt nach ihrem Wahlverhalten auf nationaler und europäischer Ebene befragt. Die Differenz zwischen diesen Ergebnissen wird durch den quasi-switching Effekt (also eine Änderung des Wahlverhaltens zwischen beiden Fragen) sowie

einem turnout Effekt (Wahlbeteiligung) erklärt. Die Effekte werden wie folgt definiert (Vgl. Van Egmond 2007, 43):

- Für den turnout Effekt werden auf nationaler Ebene, die relativen Anteile der Parteien² von Personen die auf EU-Ebene wählen mit den relativen Anteilen der Parteien des gesamten Samples verglichen.
- Der quasi-switching Effekt ergibt sich durch den Vergleich der relativen Anteile der Parteien auf nationaler und europäischer Ebene, wobei nur Personen berücksichtigt werden die auf EU-Ebene ihre Stimme abgeben würden.

Jeder der beiden Effekte kann sowohl positive als auch negative Werte annehmen. Addiert man die beiden Effekte so ergibt sich die Differenz zwischen den Ergebnissen der Parteien auf nationaler und europäischer Ebene.

Welchen Vorteil bringt der Vergleich zwischen nationaler und europäischer Ebene an einem Zeitpunkt und warum sollte nicht das Ergebnis der EP Wahlen mit den letzten nationalen Wahlen verglichen werden, wie dies im second-order Modell der Fall ist? Van Egmond erklärt dies anhand eines Fallbeispiels. Das Ergebnis der EP-Wahlen 1999 in Deutschland wird mit dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl (1998) sowie einer hypothetischen Bundestagswahl die zum gleichen Zeitpunkt wie die EP-Wahlen erhoben wurde. Während der Vergleich mit der Wahl 1998 alle genannten Feststellungen der second-order Theorie erfüllen würde (schlechtes Abschneiden der Regierungsparteien, etc.) zeigt ein Vergleich mit einer hypothetischen Bundestagswahl, dass sich seit der Bundestagswahl die Präferenzen der WählerInnen auf nationaler Ebene geändert hat und darüber hinaus europäische Faktoren (also quasi-switching) nachgewiesen werden kann (Vgl. Van Egmond 2007, 39).

² Unter den relativen Anteilen der Parteien ist folgendes zu verstehen: Wie hoch ist der %-Anteil der Partei verglichen mit allen abgegebenen Stimmen. Der turnout Effekt lässt sich also wie folgt erklären: Es werden 2 Gruppen erstellt. Die erste Gruppe beinhaltet alle Personen die angeben auf EP-Ebene zur Wahl zu gehen. Die zweite Gruppe beinhaltet das gesamte Sample. Nun wird der %-Anteil für jede Partei in beiden Gruppen erhoben und miteinander verglichen. Ähnlich berechnet sich auch der quasi-switching Effekt.

Anschließend versucht van Egmond zu Ergründen welche Variablen das quasi-switching erklären. Als Untersuchungseinheit werden die Parteien gewählt und mittels Indikatoren wie z.B. Einstellung der Partei zur europäischen Integration soll der quasi-switching Effekt erklärt werden. Die Einstellung der Partei zur europäischen Integration sollte einen signifikanten Einfluss spielen, wenn die Wahlauseinandersetzung auf europäischer Ebene nicht durch nationale Politikfelder beeinflusst wird. Frühere Untersuchungen zeigten, dass die Position von Parteien im Links-Rechts Spektrum sowie die Größe der Parteien einen Einfluss spielen. Je moderater die Positionierung einer Partei(in Bezug auf die Links-Rechts Skala) bzw. größer sie ist, desto schlechter schneidet sie in EP-Wahlen ab (Vgl. Van Egmond 2007, 45-47).

Van Egmond zeigt, dass erstmals die Einstellung der Parteien zur europäischen Integration einen signifikanten Einfluss auf die Erklärung des quasi-switching Effektes hat. Anhand der Ergebnisse geht er davon aus, dass europäische Wahlen verglichen mit hypothetischen nationalen Wahlen Unterschiede aufweisen. Parteien die der europäischen Integration negativ gegenüberstehen erreichen positive Werte im quasi-switching Effekt. Gleichzeitig wurde gezeigt, dass einige Annahmen des second-order Modells wie die geringe Wahlbeteiligung oder der Effekt, dass kleinere Parteien auf EU-Ebene bessere Ergebnisse erzielen ebenso bestätigt wurden (Vgl. Van Egmond 2007, 50).

Neben den bisher genannten Kritikpunkten (second-order Modell so nicht mehr anwendbar bedingt durch die neuen Mitgliedsländer, europäische Faktoren, etc.) gibt es weitere Ansätze, die zu einer Überarbeitung der second-order Theorie bzw. der Verwendung des Counterfactual Modells anregen. In der second-order Theorie wird unterschieden zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen. Letztere partizipieren nicht an EP-Wahlen, so Reiff/Schmitt, da diese im Gegensatz zu nationalen Wahlen nicht die Regierungszusammensetzung beeinflussen (office gaining). In Bezugnahme auf die Annahmen der second-order Theorie zeigen die Ergebnisse von Carrubba/Timpone(2005), dass der „less at stake“ Gedanke für EP-Wahlen so nicht mehr gehalten werden kann. Desweiteren ist die Wahl von Kleinparteien nicht zwingend darauf zurückzuführen, welchen Stellenwert die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Sichtweise der

WählerInnen hat (Carrubba/Timpone 2005, 279): „ *First, this is the first evidence that individuals actually vote in EP elections because they care directly about who gets into the EP. ... Second, ... suggests that voting for opposition parties or smaller parties is not necessarily a product of individuals' treating EP election as second-order*“.

Letzteres – so die Autoren – hängt auch mit einem Anstieg der Kompetenzen des EP zusammen (279): „*First, the EP is becoming an increasingly important legislative chamber. ... Second, there is no reason to presume that individuals should vote the same in the two elections just because they consider both important*“.

Nach Hix/Marsh sind die Wahlen zum Europäischen Parlament wie folgt zu charakterisieren: Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind nicht mehr als reine second-order Wahlen zu sehen, jedoch sind europäische Faktoren in vielen Staaten nur sehr gering ausgeprägt (Vgl. Hix/Marsh 2007, 506).

2. Modellkritik, Hypothesen

In Kapitel eins wurden die für diese Arbeit wichtigsten Modelle vorgestellt. Ich habe dargestellt ob und inwiefern Europäische Integration und diverse Politikfelder für die Wahlentscheidung auf europäischer Ebene vorhanden sind, und als „europäischer Faktor“ betrachtet werden können. Dieses Kapitel widmet sich allgemeinen Kritikpunkten der genannten Modelle. Anschließend widme ich mich der Frage, ob die von Franklin/van der Eijk angeführte Begründung für die Trennung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen weiter Gültigkeit besitzt. Aus den daraus folgenden Erkenntnissen wird ein überarbeitetes Modell für die Untersuchung unserer Forschungsfrage definiert und die Hypothesen formuliert.

2.1. Grundsätzliche Kritikpunkte

Wie in Kapitel eins schon kurz erwähnt, ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu sehen, dass es Parteien gibt die auf europäischer Ebene kandidieren, jedoch nicht auf nationaler oder regionaler Ebene. Ein Blick auf die kandidierenden Parteien der letzten beiden EP-Wahlen verdeutlicht dies. Bei den Parlamentswahlen 2004 erreichten Gruppierungen wie die Liste Hans-Peter Martin in Österreich, Junilistan in Schweden oder die dänischen JuniBevægelsen Sitze im europäischen Parlament³. Bei den darauf folgenden Wahlen 2009 kandidierte mit der Partei Libertas eine Gruppierung die sich besonders stark gegen den Lissabon-Vertrag engagierte und in insgesamt 14 Mitgliedsländern zur Wahl angetreten ist⁴. Außerdem erreichten auch die schwedische Piratenpartei und die österreichische Liste Hans-Peter Martin Sitze im Parlament. Besonders die letztgenannte Liste erreichte ein bemerkenswertes Ergebnis: Mit 17,67% und drei Mandaten wurde die Liste Hans-Peter Martin in Österreich zur drittstärksten

³ Resultate und die Anzahl der Mandate entnommen von der Homepage des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu>

⁴ Wahlergebnisse sowie alle Staaten in denen Libertas kandidiert hat sind unter

http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/new_parliament_en.html erreichbar.

Kraft⁵. Warum ist dieser Parteientypus für diese Arbeit von Interesse? WählerInnen von Parteien die nur auf europäischer Ebene kandidieren sind – per Definition – quasi-switcher. Da ja davon ausgegangen wird, dass quasi-switcher durch europäische Faktoren erklärt werden kann, könnte dies auch für diesen Parteientyp gelten. Welche Auswirkungen hat dies für die bisher erklärten Modelle?

In der second-order Theorie sind Parteien die nur auf europäischer Ebene kandidieren nicht vorgesehen. Durch die Dominanz der nationalen Ebene sowie der Annahme, dass die EP-Wahlen wie die Summe von nationalen Wahlen an einem gemeinsamen Zeitpunkt zu betrachten sind, können keine Parteien vorhanden sein die nicht auch auf nationaler Ebene kandidieren. Ein Auftreten dieses Parteientyps widerspricht also den Grundannahmen des second-order Modells. Anders sieht dies im Counterfactual Modell aus. Wichtig für die Berechnung der turnout bzw. quasi-switching Effekte ist der Prozentanteil der Parteien auf nationaler Ebene bzw. die Frage ob die Befragten an der Wahl zum EP teilgenommen haben. Ein Antritt einer Partei rein auf europäischer Ebene würde daran nichts ändern⁶.

Das Fehlen der europäischen Ebene verbunden mit europäischen Faktoren als Erklärungsansatz für die Differenzen des Wahlverhaltens zwischen nationaler und europäischer Ebene, das Fehlen einer Möglichkeit Parteien die nur auf EU-Ebene kandidieren in die second-order Theorie zu integrieren, und die Feststellung, dass der „less at stake“ Gedanke für EP-Wahlen nicht zutreffend ist, sind die wesentlichsten Punkte wieso die second-order Theorie zu kurz greift.

⁵ http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/austria_en.html

⁶ Bei den Berechnungen der Effekte werden die Befragten in zwei Gruppen eingeteilt (siehe Kapitel 1). Für den turnout Effekt ist nur relevant, ob die Personen an der EP-Wahl teilgenommen haben jedoch nicht welche Partei sie gewählt haben. Für den quasi-switching Effekt werden die Ergebnisse auf europäischer und nationaler Ebene miteinander verglichen. Tritt nun eine Partei auf nationaler Ebene nicht an, so ist die Differenz zwischen den Resultaten auf beiden Ebenen gleich dem Ergebnis der Europawahl.

Der quasi-switching Ansatz bzw. das Counterfactual Modell gehen davon aus, dass nationale und europäische Faktoren das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen beiden Ebenen erklären, wodurch eine bessere Erklärung des Wahlverhaltens gegeben werden kann.

2.2. Quasi-switcher und Counterfactual Modell: Trennung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen noch zeitgemäß?

Ein Punkt der bisher nicht diskutiert wurde ist die Struktur der WählerInnen in den bisherigen Modellen. Wieso ist dies von Interesse? Je nachdem wie WählerInnen und NichtwählerInnen klassifiziert werden, ergeben sich unterschiedliche Antworten auf die Frage wie und warum die Menschen so wählen wie sie es getan haben. Wird zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen unterschieden? Wer kann als quasi-switcher identifiziert werden? All diese Fragen beeinflussen die zu untersuchende Variable und damit auch die daraus folgenden Schlussfolgerungen. Zu Beginn möchte ich daher eingehen wie die Struktur der (Nicht-)WählerInnen bei der Definition von quasi-switchern und im Counterfactual Modell definiert wurde.

In Kapitel eins weisen Franklin und van der Eijk darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen nicht anhand von europäischen Faktoren erklärt werden kann. Daraus folgt, dass quasi-switching als Wechsel der Wahlpräferenz zwischen Parteien definiert wird⁷. Die wesentlichste Schlussfolgerung daraus ist, dass alle Personen die zumindest auf einer Ebene (national oder europäisch) angeben keine Partei zu wählen, nicht als quasi-switcher definiert werden. Da das Counterfactual Modell die quasi-switcher Definition als Grundlage für die Analyse verwendet, wird diese Unterscheidung auch hier fortgesetzt. Warum sollte dies nun hinterfragt werden?

⁷ Beispiel: Person X wählt auf nationaler Ebene Partei A und auf europäischer Ebene Partei B. Person X wird daher als quasi-switcher definiert. Person Y auf nationaler Ebene Partei A, auf europäischer Ebene jedoch nicht (NichtwählerIn). Person Y wird also nicht als quasi-switcher definiert.

Gschwend (2008) zeigt, dass das Wahlverhalten auf EU-Ebene eine Kombination aus Parteipräferenzen, Kandidaten und Themen ist. Zur gleichen Schlussfolgerung kommen auch Plaszer/Ullrich (2002) in Bezug auf das Wahlverhalten auf nationaler Ebene. Wesentlich ist nun die Frage, ob die behandelten Themen nationale oder europäische Faktoren darstellen. Müller stellt fest, dass in Österreich die europäische Integration ein Issue im Parteienwettbewerb darstellt: *„Die europäische Integration ist insofern ein neues Issue im Parteienwettbewerb, da es erstmals massenwirksam ist.“* (Müller 2000, 33). Österreich ist hier kein Einzelfall. Fragen der europäischen Integration werden in allen EU-Mitgliedsländern diskutiert. Marks/Wilson/Ray (2002) zeigen, dass sich anhand von Partiefamilien die Position zur europäischen Integration bestimmen lässt. Aus ihrer Sicht ist dies wichtig, da (586) *„European integration is an issue for which national context is likely to be crucial. The European Union brings together countries with deeply rooted national histories, identities and institutions“*.

Auch Roberto Biorcio zeigt, dass es in Fragen der europäischen Integration von Politikfeldern bzw. der generellen Einstellung Unterschiede zwischen NichtwählerInnen und WählerInnen der Parteien gibt. Dies ist in allen untersuchten Staaten zu sehen (Vgl. Biorcio 2005, 9-15). Hix/Marsh (2007) weisen darauf hin, dass auch die Einstellung zur europäischen Integration einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Weiters (497) *„If „Europe“ influences who participates in these elections, then presumably Europe may affect party-choice in these elections“*. Blondel/Sinnott/Svensson (1997) haben gezeigt, dass Personen die der europäischen Integration positiv gegenüberstehen eine höhere Wahlbeteiligung bei EP-Wahlen aufweisen. Daraus kann also der Schluss gezogen werden, dass Personen die der europäischen Integration negativ gegenüberstehen sich auf europäischer Ebene dazu entschließen nicht zur Wahl zu gehen. Würde dies zutreffen, wäre die europäische Integration ein europäischer Faktor der das Wahlverhalten (zusammen mit anderen Faktoren) erklären würde. In Bezug auf Aggregatdaten, sehen wir, dass Mitgliedsstaaten die Nettoempfänger aus dem EU-Budget sind bzw. deren Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft über den europäischen Durchschnitt liegt, ebenfalls eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen (Vgl. Mattila 2003 sowie Bennett/Flickinger/Studlar 2003).

Diese Feststellungen – zusammen mit der Frage was europäische Faktoren sind und wie sie mit der Wahlentscheidung auf europäischer Ebene zusammenhängen – legen eine Überprüfung der Aussagen von Franklin und van der Eijk (Trennung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen) nahe.

Folgt man dieser Argumentation, ist nicht nur die Entscheidung zwischen Parteien, sondern möglicherweise auch die Entscheidung zur Teilnahme bzw. Abstinenz an Europaparlamentswahlen durch europäische Faktoren beeinflusst. Ich führe daher für diese Arbeit zwei Definitionen ein:

2.2.1. Definition von Stamm- und WechselwählerInnen

1. Als StammwählerInnen werden Personen bezeichnet, die sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene angeben die gleiche Partei zu wählen.
2. Als WechselwählerInnen werden Personen bezeichnet, die unterschiedliches Wahlverhalten zwischen beiden Ebenen angeben. Auch NichtwählerInnen auf europäischer Ebene werden als WechselwählerInnen klassifiziert.

Um die Gruppe der WechselwählerInnen eindeutig zuordnen zu können ist es wichtig festzustellen, ob das Wahlverhalten auf nationaler oder europäischer Ebene als Ausgangspunkt dient. Dieses Argument ist insofern von Interesse, da in der Definition der quasi-switcher von Franklin/van der Eijk zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen unterschieden wird, während in dem von mir gewählten Ansatz die Entscheidung nicht an einer Wahl zu partizipieren auch als quasi-switching interpretiert wird. Ausgehend von der bisherigen Literatur sowie meinem Forschungsinteresse ist es zweckmäßig, dass Wahlverhalten auf nationaler Ebene als Ausgangspunkt für die Einteilung zu wählen. Ich möchte die Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen anhand der folgenden Beispiele illustrieren:

- Person X wählt auf nationaler und europäischer Ebene Partei A. Person X wird als StammwählerIn klassifiziert.
- Person Y wählt auf nationaler Ebene Partei A und auf europäischer Ebene Partei B. Person Y wird als WechselwählerIn klassifiziert.
- Person Z wählt auf nationaler Ebene Partei A und gibt an, auf europäischer Ebene nicht zur Wahl zu gehen. Person Z wird als WechselwählerIn klassifiziert.

Wesentlich für die Einteilung ist, dass alle Personen angeben auf nationaler Ebene eine (beliebige) Partei zu wählen, da die Beantwortung meiner Fragestellung (ebenso wie im Counterfactual Modell) eine Erklärung geben will, wieso Personen auf nationaler Ebene eine bestimmte Partei wählen, jedoch auf europäischer Ebene ein anderes Wahlverhalten zeigen.

2.3. Verwendetes theoretisches Modell und Hypothesen

Bedingt durch die in Kapitel eins gefundenen Resultate, sehe auch ich die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als second-order Wahl, die nur durch nationale Faktoren erklärt werden kann. Mein Modell das ich in dieser Arbeit verwenden werde ist eine „Modifizierung“ des Counterfactual Modell von van Egmond. Ich übernehme den Grundsatz, dass europäische Faktoren erkannt werden können, wenn die Wahlpräferenzen auf nationaler und europäischer Ebene an einem Zeitpunkt miteinander verglichen werden und Differenzen zwischen diesen Ebenen zu sehen sind. Ich weiche jedoch in zwei Punkten von dem Counterfactual Modell ab: der Struktur von Wählergruppen und der Einbindung von europäischen Faktoren.

Wie im vorherigen Unterkapitel beschrieben, bin ich der Ansicht, dass NichtwählerInnen auf europäischer Ebene (zumindest teilweise) wegen europäischer Faktoren der Wahl fernbleiben. Wenn dies der Fall ist, so macht eine Unterscheidung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen (wie im Counterfactual Modell praktiziert) keinen Sinn. Eine neue Klassifikation der

Wählertypen in Stamm- und WechselwählerInnen würde daher das Wahlverhalten besser erklären. Die Kernaussage meines Modells ist, dass auf Grund von europäischen Faktoren WechselwählerInnen nicht die gleiche Partei wie auf nationaler Ebene wählen. Daher können Stamm- und WechselwählerInnen durch europäische Faktoren unterschieden werden. Van Egmond, Gschwend und andere gehen davon aus, dass das Wahlverhalten auf europäischer Ebene von nationalen und europäischen Faktoren bestimmt wird. Dabei beziehen sie sich jedoch nur auf eine bestimmte Art von WählerInnen, nämlich den quasi-switchern. Mein Modell legt nahe, dass dies auch für NichtwählerInnen auf EU-Ebene gilt. Damit können wir eine generelle Aussage liefern, und zwar dass sich Stamm- und WechselwählerInnen wegen nationalen und europäischen Faktoren unterscheiden.

Der zweite Punkt, wo mein Modell Unterschiede zu van Egmond zeigt, ist die Annahme, was als europäischer Faktor zu sehen ist. Für van Egmond ist nur die generelle Einstellung zur europäischen Integration als europäischer Faktor zu sehen. Ich hingegen sehe mehrere europäische Faktoren: die generelle Einstellung zur europäischen Integration, die Einstellung zur europäischen Integration in Politikfeldern und die Einstellung zur europäischen Integration bei konkreten politischen Projekten. Durch diese Aufteilung erwarte ich mir ein mehr Information über den Einfluss von europäischen Faktoren auf die Wahlentscheidung bei EP-Wahlen.

Wenn die von mir getätigten Annahmen zutreffen, müssten folgende Hypothesen zutreffen:

Van Egmond, hat erstmals gezeigt, dass die generelle Einstellung zur europäischen Integration einen Einfluss auf das Wahlverhalten bei EP-Wahlen hat. Die Einstellung zur europäischen Integration dient daher als Erkennungsmerkmal für quasi-switcher. Wenn nun auch NichtwählerInnen auf EU-Ebene wegen europäischer Faktoren ihr Wahlverhalten ändern und wir damit eine andere Wählerstruktur als van Egmond verwenden, müsste ebenfalls ein Unterschied zwischen Stamm- und WechselwählerInnen zu sehen sein. Die erste Hypothese lautet daher:

1. Stamm- und WechselwählerInnen unterscheiden sich in der generellen Einstellung zur europäischen Integration.

Nach Hooge, Marks, Wilson und anderen kann der Einfluss von europäischen Faktoren besser gemessen werden, wenn der Faktor europäische Integration aufgesplittert wird. Wenn die Einstellung zur europäischen Integration in einzelnen Politikfeldern untersucht wird, so ergibt sich ein detailliertes Bild über die Einstellung zur europäischen Integration. Wenn die Unterscheidung zwischen Stamm- und WechselwählerInnen aufgrund europäischer Faktoren zu erklären ist, müssten Differenzen in einzelnen Politikfeldern zu sehen sein. Die zweite Hypothese lautet daher:

2. Stamm- und WechselwählerInnen unterscheiden sich in der Einstellung zur europäischen Integration in diversen Politikfeldern.

Worre, Franklin/Curtice und andere haben gezeigt, dass in Wahlkämpfen auf europäischer Ebene konkrete politische Projekte behandelt werden. Der gemeinsame Nenner dieser Projekte ist, dass es zu einer verstärkten Integration kommen würde, wenn diese Projekte verwirklicht werden. Auch Biorcio behandelt ein solches politisches Projekt in seiner Analyse, und zwar die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Staatsbürgerschaft. Er konnte dabei Unterschiede zwischen den AnhängerInnen verschiedener Parteien sowie zu NichtwählerInnen feststellen. Werden konkrete Politikfragen – also einzelne Projekte – als europäischer Faktor gesehen, müsste eine Unterscheidung zwischen Stamm- und WechselwählerInnen zu beobachten sein. Hypothese drei lautet daher:

3. Stamm- und WechselwählerInnen unterscheiden sich in der Einstellung zur europäischen Integration in konkreten Politikfragen.

3. Operationalisierung, Variablen- und Methodenauswahl

In den bisherigen Kapiteln haben wir uns mit dem theoretischen Aufbau der Arbeit beschäftigt und eine Motivation für eine Überarbeitung des Counterfactual-Modell bzw. einer erweiterten Definition von europäischen Faktoren geliefert. In diesem Kapitel widme ich mich dem methodischen Zugang sowie der Auswahl der zu verwendenden Variablen. Anschließend werden die Fallauswahl, der verwendete Datensatz, sowie die Operationalisierung der vorgestellten Variablen beschrieben. Es folgt eine Darstellung der Parteienunterschiede in der generellen Einstellung zur europäischen Integration sowie zu bestimmten Politikfeldern. Abschließend erfolgt eine empirische Vorstellung der Variablen, die unter anderem soziodemographische Gesichtspunkte enthalten wird, um anhand dessen die Ergebnisse der nachstehenden Kapitel bestmöglichst zu analysieren.

3.1. Methodischer Zugang

Bedingt durch die zu Grunde legende Theorie bzw. die darauf aufbauende Forschungsfrage wird für diese Arbeit ein empirisch-analytischer Ansatz gewählt. Die Auswertung erfolgt mittels Kreuztabellen sowie statistischen Tests. Ausgehend von der Formulierung der Hypothesen stellt sich die Frage, wie die Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen gemessen werden soll. In dieser Arbeit erfolgt dies durch den Vergleich zweier Mittel- bzw. Anteilswerte, je nach Variablen. Daraus folgend werden statistische Tests auf Differenzen verwendet. Bedingt durch die Merkmalsausprägungen – genauere Angaben über die Operationalisierung der einzelnen Variablen erfolgen im Kapitel 3.4 – wird der z-Test (Test auf Differenz zweier Anteilswerte) verwendet. Für die Kontrollvariablen wird der Welch-Test (Test auf Differenz zweier Mittelwerte bei ungleichen Varianzen) angewendet. Die Angabe, welche Kontrollvariablen verwendet werden, erfolgt im nächsten Unterkapitel. Aus einem methodischen Blickwinkel stellt sich die Frage, wieso bei einem Test auf Differenzen von Mittelwerten (in unserem Fall Alter der Befragten) nicht der klassische t-Test verwendet wird. Strukturbedingt werden in dieser Arbeit aus unserer Stichprobe Teilpopulationen nach bestimmten Merkmalen (Beispielsweise nach Stamm- und WechselwählerInnen oder anhand von Wahlpräferenzen) durchgeführt. Davon ausgehend besitzt der Welch Test zwei Vorteile: Erstens muss kein Test auf Gleichheit der Varianzen für die

Teilpopulationen durchgeführt werden, da die Grundannahme des Tests von ungleichen Varianzen ausgeht. Durch die „Einsparung“ eines zusätzlichen Tests wird der klassische Problemfall des multiplen Testens verringert und damit die Güte der statistischen Tests erhalten. Genauere Informationen über die Problematiken von multiplen Tests und verschiedene Lösungsansätze werden u.a. in Bortz (2005, 129 ff.) oder Handl (2002, 284 ff.) beschrieben. Zweitens verliert der Welch-Test im Gegensatz zum t-Test nur marginal an Güte, wenn die Grundannahme der Varianzhomogenität verletzt ist, womit auch hier sichergestellt ist, dass die Validität der Ergebnisse erhalten wird. Das Signifikanzniveau wird für alle Tests auf 95% (der Fehler erster Art, auch α -Fehler genannt, beträgt daher 5%) festgelegt.

3.2. Auswahl der verwendeten Variablen

Die abhängigen Variablen (Stamm- bzw. Wechselwähler) wurden in Kapitel 2.2.1 definiert. Um festzustellen, ob die genannten Hypothesen generell für Stamm- und Wechselwähler gelten, oder ob dies nur für die WählerInnen bestimmter Parteien gilt, wird bei der Untersuchung zwischen den einzelnen Parteien differenziert. Für jede Partei wird eine Stamm- und Wechselwählergruppe definiert. Anschließend wird untersucht, ob sich diese Gruppen voneinander unterscheiden. Weiters bilden alle Personen, die bei EP-Wahlen die Liste HPM wählen, eine eigene Untergruppe.

Für die Auswahl der unabhängigen Variablen sind sowohl methodische als auch theoretische Gesichtspunkte zu betrachten. Hier möchte ich an die Kapitel 1.4 (Quasi-Switching und Counterfactual Modell) sowie 2.3 (Verwendetes theoretisches Modell und Hypothesen) anschließen, in denen die Grundlagen für die Auswahl gelegt wurden. Methodisch ist zu beachten, dass bei der Auswahl der Variablen ein struktureller Bias vermieden werden muss. Dies bedeutet, dass beide Politikebenen, auf denen die jeweiligen Politikfelder entschieden werden, (national und europäisch) hier berücksichtigt werden. Dies ist wichtig, da in der Frage nach der Integration unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten sind. Politikfelder, die zum jetzigen Zeitpunkt Großteils oder ganz auf EU-Ebene entschieden werden, werden wahrscheinlich andere Ergebnisse zeigen, als Themen, die nur auf nationaler (oder regionaler) Ebene entschieden werden. Dieser Aspekt

reicht jedoch nicht aus, um eine eindeutige Auswahl der Themen zu liefern. In dieser Arbeit wurde für die Auswahl der Themenfelder auf Publikationen über das europäische und nationale Wahlverhalten zurückgegriffen. Für „nationale“ Themenfelder zeigt sich – so Plasser/Ullrich 2000, 2002, 2006 – dass die Themenfelder Arbeitslosen-, Einwanderungs-, Gesundheits-, Finanz- und Steuerpolitik sowie die Verbrechensbekämpfung in den Wahlentscheidungen auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen. Alle diese Themen erfüllen die vorher aufgestellte Bedingung, dass die Entscheidungskompetenz bei diesen Feldern bei den Nationalstaaten liegt. Einzig die Verbrechensbekämpfung kann als „Mischkompetenz“ definiert werden, da hierbei auf beiden Ebenen Entscheidungskompetenzen liegen. Auf europäischer Seite sehen wir als Umwelt-, Energie- und Agrarpolitik als Themenbereiche. Auf die Frage danach, welche Themenbereiche bei EP-Wahlen untersucht werden sollen, geben Hix/Marsh (2007, 498) Umwelt-, Finanz- und Sozialpolitik als Untersuchungsgegenstand an. Auch Carrubba/Timpone (2005) sehen den Umwelt- und Agrarbereich als wichtiges Unterscheidungskriterium für das Wahlverhalten an. Bei all den genannten Themenfeldern besitzt die EU-Ebene ein großes Mitentscheidungsrecht bzw. teilweise sogar die alleinige Kompetenz für die Gesetzgebung. Ebenso wird die Frage nach der Einstellung zur europäischen Integration als solches verwendet, da diese in allen bisher genannten Arbeiten eine zentrale Rolle einnimmt sowie durch unsere Forschungsfrage inhaltlich motiviert ist.

Die soeben genannte Begründung für die Themenauswahl sowie die strukturelle Komponente gilt auch für die Auswahl der konkreten Politikfragen. Wenn Differenzen in der europäischen Integration bei einzelnen Politikfeldern zu beobachten ist, dann ist zu erwarten, dass konkrete politische Projekte, die diese Themenfelder behandeln, auch zu Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen führen (siehe Kapitel eins und zwei). Da diese von Wahlkampf zu Wahlkampf variieren, werden für die Auswahl grundsätzliche Projekte ausgewählt. Insgesamt werden wir uns mit vier Fragen zu vier verschiedenen Themenkomplexen beschäftigen: Es wird nach der Einstellung zu einem einheitlichen Steuersystem für Europa, einem gemeinsamen Sozialversicherungssystem, einer einheitlichen Außenpolitik gegenüber Drittstaaten, sowie einer verstärkten finanziellen Hilfe für schwache EU-Regionen gefragt. Sowohl für die Themenfelder, als auch für die politischen Projekte, ist die Auswahl durch die in dem verwendeten Datensatz

enthaltenen Antwortmöglichkeiten beschränkt. Dadurch, dass der Datensatz nicht speziell für diese Arbeit erstellt wurde, sondern verschiedene Fragen zur Beantwortung unterschiedlicher theoretische Fragestellungen beinhaltet, konnte auf die ausgewählten Fragestellungen kein Einfluss genommen werden.

Als Kontrollvariablen werden die soziodemographischen Variablen Alter und Geschlecht verwendet, um Scheinzusammenhänge wie „Gender-„ oder „Generation-Voting“ ausschließen zu können. Aus Platzgründen wird auf eine präzise Darstellung der Scheinkorrelation sowie „Gender-“ und „Generation-Voting“ verzichtet. Details hierzu liefert beispielsweise Diekmann (2007, 215 ff.). Weiters wird zu Vergleichszwecken sowohl für die EP- als auch für die Nationalratswahl die Stamm- und WechselwählerInnen der Parteien die Variablen Alter und Geschlecht mit den jeweils zugrundeliegenden Grundgesamtheiten verglichen. Der Vergleich mit der jeweiligen Grundgesamtheit kann ebenfalls dazu dienen, Scheinzusammenhänge zu vermeiden.

3.3. Fallauswahl und Datensatz

Diese Studie wird als Fallstudie konzipiert mit dem Untersuchungsgebiet Österreich. Dies hat folgende Gründe: Die Republik Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und hat mittlerweile an drei Wahlen zum Europäischen Parlament (1999, 2004 und 2009) teilgenommen. Im Gegensatz zu den „neuen Mitgliedsländern“ aus den Erweiterungsrounden 2004 bzw. 2007 können Effekte durch die erstmalige Teilnahme an EP-Wahlen ausgeschlossen werden. Neben Österreich würde dies jedoch auch auf 14 andere Staaten zutreffen, weshalb nun die Einschränkung auf Österreich? Dies lässt sich durch das Parteienspektrum erklären. In Österreich kandidieren alle im Nationalrat vertretenen Parteien auch für EP-Wahlen. Damit ist die Möglichkeit des Vergleiches zwischen nationaler und europäischer Ebene gegeben. Außerdem ist mit der Liste Hans-Peter-Martin (HPM) eine Partei vorhanden, die – bis auf eine Ausnahme – nur bei Wahlen zum Europaparlament kandidiert und zwei Mal (2004 und 2009) erfolgreich Mandate erlangt hat (siehe Kapitel 2.1). Wir haben es daher mit einer etablierten „europäischen“ Partei zu tun, die uns ebenfalls Erklärungsansätze über das Wahlverhalten liefern kann. Dadurch, dass die Liste HPM 2009 zum zweiten Mal antritt, können – ebenso wie bei den

neuen Mitgliedsländern – Effekte durch die erstmalige Teilnahme an Wahlen zum Europäischen Parlament ausgeschlossen werden. Wie in Kapitel 2.1 beschrieben, gibt es über diesen Parteytypus kaum theoretische Ansätze. Ein Nebenziel dieser Arbeit ist es, empirisch fundierte Daten zu liefern, um darauf aufbauend Grundlagen für weitere Arbeiten zu liefern.

Als Datensatz wird eine Vorwahlstudie zu den Europäischen Parlamentswahlen 2009 verwendet (Kritzinger/Heinrich 2009). Dieser Datensatz von dem Institut IPR in den letzten Wochen vor dem Wahltermin (Mai/Juni 2009) erstellt⁸. Die Grundgesamtheit des Datensatzes bilden alle Personen, die in Österreich wahlberechtigt sind. Als Stichprobendesign wird eine Multi-Stage-Zufallsstichprobe verwendet. Die Bruttostichprobe beträgt abzüglich zufälliger Ausfälle 1604 Personen, der netto Stichprobenumfang (= Anzahl der geführten Interviews) beträgt 805 Personen (50,19% der Bruttostichprobe). Die Umfrage wurde telefonisch mittels Random-Digit-Dialing durchgeführt. Grundsätzlich wurde bei dem Fragebogendesign darauf geachtet, vergleichbare Fragestellungen mit der Nachwahlbefragung der Europawahlen von 2004 zu stellen.

Wichtig für die Interpretation der Ergebnisse sind die Fallzahlen der jeweiligen Gruppen. Unser gesamtes Nettosample besteht aus 805 Personen, für diese Untersuchung wird dieses Sample in insgesamt 11 Untergruppen eingeteilt (je 2 Gruppen pro Partei + die Gruppe der HPM WählerInnen). Selbst wenn es eine Gleichverteilung geben würde – dies wäre zwar aus statistischer Sicht sehr wünschenswert, aber unrealistisch – hätten wir im Idealfall 73 Personen pro Gruppe. Da die einzelnen Personen nach ihrem Wahlverhalten eingeteilt werden, ergeben sich unterschiedliche Gruppengrößen. Während SPÖ und ÖVP dank ihres großen Wählerzuspruchs über diesem „Idealwert“ von 73 liegen, sehen wir bei FPÖ, Grüne und BZÖ Gruppengrößen, die deutlich darunter liegen. Besonders gilt dies für das BZÖ. Zum Vergleich: Während 24% der Befragten angeben, bei EP-Wahlen die SPÖ zu wählen, wollen nur 5% das BZÖ wählen. Die dadurch bedingten geringen Gruppengrößen wirken sich auch auf die statistische Analyse aus. Je kleiner die Gruppengrößen, desto größer muss die Differenz zwischen den Gruppen sein, um signifikante Ergebnisse zu erlangen. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, dass die Ergebnisse bei den

⁸ Nähere Informationen hierzu unter <http://methods.univie.ac.at/data/>

kleineren Parteien nicht als signifikant zu werten sind wegen ihrer Gruppengröße und das obwohl deutliche Differenzen zu sehen sind. In diesem Fall werden wir von Tendenzen sprechen. Dieses Problem könnte nur mit einer größeren Stichprobe behoben werden.

3.4. Operationalisierung

Als Ausgangsbasis für die Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen dienen die Fragen nach dem Wahlverhalten für den Nationalrat sowie das Europäische Parlament. Hierbei werden in dieser Arbeit jedoch nicht alle Parteien berücksichtigt. Als Auswahlkriterium wird das Erreichen von Mandaten verwendet. Alle Parteien, die entweder im österreichischen Nationalrat oder im Europäischen Parlament mindestens einen Sitz erlangt haben, werden berücksichtigt. Dies bedeutet also eine Einschränkung auf SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, die Grünen sowie die Liste Hans-Peter-Martin. Sonstige Kleinparteien werden aufgrund der geringen Fallzahl und der damit verbundenen geringen Aussagekraft nicht berücksichtigt. Weiters wird die Gruppe der „NichtwählerInnen“ mit den „Unentschlossenen“ Personen zusammengefasst, da unentschlossene WählerInnen potentiell ein unterschiedliches Wahlverhalten zwischen nationaler und europäischer Ebene zeigen können, und sie daher nicht einwandfrei als StammwählerInnen zu klassifizieren sind.

Die Frage nach der grundsätzlichen Einstellung zur europäischen Integration ist auf einer Skala von 0-10 zu beantworten, wobei 0 für „bereits zu weit gegangen“ und 10 für „weiter voran treiben“ steht. Die Kompetenzzuschreibung der unterschiedlichen Politikfelder gibt drei Antwortmöglichkeiten vor: „auf Ebene der Bundesländer“, „auf nationaler Ebene/Bundesregierung“ sowie „auf europäischer Ebene“. Da jedoch die Unterscheidung zwischen nationaler und regionaler Ebene für unsere Fragestellungen nicht von Interesse ist, werden beide Kategorien in der Analyse zusammengefasst. Es wird daher nur unterschieden, ob die Befragten das jeweilige Thema auf europäischer oder nationaler/regionaler Ebene behandelt sehen wollen. Eine weitere Möglichkeit wäre, die regionale Ebene nicht zu berücksichtigen und nur nationale und europäische Ebene zu vergleichen. Für die Beantwortung der Hypothesen ist von Interesse, ob die Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden sollen oder

nicht. Alle Personen, die eine Behandlung der jeweiligen Themenfelder auf regionaler Ebene wünschen, sind daher der europäischen Integration in den jeweiligen Themenfeldern negativer eingestellt, als Personen, die eine Integration wünschen. Wird die regionale Ebene nun ausgelassen (anstatt mit der nationalen Ebene zusammengefasst), würde diese Personengruppe, und damit zusätzliche Informationen, verloren gehen. Bei der Fragestellung nach konkreten Maßnahmen sind im Fragebogen folgende Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „sehr dafür“, „eher dafür“, „eher dagegen“ und „sehr dagegen“. Hieraus wird ersichtlich, dass jeweils zwei Antwortmöglichkeiten für eine zustimmende bzw. ablehnende Haltung hinsichtlich der Integrationsfrage vorhanden sind. Daher werden die jeweiligen Antwortmöglichkeiten zu einer Kategorie zusammengefasst. Diese Dichotomisierung erlaubt die Anwendung des z-Tests.

3.5. Die österreichischen Parteien und ihre Einstellung zur europäischen Integration

Um die Resultate zwischen Stamm- und Wechselwählerinnen der einzelnen Parteien interpretieren zu können, ist es notwendig, die Einstellung der einzelnen Parteien zur europäischen Integration sowie zu einzelnen Politikfeldern darzustellen. Lefkofridi/Kritzinger (2008) untersuchen, ob Wahldebatten aus einem nationalen oder europäischen Kontext zu sehen sind, und welche Themen im EP-Wahlkampf behandelt werden. Hierfür untersuchen sie nationale Parteien und vergleichen die europäischen Policy bzw. Polity Positionen. Für jede Kategorie (Policy bzw. Polity) besteht die Möglichkeit, dass eine Partei eine positive bzw. negative Haltung zeigt. Daher definieren sie 4 Parteientypen (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 273-286):

- Positive Einstellung in den Kategorien Polity und Policy
- Positive Einstellung in der Kategorie Polity, und negative Einstellung in der Kategorie Policy
- Negative Einstellung in der Kategorie Polity, und positive Einstellung in der Kategorie Policy
- Negative Einstellung in den Kategorien Polity und Policy

Allgemein zeigt sich, dass Großparteien in beiden Kategorien eher eine positive Einstellung haben, Kleinparteien jedoch in der Einstellung zwischen Polity und Policy differieren bzw. beide Kategorien ablehnen. Österreich gehört zu jenen Ländern, in denen europäische Policies in EP-Wahlkämpfen kaum diskutiert werden. Weiters stellen sie fest, dass einige Parteien spezifische Politikfelder in einen europäischen Kontext stellen, obwohl die Kompetenzen auf nationaler Ebene liegen. Die SPÖ zeigt dieses Muster in der Sozialpolitik (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 286-287).

Beide österreichischen Großparteien (SPÖ und ÖVP) zeigen eine positive Einstellung in den Kategorien Polity und Policy. Ein detaillierter Blick auf die einzelnen Politikfelder zeigt, dass die SPÖ, verglichen mit den Werten der ÖVP, besonders in den Themengebieten Migration und Sozialpolitik eine verstärkte Integration wünscht. Umgekehrt zeigt die ÖVP in der Wirtschaftspolitik sowie der generellen Frage nach den Kompetenzen der EU höhere Werte als die Sozialdemokratie (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 289).

Die österreichischen Grünen zeigen eine positive Einstellung in der Kategorie Polity, und negative Einstellung in der Kategorie Policy. Diese Kategorisierung spiegelt sich auch in den einzelnen Politikfeldern wieder. Während in der Umwelt oder Migrationspolitik sowie der generellen Frage nach den Kompetenzen der EU eine positive Einstellung zu beobachten ist, wird in der Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik keine verstärkte Integration gewünscht. Die FPÖ zeigt eine negative Einstellung in den Kategorien Polity und Policy. Besonders stark ersichtlich ist dies bei der Frage, ob die EU zusätzliche Kompetenzen bekommen soll. Einzig im Bereich Umweltpolitik wird von der FPÖ eine verstärkte Integration gewünscht (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 289).

Für das BZÖ ist bisher keine Kategorisierung möglich, da sie 2009 erstmals bei EP-Wahlen angetreten ist. Das BZÖ ist aus einer Abspaltung der FPÖ entstanden. Daher werden für diese Arbeit die Einstellungen der FPÖ für das BZÖ übernommen. Meine Ergebnisse werden zeigen, ob diese Annahme gerechtfertigt ist, oder ob das BZÖ in eine andere Kategorie fällt. Dadurch, dass nur nationale Parteien untersucht wurden, gibt es keine Anhaltspunkte für die Liste Hans-Peter-Martin.

Allgemein zeigen sich die Ergebnisse der österreichischen Parteien von Lefkofridi/Kritzinger annähernd ident mit den Annahmen von Marks/Wilson/Ray (2002). Diese untersuchen die Positionen von Parteifamilien zur europäischen Integration. Neben einer generellen Positionierung zur Integration fokussieren die Autoren die Politikfelder Wirtschaft und Finanzen sowie die Einstellung zur politischen Integration (entspricht der Kategorie Polity bei Lefkofridi/Kritzinger).

3.6. Empirische Vorstellung der Variablen und des Datensatzes

In diesem Unterkapitel will ich den Datensatz vorstellen, sowie Informationen über die zu untersuchenden Variablen geben. Die hier gegebenen Informationen erweitern den Rahmen für die Beantwortung unserer Hypothesen. Außerdem wird ein empirischer Überblick über unseren Untersuchungsgegenstand geboten.

Von der Gesamtanzahl der Befragten sind 420 Personen (52,17%) weiblich und 385 Personen (47,82%) männlich. Die Altersstruktur der Nettostichprobe ergibt sich wie folgt:

Tabelle 1: Altersstruktur Datensatz

16 bis 25 Jahre	132	16,40%
26 bis 44 Jahre	250	31,06%
45 bis 59 Jahre	190	23,60%
60 Jahre und älter	233	28,94%

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, wurde in der Altersklasse der 16 bis 25 jährigen Befragten ein Oversampling durchgeführt. Damit sich dies nicht auf die Antwortergebnisse auswirkt wurde mit gewichteten Ergebnissen gearbeitet. Hinsichtlich der Bildung ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 2: Ausbildungsniveau der Befragten

Lehre/BMS	48,60%
Pflichtschule	24,70%
AHS/BHS	17,80%
Uni/FH	8,80%

Knapp die Hälfte der Respondenten hat eine Lehre oder Berufsbildende mittlere Schule abgeschlossen, jeder vierte weist einen Pflichtschulabschluss als höchste Bildungsstufe auf, knapp jeder fünfte einen AHS oder BHS Abschluss sowie 8,8% einen akademischen Grad.

Tabelle 3: Überblick Wahlverhalten

	EP	NR	Differenz
SPÖ	24,01%	31,95%	-7,94%
ÖVP	30,61%	28,31%	2,30%
FPÖ	12,93%	13,91%	-0,98%
Grüne	9,50%	10,93%	-1,43%
BZÖ	5,01%	9,44%	-4,42%
Sonstige	0,79%	5,46%	-4,67%
Liste HPM	17,15%	0,00%	17,15%

Wenn wir uns das Wahlverhalten auf nationaler und europäischer Ebene ansehen, so fällt Allgemein auf, dass bis auf die ÖVP alle anderen Parteien auf europäischer Ebene im Vergleich zur nationalen Ebene an Prozenten verlieren. Ausnahme ist die Liste HPM, die jedoch nur auf EP-Ebene kandidiert. Besonders starke Verluste verzeichnen SPÖ, BZÖ sowie sonstige Kleinparteien. Die Grünen sowie die FPÖ erreichen annähernd die gleichen Resultate. Einen interessanten Einblick liefert die Frage, wie viele Personen bei beiden Wahlen dieselbe Partei wählen bzw. zu welchen Parteien sie wechseln. Dies ist in Tabelle 4 ersichtlich:

Tabelle 4: Wählerströme

		Wahlverhalten national					
Wahlverhalten europäisch		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	NichtwählerInnen
	SPÖ	44,97%	3,10%	0,00%	3,57%	0,00%	7,22%
	ÖVP	3,55%	64,59%	0,00%	0,00%	0,00%	6,02%
	FPÖ	0,00%	0,00%	62,68%	0,00%	5,76%	1,20%
	Grüne	1,18%	0,62%	0,00%	46,42%	0,00%	6,02%
	BZÖ	0,00%	0,62%	0,00%	0,00%	34,61%	1,20%
	Liste HPM	10,65%	3,72%	4,47%	3,57%	28,84%	6,02%
	NichtwählerInnen	39,64%	27,32%	32,83%	46,42%	30,76%	72,28%

Um diese Tabelle interpretieren zu können wird ein einführendes Beispiel zur Erklärung gegeben. Beispiel: 44,97% aller Personen, die auf nationaler Ebene SPÖ wählen, tun dies auch auf europäischer Ebene. 39,64% geben an, bei einer Nationalratswahl die SPÖ zu wählen, bei Wahlen zum EP wollen sie jedoch nicht zur Wahl gehen. In Summe entscheiden sich knapp 55% aller nationalen SPÖ WählerInnen auf europäischer Ebene gegen die SPÖ.

Bevor die detaillierten Ergebnisse beobachtet werden, muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dem Datensatz um eine pre-election-Studie handelt. Dies bedeutet, dass NichtwählerInnen derzeit noch nicht ganz greifbar sind, da sie sich bis zum Wahltag noch für eine der kandidierenden Parteien entscheiden können. Die NichtwählerInnen zeigen die höchste Behalterate. 72,28% aller NichtwählerInnen bei Nationalratswahlen partizipieren auch nicht an EP Wahlen. Interessant ist, dass die Liste Hans-Peter-Martin mit 6% etwa gleich viele NichtwählerInnen erreichen kann wie SPÖ, ÖVP sowie die Grünen und augenscheinlich nicht stärker als die im Nationalrat vertretenen Parteien profitieren kann. Wenn wir uns den Parteien zuwenden so sehen wir, dass ÖVP und FPÖ mit über 60% einen sehr hohen Anteil an StammwählerInnen im Vergleich zu den anderen Parteien (SPÖ 45%, Grüne 46%, BZÖ 34%) aufweisen. Besonders das BZÖ weist einen sehr geringen Anteil an StammwählerInnen auf. Nur 34% der BZÖ WählerInnen auf nationaler Ebene geben an, auch auf europäischer Ebene der Partei die Stimme zu geben. Über alle Parteien hinweg ergibt sich die gleiche Struktur: Die größte Wählerbewegung geht in das Lager der NichtwählerInnen. Zwischen 27% und 46% der jeweiligen WählerInnen geben an, bei EP Wahlen nicht zur Wahl zu gehen. Hierbei kann kein Muster zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien festgestellt werden. Abbildung 1 veranschaulicht nochmals den Anteil an Stamm- und WechselwählerInnen für die einzelnen Parteien:

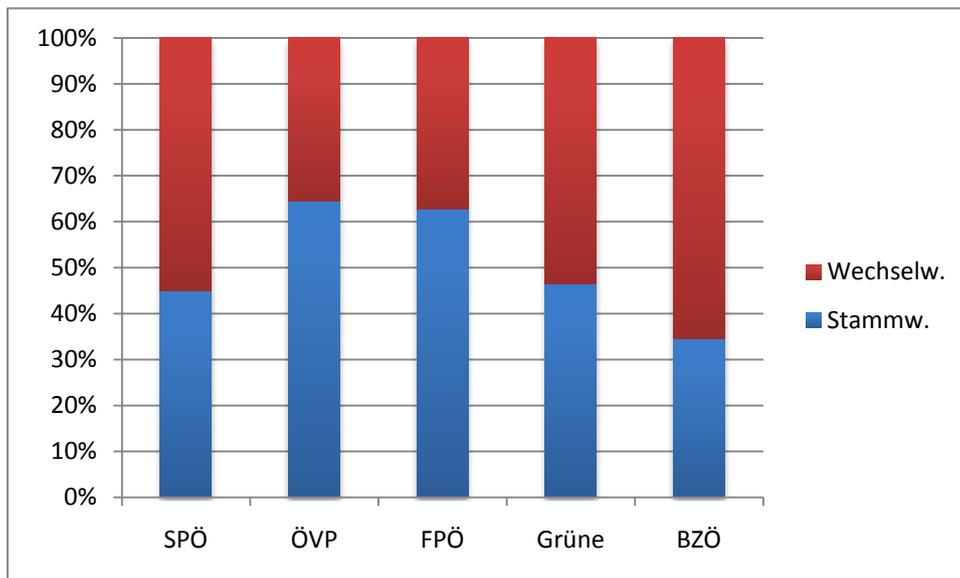


Abbildung 1: Vergleich Stamm- und WechselwählerInnen

Während die ÖVP sowie die FPÖ eine Behalterate von über 60% aufweisen, entscheidet sich die Mehrheit der nationalen WählerInnen von SPÖ, Grünen und BZÖ auf europäischer Ebene anders. Vergleichen wir diese Ergebnisse mit den Parteientypen von Lefkofridi/Kritzinger, so zeigt sich, dass die Kategorisierung der Parteien und der Anteil an StammwählerInnen nicht dem gleichen Muster zuzuordnen sind. Beide Großparteien zeigen positive Einstellungen in europäischen Polity bzw. in Policy Fragen. Bei den StammwählerInnen zeigt sich, dass die ÖVP einen deutlich größeren Anteil als die Sozialdemokratie besitzt. Ähnlich verhält es sich zwischen FPÖ und BZÖ. Während die nationalen FPÖ WählerInnen auch auf EP-Ebene mehrheitlich die Freiheitlichen wählen, entscheiden sich zwei von drei nationalen BZÖ WählerInnen für eine andere Partei bzw. dafür, nicht zur Wahl zu gehen.

Nun gehen wir auf die einzelnen Parteien und ihre WählerInnen genauer ein:

- SPÖ

Bei Nationalratswahlen würde die SPÖ 31,95% der Stimmen erreichen, bei EP Wahlen 24,01%. Dies ergibt eine Differenz von 7,94%. Der Anteil an StammwählerInnen liegt bei 44,97%. In Bezug auf Alter und Geschlecht ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 5: Soziodemografische Merkmale SPÖ

	Alter (MW)	Alter (STD)	Männer	Frauen
SPÖ WählerInnen national	52,08	18,80	51,50%	48,50%
SPÖ WählerInnen europäisch	48,15	18,86	51,00%	49,00%
SPÖ StammwählerInnen	49,40	18,59	50,60%	49,40%
SPÖ WechselwählerInnen	53,69	19,39	41,30%	58,70%

Bevor wir genauer auf die Werte eingehen werde ich die Wählergruppen erklären: „SPÖ WählerInnen national“ beinhaltet alle Personen, die angegeben, bei Nationalratswahlen die SPÖ wählen zu wollen, „SPÖ WählerInnen europäisch“ enthält alle WählerInnen, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die SPÖ stimmen wollen, „StammwählerInnen“ und „WechselwählerInnen“ entsprechen der in Kapitel 3.3.1 gegebenen Definition. Bei allen SPÖ Wählergruppen findet sich eine homogene Altersstruktur. Der Mittelwert des Alters (MW) schwankt nur geringfügig und anhand der Standardabweichungen (STD) kann nicht von einem signifikanten Unterschied ausgegangen werden. Bei näherer Betrachtung des Merkmals Geschlecht sehen wir, dass sich die Gruppe der SPÖ WechselwählerInnen von den anderen Gruppen (die homogene Resultate zeigen) unterscheidet. In dieser Teilpopulation befindet sich eine weibliche Mehrheit, während sonst eine sehr ausgeglichene Verteilung zu sehen ist mit einem knappen Überhang an Männern. Die Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen bezüglich des Geschlechts ist nicht signifikant (p-Wert: 0.22).

- ÖVP

Bei Nationalratswahlen würde die ÖVP 28,31% erreichen, bei EP-Wahlen 30,61%. Die Ergebnisse weisen nur eine geringe Differenz von 2,3% auf, wobei die ÖVP als einzige im Nationalrat

vertretene Partei auf europäischer Ebene ein besseres Resultat erzielt als auf nationaler Ebene. Die ÖVP weist den höchsten Anteil an StammwählerInnen (64,59%) unter allen Parteien auf.

Tabelle 6: Soziodemografische Merkmale ÖVP

	Alter (MW)	Alter (STD)	Männer	Frauen
ÖVP WählerInnen national	50,29	17,06	48,30%	51,70%
ÖVP WählerInnen europäisch	50,44	19,10	47,00%	53,00%
ÖVP StammwählerInnen	51,01	18,82	49,10%	50,90%
ÖVP WechselwählerInnen	50,52	15,65	47,70%	52,30%

Verglichen mit allen anderen Parteien weisen die ÖVP Wählergruppen die geringsten Differenzen untereinander auf. Das Alter ist annähernd gleich, wenn wir den Fokus auf die Stamm- und WechselwählerInnen legen zeigt sich, dass die Standardabweichung der WechselwählerInnen mit 15,65 geringer ausfällt. Bei der Verteilung zwischen Männer und Frauen ist ebenfalls keine signifikante Differenz festzustellen, in allen Untergruppen zeigt sich ein leichter Überhang von Frauen, dessen Anteil zwischen 50,9% und 53% schwankt.

- FPÖ

Die FPÖ zeigt die geringste Differenz zwischen den Ergebnissen auf nationaler und europäischer Ebene (0,98%). Bei Nationalratswahlen würden 13,91% für die FPÖ stimmen, bei EP-Wahlen 12,93%. Einen – für eine Rechtspopulistische Partei – überraschend hohen Anteil an StammwählerInnen (62,68%) konnte festgestellt werden.

Tabelle 7: Soziodemografische Merkmale FPÖ

	Alter (MW)	Alter (STD)	Männer	Frauen
FPÖ WählerInnen national	39,50	19,48	55,40%	44,60%
FPÖ WählerInnen europäisch	43,29	20,10	53,90%	46,10%
FPÖ StammwählerInnen	42,56	20,80	54,10%	45,90%
FPÖ WechselwählerInnen	36,99	15,90	45,20%	54,80%

Die Wählerschaft der FPÖ ist deutlich jünger als die der Großparteien, die Altersdifferenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen beträgt zwar knapp 6 Jahre, aufgrund der hohen Standardabweichungen ist jedoch keine Signifikanz festzustellen. Prinzipiell ist die Wählerschaft der Freiheitlichen mehrheitlich männlich, einzig die WechselwählerInnen zeigen einen vermehrten Anteil an Frauen. Die Differenz zu der Stammwählerschaft beträgt annähernd 10% wobei auch diese Differenz nicht signifikant ist.

- Grüne

Die Grünen weisen – wie die FPÖ – annähernd konstante Werte auf. Auf nationaler Ebene erhalten sie von 10,93% der Befragten Zuspruch, auf europäischer Ebene 9,5%. Dies ist insofern bemerkenswert, da in der Vergangenheit die Wahlergebnisse der Grünen bei Wahlen zum Europäischen Parlament stets höher ausfielen im Vergleich zu Nationalratswahlen. Die Grünen erreichen einen Stammwähleranteil von 46,42%, womit sie im Vergleich mit den anderen Oppositionsparteien im Mittelfeld positioniert sind.

Tabelle 8: Soziodemografische Merkmale Grüne

	Alter (MW)	Alter (STD)	Männer	Frauen
Grüne WählerInnen national	35,09	14,46	48,30%	51,70%
Grüne WählerInnen europäisch	35,67	15,19	40,80%	59,20%
Grüne StammwählerInnen	35,85	14,54	45,00%	55,00%
Grüne WechselwählerInnen	31,88	10,93	55,00%	45,00%

Die Grünen besitzen die jüngste Wählerschaft, die Gruppe der WechselwählerInnen ist mit durchschnittlich 31,88 Jahren die jüngste Wählergruppe aller Parteien. Die Altersdifferenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen ist nicht signifikant. In allen Gruppen ist eine Mehrheit weiblicher Wählerinnen zu beobachten. Einzige Ausnahme ist die Gruppe der WechselwählerInnen, wo mit einem Anteil von 55% Männern ein deutlicher – wenn auch nicht signifikanter – Unterschied besteht.

- BZÖ

Das BZÖ würde bei den Wahlen zum EP von knapp 5% gewählt, bei Nationalratswahlen von 9,44%. Die Differenz von 4,42% ist die zweithöchste unter allen Nationalratsparteien. Besonders schwach ausgeprägt ist der Anteil an StammwählerInnen, nur ein knappes Drittel der WählerInnen (34,61%) ist so zu klassifizieren. Auffällig ist auch die hohe Abwanderungsrate von BZÖ WählerInnen zur Liste HPM. 28,84% der Personen, die angeben, auf nationaler Ebene BZÖ zu wählen, würden auf europäischer Ebene die Liste Hans-Peter-Martin wählen.

Tabelle 9: Soziodemografische Merkmale BZÖ

	Alter (MW)	Alter (STD)	Männer	Frauen
BZÖ WählerInnen national	48,12	16,92	50,40%	49,60%
BZÖ WählerInnen europäisch	48,80	17,95	38,70%	61,30%
BZÖ StammwählerInnen	48,77	17,93	41,90%	58,10%
BZÖ WechselwählerInnen	46,55	17,02	53,50%	46,50%

Bei einem Blick auf die soziodemografischen Merkmale Alter und Geschlecht zeigen sich sowohl Ähnlichkeiten als auch Differenzen im Vergleich zu anderen Parteien. Das Alter der BZÖ Wählergruppen zeigt – wie auch bei Sozial- und Christdemokraten – nur minimale Unterschiede auf. Interessant ist zu beobachten, dass die Wählerschaft bei Nationalratswahlen annähernd ausgeglichen ist, während bei EP-Wahlen deutlich mehr Frauen das BZÖ wählen würden. Genau gegengleich verhält es sich, wenn wir Stamm- und WechselwählerInnen vergleichen. Hier ist bei den StammwählerInnen eine Mehrheit an Frauen zu sehen, während Männer eher zu den WechselwählerInnen gehören. Bedingt durch die geringen Fallzahlen des BZÖ kann jedoch keine signifikante Differenz festgestellt werden.

Angesichts dieser Ergebnisse kann für alle Parteien folgende Schlussfolgerung gezogen werden: Die Schwankungen beider Kontrollvariablen – also Alter und Geschlecht – liegen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite und sind daher nicht signifikant. Für die nun folgenden Auswertungen kann daher ausgeschlossen werden, dass Gender- oder Generation-Voting ein Grund für mögliche Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen ist.

Die Frage nach konkreten Politikprojekten bzw. der Kompetenzzuschreibung von Themenfeldern werden wir in den kommenden Kapiteln behandeln. Hier wollen wir uns nur kurz mit der Frage beschäftigen, ob es Unterschiede in der Antwortverweigerung gibt. Prinzipiell ist es bei empirischen Studien immer der Fall, dass einzelne Fragen von bestimmten Befragten nicht beantwortet werden. Dieses Verhalten kann unterschiedliche Gründe haben. Ein Blick auf die Antwortverweigerungen soll daher sicherstellen, dass keine Auffälligkeiten bestehen, die unsere Resultate beeinflussen würden.

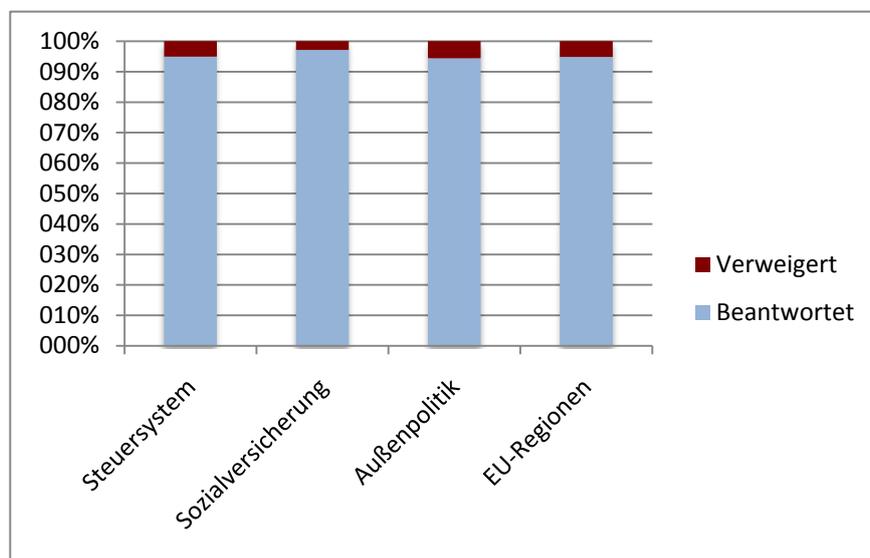


Abbildung 2: Antwortverweigerung bei Politikfragen

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, zeigt sich bei allen Fragen eine sehr geringe Antwortverweigerung. Die Quote der Fragenbeantwortung liegt zwischen 94,4% (Außenpolitik) und 97,10% (Sozialversicherung). Diese Werte zeigen keine Auffälligkeiten, die es in weiterer Folge zu beachten gibt. Abbildung 3 zeigt die Antwortverweigerung bei der Kompetenzzuschreibung der Politikfelder:

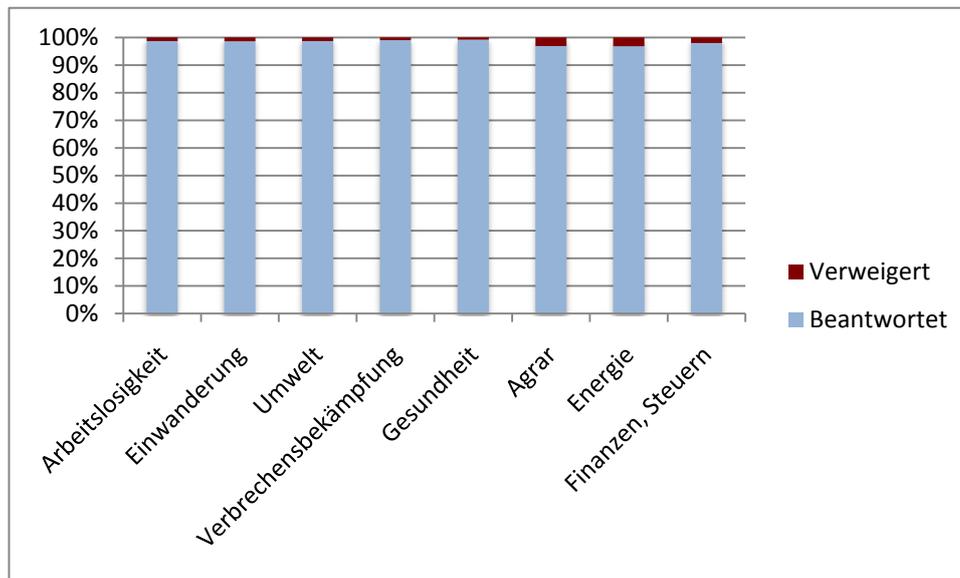


Abbildung 3: Antwortverweigerung bei Politikfeldern

Auch hier ist ein ähnliches Bild wie bei den Politikfragen zu verzeichnen. Tendenziell ist die Antwortverweigerung sogar noch geringer. Sie bewegt sich zwischen 0,8% (Gesundheitspolitik) und 3,2% (Energiepolitik). Besonders bemerkenswert ist, dass bei den Politikfeldern Verbrechensbekämpfung und Gesundheit über 99% des Samples eine Antwort gegeben haben.

4. Europäische Integration: Grundsätzliche Differenzen?

Das Thema europäische Integration wird im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament in vielen politikwissenschaftlichen Arbeiten behandelt. Wenn darüber diskutiert wird, welchen Einfluss europäische Faktoren auf die Wahlentscheidung haben, wird die europäische Integration meist als erklärende Variable genannt. Jedoch zeigten sich erst bei den EP-Wahlen 2004 signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von WählerInnen (siehe Van Egmond 2007). Dabei wurden jedoch nur Gruppen von WählerInnen behandelt, die an der EP-Wahl teilnahmen. Die Positionierungen der Parteien zu den einzelnen Politikfeldern bzw. politischen Projekten sind den Arbeiten von Lefkofridi/Kritzinger (2008) bzw. Marks/Wilson/Ray (2008) entnommen.

In dieser Arbeit wird jedoch mit einer anderen Einteilung von WählerInnen gearbeitet, den Stamm- und WechselwählerInnen. Unsere erste Hypothese besagt, dass zwischen Stamm- und WechselwählerInnen Unterschiede in der generellen Einstellung zur europäischen Integration bestehen. Wird diese Hypothese bestätigt, kann davon ausgegangen werden, dass auch für die Entscheidung, nicht an der EP-Wahl zu Partizipieren (also die Gruppe der NichtwählerInnen), unter anderem durch die Einstellung zur europäischen Integration erklärt werden kann. Damit würde auch die vorgestellte Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen eine bessere Erklärung für das Wahlverhalten liefern, als die bisherigen Modelle.

Bevor wir nun beginnen, zwischen den einzelnen Wählergruppen zu differenzieren, sehen wir uns die Ergebnisse unserer gesamten Stichprobe an. Die Fragestellung für dieses Kapitel lautete: „*Manche Leute sagen, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist ihre Meinung?*“. Als Antwortmöglichkeit wurde eine 10-teilige Skala präsentiert, wobei der Wert 0 mit einer strikten Ablehnung und 10 mit einer Fortführung der Integration definiert wurde. Abbildung 4 zeigt ein Histogramm für diese Variable:

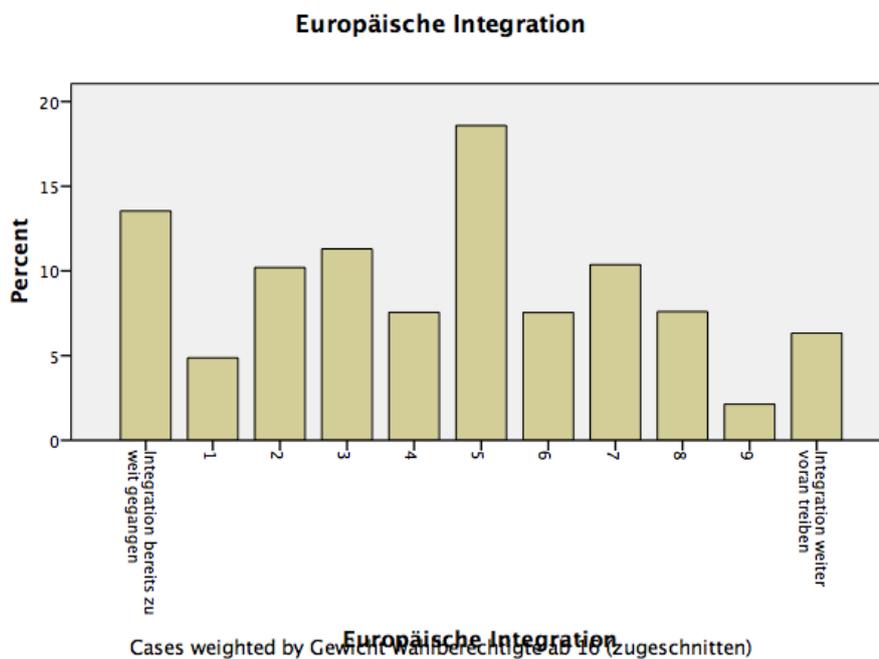


Abbildung 4: Histogramm Europäische Integration

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, befindet sich der Median (Wert 5) mit 18,6% in der Skalenmitte. Es zeigt sich, dass der integrationskritische Wertebereich (0 bis 4) mehr Stimmen erhält als sein Gegenüber (Wertebereich 6 bis 10). Beachtenswert ist der Anteil an Personen, die sich für den Extremwert 0 („Integration bereits zu weit gegangen“) entschieden haben. Mit 13,5% ist dies der zweithöchste Wert aller möglichen Antworten, woraus eine starke Polarisierung zu schließen ist. Der Skalenbereich 0 bis 4 – der eine kritische Einstellung gegenüber der europäischen Integration zeigt – wird insgesamt von 47,5% der Befragten genannt. Personen, die eine positive Einstellung besitzen (Werte von 6 bis 10), erreichen zusammen 34%. Daher kann festgestellt werden, dass die österreichische Bevölkerung eine – in Summe gesehen – tendenziell negative Haltung gegenüber dieser Frage besitzt. Diese Sichtweise bestätigt auch die deskriptive Statistik: Der Mittelwert liegt bei 4,43 mit einer Standardabweichung von 2,90. Wesentlich ist jedoch die Frage, wie die Ergebnisse der einzelnen Wählergruppen ausfallen und ob eine Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen zu sehen ist. Tabelle 9 liefert Ergebnisse auf diese Frage:

Tabelle 10: Mittelwerte - europäische Integration

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	5,52	3,22
ÖVP	5,21	4,74
FPÖ	2,36	3,47
GRÜNE	7,52	5,14
BZÖ	2,93	2,08

In Tabelle 10 ist zu sehen, dass für jede Partei der Mittelwert der Antworten in Bezug auf die Variable europäische Integration berechnet und dargestellt wurde. Wertepaare, die fett dargestellt werden, zeigen eine statistisch signifikante Differenz.

Bei den Sozialdemokraten gibt es einen sichtbaren Unterschied zwischen Stamm- und WechselwählerInnen. Die Stammwählerschaft ist mit einem Mittelwert von 5,52 deutlich positiver in dieser Frage eingestellt als Personen, die auf EU-Ebene nicht die SPÖ wählen (SPÖ WechselwählerInnen). Diese Differenz lässt sich folgendermaßen erklären: Die StammwählerInnen folgen mit ihrer positiven Einstellung der Positionierung der SPÖ in diesem Thema. Wie in Lefkofridi/Kritzinger (2008) ersichtlich ist, zeigt die SPÖ eine positive Einstellung gegenüber einer weiteren europäischen Integration. Diese Ansicht wird von den WechselwählerInnen jedoch nicht geteilt. Während das Ergebnis der WechselwählerInnen – im Vergleich zu dem gesamten Sample – unter dem Mittel liegt, so zeigen die StammwählerInnen eine überdurchschnittliche Unterstützung der Integrationsfrage. Die Wählergruppen der ÖVP zeigen keine Differenzen in dieser Position, die Mittelwerte sind annähernd gleich. Im Vergleich zu allen anderen Parteien ist die Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen am geringsten. Beide Gruppen zeigen eine positivere Einstellung zur Integration als die gesamte Stichprobe, bei den WechselwählerInnen ist dies jedoch nur marginal. Damit folgen beide WählerInnengruppen der Parteipositionierung der ÖVP, die sich besonders stark für weitere Integrations Schritte einsetzt. Verglichen mit der Typologisierung der einzelnen Parteien kann für drei von vier Gruppen von WählerInnen der beiden Großparteien gesagt werden, dass sie wie ihre Partei eine grundsätzlich positive Einstellung zeigen. Während sich die Parteien sehr integrationsfreundlich positionieren, liegen die WählerInnen nur knapp über dem Mittel der Gesamtbevölkerung. Einzig die Wechselwähler-

rInnen der SPÖ zeigen eine deutlich negative Einstellung in dieser Frage. Angesichts der Wählerströme in Tabelle 3 könnte dies eine Erklärung dafür sein, dass knapp 40% der nationalen SPÖ WählerInnen auf europäischer Ebene nicht zur Wahl gehen.

Die WählerInnen der FPÖ sind gegenüber der europäischen Integration sehr skeptisch eingestellt, womit sie der Positionierung der FPÖ folgen. Ihre Resultate zeigen keine statistische Signifikanz, jedoch ist die Tendenz ersichtlich, dass WechselwählerInnen der Integration etwas positiver gegenüberstehen als die StammwählerInnen. Der Mittelwert der gesamten Stichprobe liegt bei 4,4, beide FPÖ Gruppen unterschreiten diesen Wert deutlich. Viele WechselwählerInnen der FPÖ geben an, auf europäischer Ebene nicht zu wählen. Dass diese Personen nur kaum von anderen Parteien (Ausnahme: Liste HPM) abgeworben werden, dürfte mit der Positionierung der anderen Parteien zusammenhängen. Die StammwählerInnen aller Parteien folgen der Positionierung ihrer jeweiligen Partei. Da die Werte der FPÖ WechselwählerInnen deutlich von den Werten der StammwählerInnen der anderen Parteien abweichen, kann die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, als beste Alternative für die WechselwählerInnen gesehen werden. Einzig die StammwählerInnen des BZÖ weisen einen ähnlichen Wert auf. Dass FPÖ WählerInnen jedoch nicht zum BZÖ wechseln kann durch nationale Gründe (BZÖ ist eine Abspaltung der FPÖ) erklärt werden. Ein komplett anderes Bild ergibt sich bei den Grünen. Neben der SPÖ sind sie die zweite Partei, bei der eine signifikante Differenz festgestellt werden kann. Mit einem Mittelwert von 7,52 zeigen sich die StammwählerInnen der Grünen sehr positiv gegenüber der Integration eingestellt, während die Wechselwählerschaft der Grünen im Mittel mit 5,14 deutlich negativere Präferenzen haben. Beide Werte sind jedoch über dem Mittelwert der gesamten Stichprobe. Diese Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen kann durch die inhaltliche Veränderung der Grünen erklärt werden. Während sich die Grünen bei den ersten EP-Wahlen in Österreich (1996) noch als antieuropäische Partei positioniert haben, erfolgte im zeitlichen Verlauf eine Änderung hin zu einer proeuropäischen Einstellung (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S.282). Während die StammwählerInnen ebenso wie die Partei positiv eingestellt sind, verlieren die Grünen alle Personen, die eine nicht so starke proeuropäische Einstellung haben. Hinsichtlich des BZÖ sehen wir – ähnlich der Wählerschaft der FPÖ – eine sehr kritische Einstellung betreffend die Integration. Beide Personengruppen liefern ähnliche Ergeb-

nisse ab (2,93 bzw. 2,08), die auch im Gesamtvergleich unter dem Durchschnitt liegen. Diese Ergebnisse bestätigen meine Annahme, dass die WählerInnengruppen des BZÖ ähnliche Werte wie die der FPÖ liefern.

Vergleichen wir nun Stamm- und WechselwählerInnen aller Parteien miteinander ergibt sich folgendes Gesamtbild: Zwei Parteien zeigen deutliche Differenzen (SPÖ, Grüne), weitere zwei Parteien haben annähernd homogene Ergebnisse (ÖVP, BZÖ) und die Freiheitlichen zeigen zwar tendenzielle Unterschiede, die jedoch auf einem Signifikanzniveau von 95% nicht signifikant sind (würde das Signifikanzniveau jedoch um 5% auf 90% gesenkt, wäre der Unterschied signifikant). Bemerkenswert ist, dass es kein einheitliches Muster gibt, wenn wir uns die Regierungs- bzw. Oppositionszugehörigkeit ansehen. Während die Resultate der SPÖ deutlich differieren, gibt es bei der Volkspartei keine namhaften Unterschiede. Ähnlich verhält es sich bei den Oppositionsparteien. Während FPÖ und BZÖ kein signifikantes Ergebnis aufweisen, zeigen die Grünen Unterschiede zwischen den Gruppen. Die second-order Theorie, die von der Annahme ausgeht, dass WählerInnen von Regierungsparteien bei EP-Wahlen eher Oppositions- bzw. Kleinparteien wählen, kann hier nicht bestätigt werden. Das hier vorliegende Muster deutet eher darauf hin, dass die Einstellungen der WechselwählerInnen nicht mit der Positionierung der jeweiligen Partei, die sie auf nationaler Ebene wählen, übereinstimmen. Es sind jedoch Merkmale vorhanden, die Gemeinsamkeiten aufweisen. Sowohl die SPÖ als auch die Grünen sind im politischen Spektrum eher Links bzw. Mitte-Links einzuordnen. Beide Parteien zeigen signifikante Ergebnisse. Mitte-Rechts bzw. Rechtsparteien scheinen eine einheitliche Bewertung in der Frage der europäischen Integration zu besitzen.

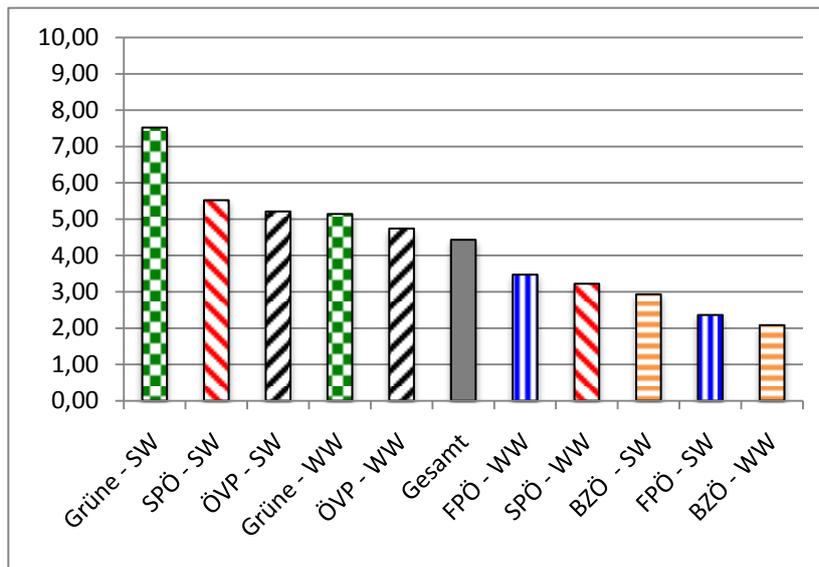


Abbildung 5: Gruppenvergleich europäische Integration

Abbildung 5 veranschaulicht die bisher getroffenen Aussagen. Die Abkürzungen SW und WW beziehen sich auf Stamm- bzw. WechselwählerInnen, Gesamt entspricht dem Mittelwert des gesamten Samples. Grüne und ÖVP haben beide Wählerschichten über dem Gesamtwert, FPÖ und BZÖ jeweils darunter. Besonders deutlich zeigt sich hier die Diskrepanz zwischen den beiden Gruppen der SPÖ. Während die StammwählerInnen den zweithöchsten Wert (unter 11 Gruppen) erreichen, liegt die Gruppe der WechselwählerInnen nur auf Platz 8. Die geringen Differenzen bei ÖVP und BZÖ sind ebenfalls gut ersichtlich.

In der ersten Hypothese wurde formuliert, dass zwischen Stamm- und WechselwählerInnen Differenzen bezüglich der europäischen Integration bestehen. Kann diese Aussage bestätigt werden? Tendenziell ja. Es zeichnet sich folgende Struktur ab: Die StammwählerInnen der Parteien folgen der inhaltlichen Positionierung ihrer Partei, während WechselwählerInnen eine divergierende Einstellung besitzen. Zwar zeigen zwei Parteien keine Differenzen, angesichts der hier dargestellten Ergebnisse ist jedoch ersichtlich, dass Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Um die Validität dieser Aussagen zu erhöhen sind jedoch weitere Untersuchungen notwendig.

5. Europäische Integration: Differenzen in verschiedenen Politikfeldern?

Der Ausgangspunkt für diesen Themenbereich war die Frage von Hix/Marsh (2007), wie ein Wettbewerb um Stimmen auf europäischer Ebene aussehen könnte, verbunden mit der Feststellung, dass es sich hierbei nicht nur um das Thema europäische Integration, sondern um ein breites Feld an Themen handeln muss. Auch Franklin/Curtice (1996) oder Worre (1996) stellten in ihren Forschungen fest, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament von verschiedensten Sachthemen und Politikfeldern beeinflusst wird. Nachdem wir in Kapitel 3 festgelegt haben, welche Politikfelder bzw. konkrete Projekte wir behandeln wollen, ist es nun an der Zeit zu überprüfen, ob in diesen Punkten gegensätzliche Ansichten von Stamm- und WechselwählerInnen zu finden sind.

5.1. Politikprojekte

Bei diesem Thema wurden die befragten Personen um ihre Meinung (Zustimmung bzw. Ablehnung) zu einem konkreten politischen Vorschlag gebeten. Insgesamt wurden vier Projekte abgefragt: Soll es ein einheitliches Steuersystem für Europa geben?, Soll ein gemeinsames Sozialversicherungssystem geschaffen werden?, Soll es mehr Hilfe für EU-Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen geben?, sowie die Frage, ob eine einzige Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der EU angestrebt werden soll.

5.1.1. Einheitliches Steuersystem

Abbildung 6 zeigt das Antwortverhalten der gesamten Stichprobe:

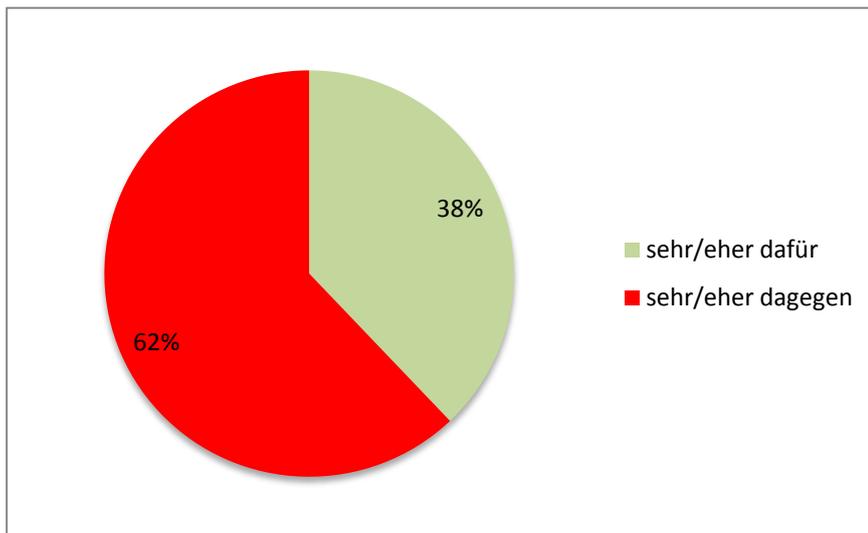


Abbildung 6: Einheitliches Steuersystem - Gesamtpopulation

Eine deutliche Mehrheit von 61,7% lehnt ein einheitliches Steuersystem für Europa ab, nur 38,3% sind sehr bzw. eher dafür. Dieses Thema stammt aus dem Politikfeld Steuern und Finanzen, dass bisher größtenteils auf Ebene der Nationalstaaten entschieden wird. Wenn wir uns den einzelnen Parteien und ihren Wählergruppen zuwenden sehen wir ein differenzierteres Bild.

Tabelle 11: Einheitliches Steuersystem - Anteil an Befürwortern

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	35,00%	24,10%
ÖVP	44,60%	41,60%
FPÖ	17,50%	32,20%
GRÜNE	64,60%	36,80%
BZÖ	7,00%	27,60%

Tabelle 10 gibt an, wie hoch der Anteil an Personen ist, die diese Frage sehr bzw. eher befürworten. Fett gedruckte Ergebnisse zeigen eine signifikante Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen.

Die StammwählerInnen der SPÖ befürworten zu 35% ein einheitliches Steuersystem, bei den WechselwählerInnen sind es jedoch nur 24%. Bei einem Signifikanzniveau von 95% ist diese Differenz nicht signifikant. Würden wir jedoch von einem 90% Niveau ausgehen, hätten wir ein

signifikantes Resultat. Jedenfalls ist die Tendenz ersichtlich, dass die Stammwählerschaft noch eher einen positiven Zugang bei diesem Thema besitzt. Beide Werte sind unter dem Durchschnitt von 38% (bezogen auf alle Befragten). Dies ist von Interesse, wenn wir uns ansehen, welche Position die SPÖ bei dieser Frage einnehmen sollte. Laut Marks/Wilson/Ray (Vgl. 2008, S. 587) würden wir uns eine moderate positive Einstellung erwarten. Beide WählerInnengruppen der SPÖ lehnen dies jedoch ab, wobei die Stammwählerschaft – verglichen mit dem gesamten Sample – im Durchschnitt liegt. Die Positionierung der SPÖ entspricht in dieser Frage also nicht den Einstellungen ihrer WählerInnen. Wie auch schon im letzten Kapitel zeigen die WählerInnen der ÖVP ein sehr homogenes Bild. Sowohl Stamm- als auch WechselwählerInnen zeigen mit knapp über 40% ein einheitliches Bild. Ebenfalls gleich ist die Feststellung, dass beide Gruppen über dem Durchschnitt liegen, womit beide Gruppen erneut der zu erwartenden Positionierung der ÖVP (starke Befürwortung) entsprechen.

Eine deutlich geringere Zustimmung sehen wir bei der Freiheitlichen Partei Österreichs. Ihre Stammwählerschaft zeigt mit 17,5% nur sehr geringes Interesse an diesem Projekt. Auch die WechselwählerInnen sind mit knapp einem Drittel Zustimmung (32,2%) unter dem Wert der Gesamtbevölkerung. Die ersichtliche Differenz von 15% weist zwar auf eine deutliche Tendenz hin, dass die WechselwählerInnen positiver eingestellt sind, jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant. Nach Marks/Wilson/Ray sollten sich FPÖ und (anhand meiner Annahmen) auch das BZÖ sehr stark gegen Integrationsbemühungen positionieren. Was die FPÖ betrifft, würde dies auch der Einstellung ihrer StammwählerInnen entsprechen. Die WechselwählerInnen vertreten eine etwas moderatere Position, auch wenn ihre Werte unter dem Durchschnitt aller Befragten liegen. Anders ist dies bei den Grünen. Während Grüne StammwählerInnen überwiegend für eine Harmonisierung stimmen (64,6%) wollen nur halb so viele WechselwählerInnen (36,8%) dieses Thema unterstützen. Keine andere Partei zeigt so hohe Unterschiede zwischen den Wählergruppen wie die Grünen. Besonders Bemerkenswert ist dies, da angesichts der Literatur eine eher ablehnende Haltung der Grünen prognostiziert wird. Damit würden die Grünen genau jene WählerInnen verlieren, die grundsätzlich derselben Ansicht sind. Möglicherweise ergibt sich der hohe Anteil an Befürwortern in der Gruppe der StammwählerInnen durch die Tatsache, dass sie allgemein einer weiteren Integration (Unabhängig von Themen) sehr positiv gegenüber-

stehen. Am Ergebnis des BZÖ ist interessant, dass nur 7% der Stammwählerschaft angeben, dieses Projekt sehr bzw. eher zu befürworten. Die Werte des BZÖ sind geringer als die der euroskeptischen FPÖ. Dass die Differenz von 20% nicht signifikant ist, ist den geringen Fallzahlen der einzelnen Gruppen geschuldet. Verglichen mit den Werten der FPÖ zeigen sich jedoch auch hier Ähnlichkeiten, die meine Vermutung, dass BZÖ und FPÖ annähernd gleiche Muster zeigen, bestätigen. Vergleichen wir nun alle Gruppen miteinander, so sehen wir folgendes:

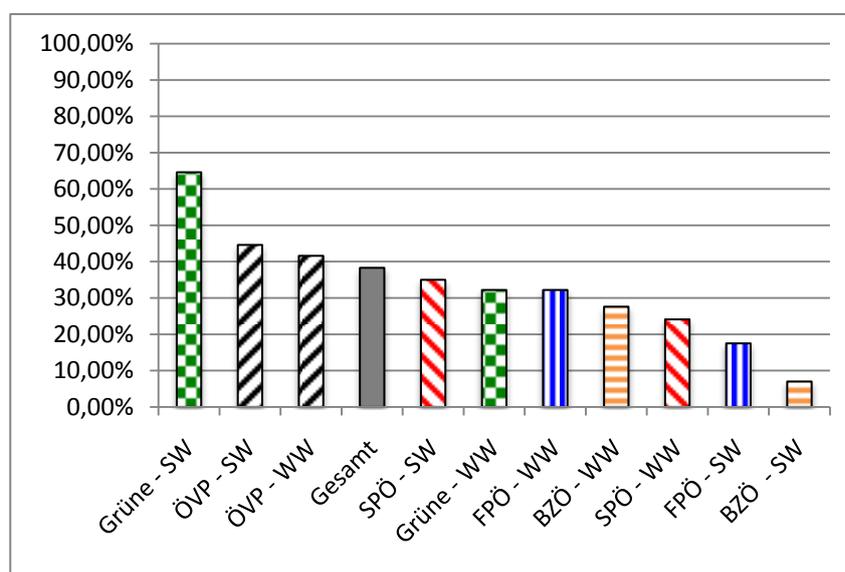


Abbildung 7: Gruppenvergleich Steuersystem

Abbildung 7 zeigt den Anteil an stimme sehr bzw. eher zu Antworten der einzelnen Gruppen. Verglichen mit dem vorigen Kapitel sehen wir sowohl Kontinuitäten als auch Unterschiede. Bemerkenswert ist der Prozentsatz der grünen StammwählerInnen. Keine andere Gruppe erreicht auch nur annähernd so hohe Werte. Von den 10 Wählergruppen der Parteien sind nur 3 über dem Gesamtwert aller befragten Personen und nur die Volkspartei liegt mit beiden Gruppen über diesen Wert. Anhand der Positionierungen der Parteien wäre zu erwarten, dass die WählerInnen von SPÖ und ÖVP zu den Befürwortern zählen, während alle anderen Gruppen gegen eine Integration in dieser Frage sein sollten. Wie schon erwähnt zeigten sich bei Grünen und SPÖ Abweichungen von dieser Annahme. Besonders deutlich ist in dieser Abbildung zu sehen, wie stark der Unterschied zwischen Stamm- und WechselwählerInnen bei den Grünen und der SPÖ ist. Selbst die WechselwählerInnen von FPÖ und BZÖ zeigen eine größere Zustimmung als

die SPÖ WechselwählerInnen. Am unteren Ende befinden sich die StammwählerInnen der rechtspopulistischen Parteien, was anhand der zu erwartenden Positionierung der Parteien den Annahmen entspricht.

5.1.2. Gemeinsames Sozialversicherungssystem

Die nächste Fragestellung betrifft das Sozialversicherungssystem. Es wurde abgefragt, ob ein gemeinsames Sozialversicherungssystem in der EU geschaffen werden soll. Unabhängig der Wahlpräferenzen ergibt sich für die Summe aller Befragten folgendes Bild:

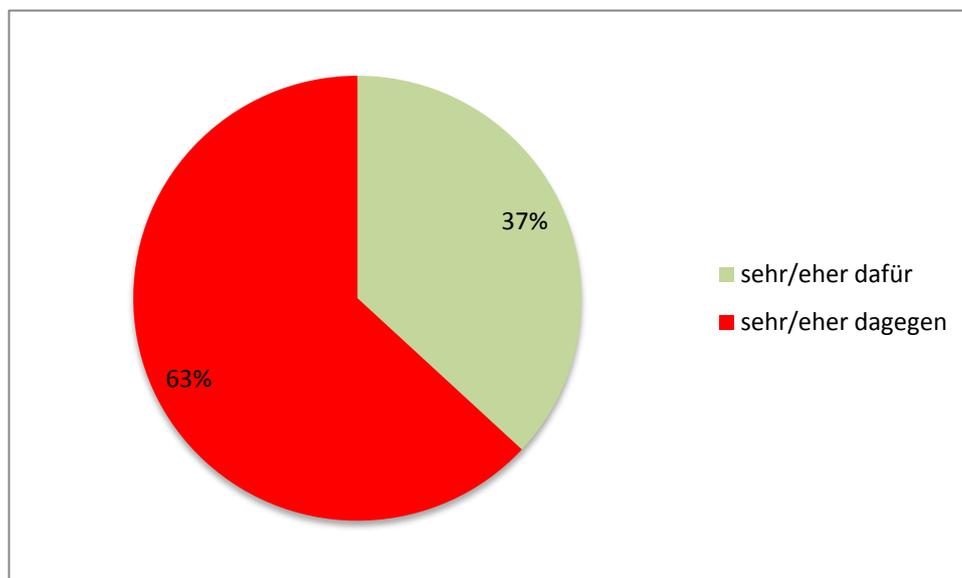


Abbildung 8: Gemeinsames Sozialversicherungssystem - Gesamtpopulation

36,9% aller Befragten sind sehr bzw. eher für ein gemeinsames Sozialversicherungssystem, 63,1% lehnen diese Idee ab. Das Antwortverhalten ist damit ähnlich wie das der ersten Frage. Auch hierbei handelt es sich um einen Themenbereich, der in den Kompetenzbereich der einzelnen Staaten liegt. Wenden wir uns nun den Stamm- und WechselwählerInnen der einzelnen Parteien zu.

Tabelle 12: Gemeinsames Sozialversicherungssystem - Anteil an Befürwortern

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	33,20%	31,20%
ÖVP	41,00%	25,00%
FPÖ	30,50%	25,90%
GRÜNE	65,40%	41,30%
BZÖ	5,10%	12,40%

Während wir bei der Gesamtpopulation keinen Unterschied zu der vorhergehenden Fragestellung sehen, ist dies bei den Gruppen der Stamm- und WechselwählerInnen nicht der Fall. Hier zeigen die sozialdemokratischen Wählergruppen mit 33,2% bzw. 31,2% ein beinahe identisches Antwortverhalten. Beide Gruppen sind jedoch unter dem Mittel aller Befragten (36,9%) anzuordnen. Damit zeigt die SPÖ eine kritischere Einstellung als die Gesamtbevölkerung. Während generell bei sozialdemokratischen Parteien eine verstärkte Integration in dieser Frage zu erwarten ist, zeigt die SPÖ wie auch ihre WählerInnen eine ablehnende Haltung. Dies kann durch das hohe Leistungsniveau der österreichischen Sozialversicherungen erklärt werden. Die Befürchtung, dass es bei einem gemeinsamen Sozialversicherungssystem zu Verschlechterungen für Österreich kommen würde erklärt die Werte der SPÖ Gruppen. Während die StammwählerInnen der ÖVP mit 41% einem gemeinsamen Sozialversicherungssystem zustimmen, ist dies nur bei 25% ihrer WechselwählerInnen der Fall. Damit ist die Differenz zwischen den Resultaten signifikant. Des Weiteren zeigt sich, dass die Wechselwählergruppe nicht nur unterdurchschnittlich abschneidet, sondern auch hinter Wählergruppen von SPÖ und FPÖ fällt. Lefkofridi/Kritzinger zeigen, dass bei diesem Thema die Parteilinie der ÖVP starken Schwankungen unterliegt. Wird dies berücksichtigt, erklärt dies den signifikanten Unterschied. Personen, die einer weiteren Integration der SV-Systeme zustimmen, wählen die ÖVP auch auf EP-Ebene, Personen mit einer ablehnenden Haltung entscheiden sich jedoch für eine andere Partei bzw. dafür, nicht zur Wahl zu gehen.

Neben der SPÖ ist auch bei der FPÖ eine geringe Differenz im Antwortverhalten zu sehen. Auch die Ergebnisse sind mit 30,5% (StammwählerInnen) bzw. 25,9% (WechselwählerInnen) jenen der Sozialdemokraten sehr ähnlich. Dies ergibt sich dadurch, dass die Parteiposition der FPÖ sehr ablehnend in dieser Frage ist. Für das BZÖ ist die schon bisher ersichtliche geringe Zustim-

mungsquote erkennbar. Nur 5,1% sowie 12,4% stimmen der Idee eines gemeinsamen Sozialversicherungssystems auf europäischer Ebene zu. Dieses Ergebnis ist bei einem Signifikanzniveau von 90% signifikant, bei 95% jedoch nicht. Unter der Annahme, dass die Position des BZÖ der der Freiheitlichen sehr nahe steht, kann diese Differenz auf Grund der sehr geringen Zustimmungsrates erklärt werden. Ebenso wie bei den Freiheitlichen nehme ich an, dass auch das BZÖ sich strikt gegen eine Harmonisierung positioniert. Die Grünen weisen – erneut – die größte Zustimmungsrates auf. Zwei von drei Grünen StammwählerInnen befürworten ein einheitliches Sozialversicherungssystem, während es in der Gruppe der WechselwählerInnen nur zu 41,3% reicht. Dieser Unterschied ist – wie schon bei dem Resultat des BZÖ – nur bei einem Signifikanzniveau von 90% signifikant. Jedoch ist eine klare Tendenz ersichtlich. Nach Hooge/Marks/Wilson wird bei den Grünen erwartet, dass sie keine eindeutige Position für oder gegen eine verstärkte Integration vertreten. Einerseits würde eine Europäisierung eine Angleichung der Standards für alle Länder mit sich bringen, andererseits jedoch ist zu befürchten, dass eine Vereinheitlichung Nachteile durch eine verstärkte Ökonomisierung mit sich bringt (Vgl. Hooge/Marks/Wilson 2002, S. 587). Dies Erklärt die Unterschiede zwischen den Stamm- und WechselwählerInnen. Während die BefürworterInnen auf EU-Ebene die Grünen wählen, entscheiden sich WählerInnen, die Nachteile befürchten, und damit eine negativere Einstellung besitzen, nicht für die Grünen. Abbildung 9 zeigt den Gruppenvergleich über alle Parteien:

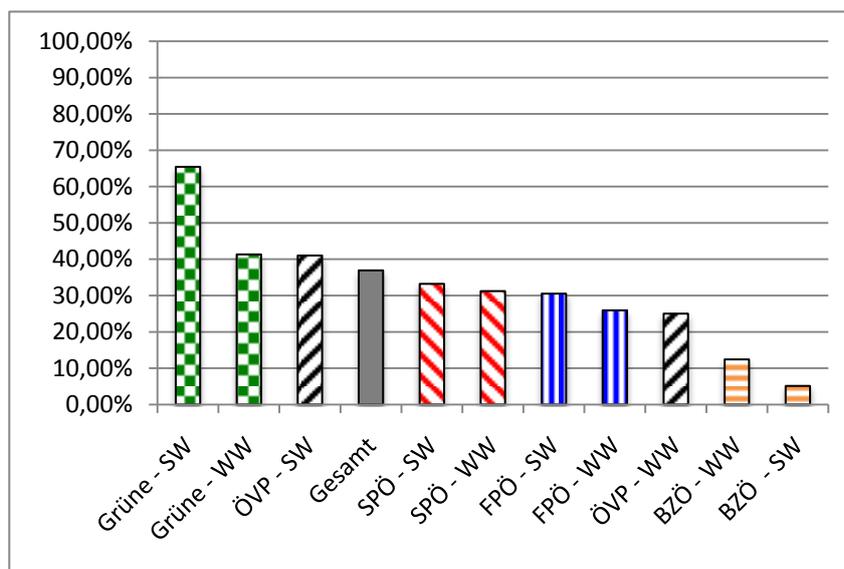


Abbildung 9: Gruppenvergleich gemeinsames Sozialversicherungssystem

Aus dieser Grafik wird besonders ersichtlich, wie skeptisch die WählerInnen des BZÖ sowie der FPÖ in dieser Frage eingestellt sind. Alle Parteien, die sich gegen eine Harmonisierung aussprechen, weisen ähnliche Werte bei Stamm- und WechselwählerInnen auf. Dies würde dagegen sprechen, dass diese Fragestellung als Entscheidungsgrundlage für EP-Wahlen gesehen werden kann. Auch auf der anderen Seite des Antwortverhaltens sehen wir, dass die Gruppe der grünen StammwählerInnen einen deutlich erhöhten Wert im Vergleich zu allen anderen erzielt, sowie eine deutliche Differenz bei der ÖVP. Beide Parteien haben eine Gemeinsamkeit: Unterschiedliche Positionierungen zu diesem Thema. Dies liefert eine Erklärung für die Differenzen zwischen den Parteien. Es kann also festgehalten werden, dass beide WählerInnengruppen der Einstellung ihrer Partei folgen, sofern diese eindeutig ist. Ist dies nicht der Fall, zeigen sich Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen. Nur dann kann diese Frage als europäischer Faktor betrachtet werden.

5.1.3. Gemeinsame Außenpolitik

Die nächste Fragestellung befasst sich damit, ob gegenüber Drittstaaten eine gemeinsame Außenpolitik von allen EU-Staaten befürwortet wird. Die Ergebnisse aller Befragten sind in Abbildung 10 ersichtlich:

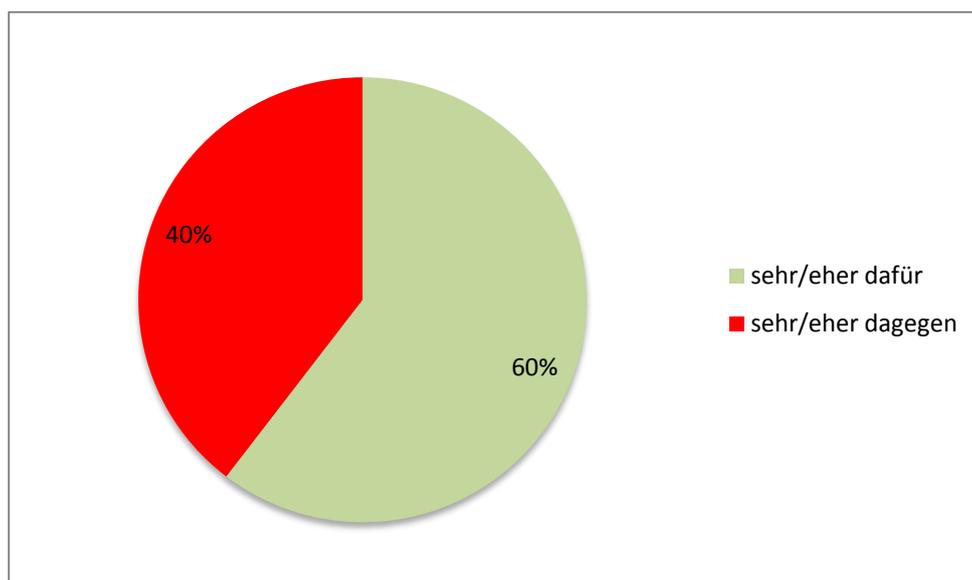


Abbildung 10: Gemeinsame Außenpolitik - Gesamtpopulation

Sehen wir uns das Antwortverhalten an und vergleichen es mit den bisherigen Ergebnissen, so haben sich die Vorzeichen gedreht. Eine Mehrheit von 60,4% der Befragten wünscht sich eine koordinierte Außenpolitik aller Mitgliedstaaten. Dieses Resultat ist insofern von Interesse, da Österreich ein neutrales Land ist und eine koordinierte Außenpolitik unter Umständen auch Konzessionen auf Seiten Österreichs bedeuten könnte. Der bisherige Stand hinsichtlich der Kompetenzen ist gemischt. Einerseits finden in vielen Fragen schon Koordinationsprozesse auf EU-Ebene statt, von einer einheitlichen Politik oder gar einer Gesamtstrategie kann jedoch nicht gesprochen werden. Gibt es nun Unterschiede zwischen Stamm- und WechselwählerInnen dieser Frage? Einen Aufschluss darüber ergibt Tabelle 12.

Tabelle 13: Gemeinsame Außenpolitik - Anteil an Befürwortern

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	72,30%	56,50%
ÖVP	77,70%	66,10%
FPÖ	53,20%	63,10%
GRÜNE	70,40%	52,00%
BZÖ	49,50%	36,20%

Dies ist die einzige Fragestellung, bei der keine signifikante Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen gefunden werden konnte. Dafür gibt es zwei Erklärungsansätze: Erstens ist die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sehr stark mit den Aktivitäten der NATO abgestimmt. Da Österreich ein neutraler Staat ist, besitzen Themenfelder wie die Teilnahme am Afghanistankrieg nur eine geringe Bedeutung verglichen mit anderen Staaten. Zweitens zeigen Lefkofridi/Kritzinger, dass in dieser Frage bei der Positionierung der Parteien kaum Unterschiede zu finden sind. Alle Parteien zeigen sich in diesem Bereich eher neutral. Dies bedeutet, dass keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine weitere Integration zu erkennen ist. Da kein Unterschied in dieser Frage zwischen den Parteien zu sehen ist, können die Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen anhand der generellen Einstellung zur europäischen Integration erklärt werden.

Bei der SPÖ zeigt sich daher eine sehr positive Einstellung in dieser Frage. Die Zustimmungquote unter den StammwählerInnen liegt mit 72,3% deutlich über dem Durchschnitt. Die Gruppe

der WechselwählerInnen zeigt mit 56,5% zwar ein vergleichbar schwächeres Ergebnis, jedoch stimmen auch hier über 50% der Befragten für eine Europäisierung in dieser Frage. Die StammwählerInnen der Volkspartei zeigen mit einer Zustimmung von 77,3% den bisher höchsten gemessenen Wert unter allen Gruppen. Die WählerInnen der ÖVP stehen dem Bereich Außenpolitik sehr integrationsfreundlich gegenüber, ebenfalls stimmen zwei von drei WechselwählerInnen für ein gemeinsames Auftreten.

53,2% der FPÖ StammwählerInnen und 63,1% der FPÖ WechselwählerInnen sind in dieser Frage sehr bzw. eher für ein gemeinsames Handeln. Diese hohen Werte lassen sich jedoch nicht anhand der generellen Einstellung zur europäischen Integration erklären. Hier könnte unser erster Ansatz eine Erklärung liefern, dass die Neutralität Österreichs bei der Beantwortung dieser Frage eine Rolle spielt. Die Werte der Stamm- wie auch der WechselwählerInnen von den Grünen liegen hinter denen der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, jedoch können auch diese Resultate anhand der generellen Einstellung zur Integration erklärt werden. SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen haben in allen Gruppen jeweils eine Zustimmungsrate von über 50%. Alles beim Alten ist bei den WählerInnen des BZÖ: beide Gruppen liegen wieder an letzter Stelle und beide erreichen die 50% Marke nicht. Damit liegen sie auch unter dem Durchschnitt aller Befragten, deren Werte sich durch die geringe generelle Integrationsbereitschaft erklären lassen. Den Vergleich der Stamm- und Wechselwählergruppen ist in der nächsten Grafik zu sehen.

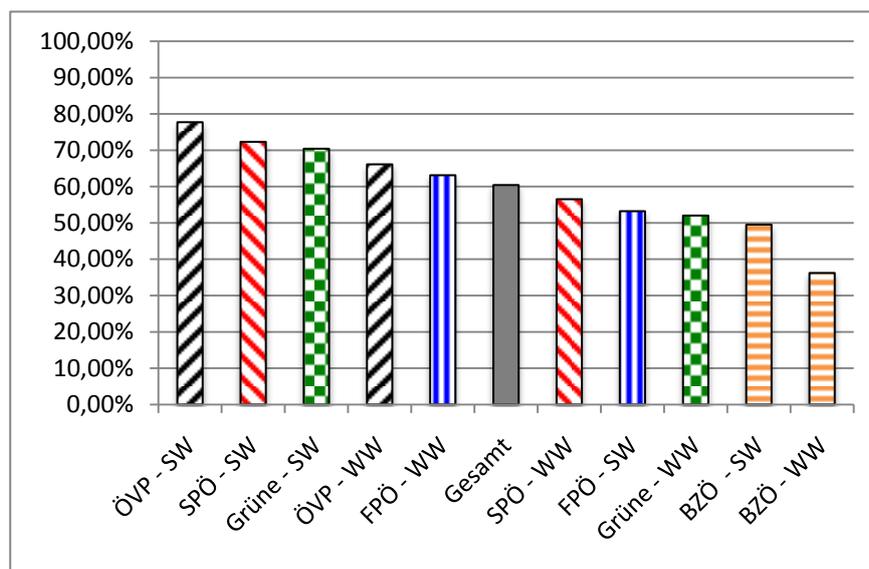


Abbildung 11: Gruppenvergleich - Gemeinsame Außenpolitik

Erstmals schafft es die FPÖ – mit den WechselwählerInnen – über dem Gesamtmittelwert zu liegen. Beide Gruppen der ÖVP sind ebenfalls über dem Mittelwert, sowie die StammwählerInnen von SPÖ und Grünen. Die BZÖ WählerInnen finden sich wieder am unteren Ende. Mit Ausnahme der FPÖ entspricht die Rangfolge der Parteien dem Gruppenvergleich bei der Frage nach der generellen Einstellung zur europäischen Integration. Außerdem ist die Verteilung sehr homogen, mit Ausnahme der BZÖ WechselwählerInnen zeigt keine Gruppe einen großen Abstand zum Gesamtmittelwert. Dies stützt die Annahmen, dass dieses Ergebnis durch die nicht vorhandenen Parteienunterschiede, sowie einer Überlagerung der allgemeinen Einstellung zur Integration, erklärt werden kann.

5.1.4. Mehr Hilfe für EU-Regionen

Die letzte Frage in diesem Unterkapitel beschäftigt sich damit, ob EU-Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen mehr Hilfe bekommen sollen. Zu Beginn wieder die Darstellung aller befragten Personen ohne Rücksicht auf deren Wahlverhalten.

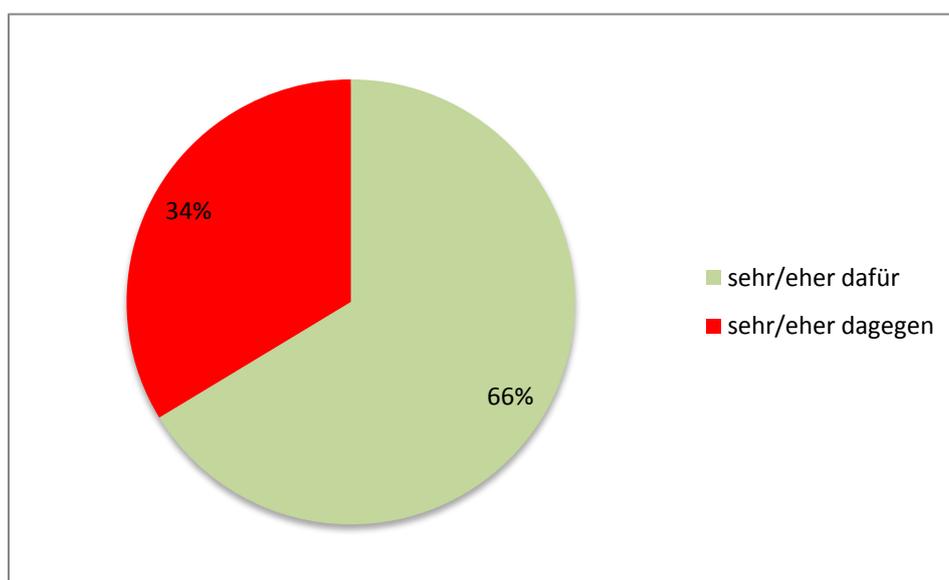


Abbildung 12: Hilfe für EU-Regionen - Gesamtpopulation

Zwei von Drei WählerInnen stimmen sehr oder eher zu, EU-Regionen mit wirtschaftlichen oder sozialen Problemen verstärkt Hilfe zukommen zu lassen. Dies ist der höchste Wert unter allen vier Fragen und liegt in einer ähnlichen Dimension wie schon zuvor die Frage nach einer gemeinsamen Außenpolitik. Die Regionalpolitik ist eines der Politikfelder mit der stärksten Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene. Dies zeigt sich durch die Macht des EU-Kommissars für Regionalfragen und das hohe EU-Budget (nur das Agrarbudget ist höher) (Vgl. The official website of the European Union, http://europa.eu/pol/financ/index_en.htm, 10.10.2010).

Tabelle 14: Mehr Hilfe für EU-Regionen - Anteil an Befürwortern

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	85,90%	46,70%
ÖVP	86,20%	59,40%
FPÖ	40,40%	50,80%
GRÜNE	93,10%	80,60%
BZÖ	42,90%	47,20%

Diese Fragestellung ist sehr stark mit der generellen Einstellung zur europäischen Integration verknüpft. Der Ausgleich zwischen Regionen bzw. die Verringerung von Unterschieden in sozialen und ökonomischen Fragen ist ein Kernprinzip der Europäischen Union. Verstärkte Integrationsbemühungen in dieser Frage können daher auch als eine generelle Verstärkung der europäischen Integration interpretiert werden. Dementsprechend ist von SPÖ, ÖVP und Grünen eine positive Positionierung zu erwarten, während die Freiheitlichen sowie das BZÖ sich gegen eine Integration positionieren.

Nur 46,7% der WechselwählerInnen von den Sozialdemokraten befürworteten eine verstärkte Hilfe für EU-Regionen mit sozialen oder wirtschaftlichen Problemen. Eine deutliche Diskrepanz zeigt sich im Vergleich mit den StammwählerInnen, die insgesamt 85,9% Zustimmung in dieser Frage zeigen. Damit zeigt sich auch hier, dass die StammwählerInnen mit der Parteiposition der SPÖ übereinstimmen, während die WechselwählerInnen eine gegensätzliche Position zur SPÖ einnehmen. Ein ähnliches – wenn auch nicht ganz so deutliches – Resultat ist bei der ÖVP zu beobachten. Auch hier zeigen die StammwählerInnen einen deutlich höheren Anteil an Befür-

wortern als die WechselwählerInnen (86,2% zu 59,4%). Die Unterschiede bei den Gruppen der ÖVP sind nicht durch die generelle Einstellung zur europäischen Integration zu erklären, da sonst von einem annähernd gleichen Wert zwischen beiden Gruppen ausgegangen werden müsste. Um die Ergebnisse zu erklären sehen wir uns die Fragestellung genau an: Sollen EU-Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen mehr Hilfe bekommen? Zwei Politikfelder werden hier genannt: Wirtschaft- und Sozialpolitik. Wie schon in der Fragestellung der Sozialversicherungssysteme besprochen, zeigt die ÖVP bezogen auf die Sozialpolitik Schwankungen in ihrer Positionierung. Dies könnte auch die Differenzen in dieser Frage erklären.

Während wir bei den Regierungsparteien sehr hohe (und signifikante) Unterschiede zwischen den Wählergruppen sehen, ist dies bei den Oppositionsparteien nicht der Fall. Bei den Grünen und der FPÖ ist zwar die Tendenz ersichtlich, dass die StammwählerInnen (Grüne) bzw. WechselwählerInnen (FPÖ) eine größere Zustimmung zeigen als die jeweils andere Gruppe, jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant, obwohl die Differenz bei 10 bzw. 12% liegt. Damit zeigen die StammwählerInnen von FPÖ und Grünen eine Übereinstimmung mit der Position ihrer jeweiligen Partei, während die WechselwählerInnen nicht mit ihrer Partei übereinstimmen. Einzig das BZÖ zeigt annähernd gleiche Ergebnisse in beiden Gruppen (42,0% bzw. 47,2%), wie auch in der Frage der generellen Einstellung zur europäischen Integration.

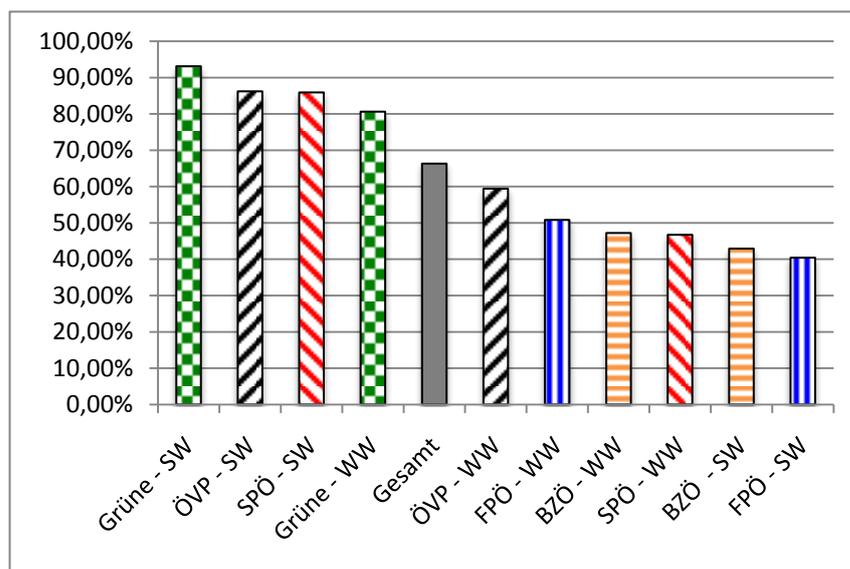


Abbildung 13: Gruppenvergleich mehr Hilfe für EU-Regionen

Der Gruppenvergleich zeigt, mit Ausnahme der ÖVP, ein ähnliches Muster wie bei der Frage nach der generellen Einstellung zur europäischen Integration. Für drei von fünf Parteien (Ausnahmen ÖVP, BZÖ) ist folgendes Muster ersichtlich: Die StammwählerInnen zeigen die gleiche Einstellung in dieser Frage wie die jeweilige Partei. Die Einstellungen der WechselwählerInnen hingegen differieren im Vergleich zu den Parteipositionen.

5.1.5. Zusammenfassung Politikprojekte

Die zweite Hypothese dieser Arbeit geht davon aus, dass bei Politikprojekten Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen ersichtlich sind. Kann die Hypothese durch diese Ergebnisse bestätigt werden? In 20% aller Vergleiche ist ein signifikanter Unterschied zu sehen. Dies deutet darauf hin, dass diese Hypothese nicht bestätigt werden kann. Wirft man jedoch einen zweiten – genaueren – Blick auf die Daten, so ist in vielen Fällen eine Tendenz ersichtlich, die auf unterschiedliche Einstellungen hinweisen. Wird die gemeinsame Außenpolitik wie empfohlen als Sonderfall kategorisiert, sind 26,7% aller Vergleiche signifikant.

Über alle Fragen hinweg ist folgendes zu sehen: Für alle Politikprojekte, die aus Themenfeldern stammen, die bisher auf nationaler Ebene behandelt werden, findet eine Mehrheit der Befragten, dass dies auch weiterhin so belassen werden soll. Dies gilt auch für europäische Themenfelder. Themen, die auf EU-Ebene behandelt werden, sollen auch weiterhin europäisch bleiben. Dieses Muster spricht ganz klar gegen die second-order Theorie, da nur nationale Themen eine Rolle spielen sollten bzw. die EP-Wahl aus einem nationalen Blickwinkel zu sehen ist.

Wie können die Ergebnisse von Stamm- und WechselwählerInnen interpretiert werden? Oft, jedoch nicht in allen Fällen, ist zu beobachten, dass die Einstellung der StammwählerInnen mit der Positionierung der dazugehörigen Partei übereinstimmt. Gleichzeitig zeigen sich Unterschiede zwischen den Parteien und ihren WechselwählerInnen. Jedoch finden sich vereinzelt Ergebnisse, die nicht diesem Muster folgen. Ich führe dies auf die Auswahl der Politikprojekte zurück. Wie schon in Kapitel 3 erwähnt hatte der Autor dieser Arbeit keine Einflussmöglichkeit auf die Auswahl der Themen. Dadurch kann nicht sichergestellt werden, dass die hier verwen-

deten Themen auch im Wahlkampf vorkamen und somit eine Positionierung der Parteien bzw. eine Präferenzbildung der WählerInnen im Wahlkampf stattgefunden hat. Deswegen ist eine genauere Untersuchung zu empfehlen. Diese sollte mit Politikprojekten durchgeführt werden, die im Wahlkampf von den Parteien thematisiert wurden. Ist dies der Fall, so könnte der Anteil an signifikanten Resultaten über dem hier gemessenen Wert von 26,7% liegen.

Die Resultate lassen jedoch nicht nur Zweifel an der second-order Theorie aufkommen, sondern auch an den bisherigen Kategorisierungen der WählerInnen. Dadurch, dass signifikante Resultate in den Vergleichen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen zu beobachten sind, wird unsere Annahme, dass auch die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, von europäischen Faktoren beeinflusst wird, gestützt. Dies bedeutet, dass die bisherige Einteilung in WählerInnen und NichtwählerInnen das Wahlverhalten auf europäische Ebene nicht so gut erklärt, wie die Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen.

5.2. Politikfelder

Die Bevölkerung wurde gefragt, ob Entscheidungen in bestimmten Politikfeldern auf regionaler/nationaler oder europäischer Ebene getroffen werden sollen. Es handelt sich um folgende Politikbereiche: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Einwanderungspolitik, Umweltpolitik, Verbrechensbekämpfung, Gesundheitspolitik, Agrarpolitik, Energiepolitik sowie Finanz- und Steuerpolitik.

5.2.1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört zu den wichtigsten Themen im politischen Diskurs. Daher stellt sich die Frage auf welcher Ebene dieser Bereich behandelt werden soll. In Abbildung 14 sehen wir, wie unser gesamtes Sample (unabhängig ihrer Wahlpräferenzen) geantwortet hat:

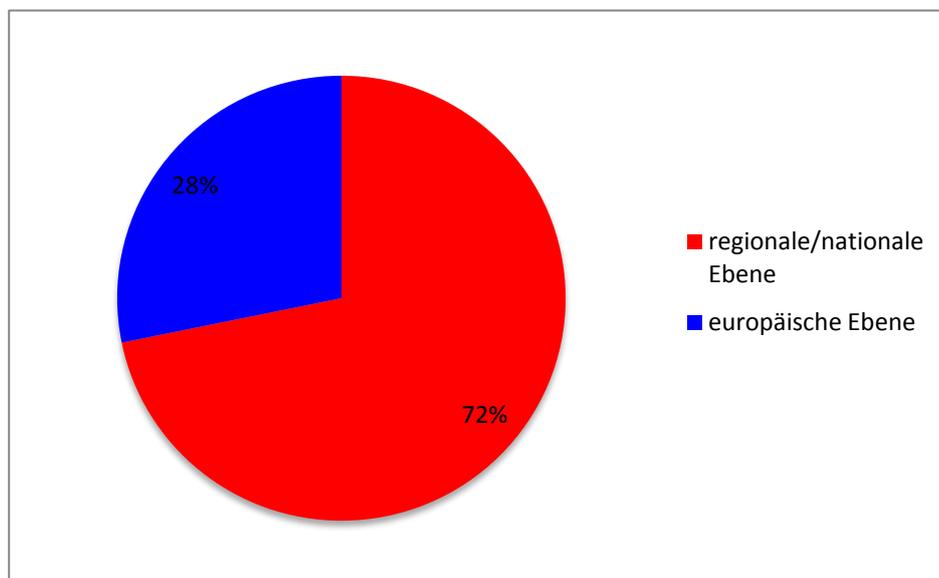


Abbildung 14: Arbeitslosigkeit - Gesamtpopulation

Eine deutliche Mehrheit von 71,8% wünscht sich, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf regionaler oder nationaler Ebene bekämpft wird. Nur rund 28% wollen ein Vorgehen auf europäischer Ebene. Damit sprechen sich die ÖsterreicherInnen für einen weitgehenden Erhalt des Status quo aus, da die Europäische Union hier bisher kaum über Kompetenzen verfügt. Im Vergleich zwischen den Parteien ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 15: Arbeitslosigkeit - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	43,60%	14,40%
ÖVP	41,30%	26,00%
FPÖ	18,20%	21,70%
GRÜNE	46,20%	49,20%
BZÖ	5,10%	8,40%

Tabelle 14 gibt an, wie hoch der Anteil an Personen ist, die bei dieser Antwort mit „auf europäischer Ebene“ geantwortet haben. Wertepaare, die fett dargestellt sind, zeigen ein signifikantes Ergebnis auf 95%-Niveau. Bei der Sozialdemokratie sehen wir eine deutliche Differenz von 29,2% zwischen den beiden Wählergruppen. Während bei den StammwählerInnen mit 43,6% überdurchschnittlich viele Personen eine Lösung auf europäischer Ebene unterstützen, ist dies bei den WechselwählerInnen nicht der Fall, magere 14,4% zeigen eine Präferenz für europäische Regelungen. Diese Differenz zwischen den SPÖ Gruppen ist von besonderem Interesse, da Lefkofridi/Kritzinger (Vgl. 2008, S. 287) gezeigt haben, dass die SPÖ dieses nationale Themenfeld in einem europäischen Kontext behandelt, also für eine verstärkte Integration in diesem Politikbereich eintritt. Während die StammwählerInnen mit der Parteiposition eher übereinstimmen, lehnen die WechselwählerInnen die Behandlung der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene dezidiert ab.

Ähnliches ist für die WählerInnen der Volkspartei zu beobachten. Auch hier sind die StammwählerInnen (41,3%) über dem Durchschnitt und nur eine von vier WechselwählerInnen der ÖVP unterstützt eine Regelung auf europäischer Ebene. Es ist also ersichtlich, dass die WählerInnen beider Regierungsparteien in diesem Themenfeld signifikante Differenzen aufweisen. Vergleichen wir diese Werte mit der Positionierung ergibt sich ein ähnliches Muster wie bei den Sozialdemokraten. Die ÖVP vertritt eine moderat positive Position in Bezug auf eine weitere Integration der Arbeitslosenpolitik. Dies bedeutet, dass sie sich – in einem weit geringeren Ausmaß als die SPÖ – eine verstärkte Integration vorstellen kann. Dem entspricht auch die Einstellung der WählerInnengruppen. Auch hier stimmen die Einstellungen der StammwählerInnen

mit der Positionierung der ÖVP überein, während die WechselwählerInnen einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten.

Ein Blick auf die Oppositionsparteien zeigt, dass ihre Wählergruppen ein deutlich geschlosseneres Bild abgeben. Bei den Freiheitlichen ist die Gruppe der WechselwählerInnen mit einem Anteil von 21,7% nur geringfügig integrationsfreundlicher als die WechselwählerInnen (18,2%). Ähnliche Ergebnisse – wenn auch auf einem höheren Niveau – zeigt die Wählerschaft der Grünen. Mit 49,2% (WechselwählerInnen) bzw. 46,2% (StammwählerInnen) ist nur eine minimale Differenz zu beobachten. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Positionierung von FPÖ bzw. den Grünen keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine verstärkte Integration aufweist. Für die Oppositionsparteien ist das gleiche Muster wie bei der Frage nach einer gemeinsamen Außenpolitik zu sehen: Wenn die Positionierung einer Partei keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine verstärkte Integration aufweist, zeigen auch Stamm- und WechselwählerInnen der entsprechenden Partei kaum Differenzen in ihren Einstellungen. Die Resultate des BZÖ sind ähnlich verglichen mit den Werten der FPÖ. Sowohl die StammwählerInnen mit 5,1% als auch die WechselwählerInnen (8,4%) zeigen eine deutliche Tendenz zur regional/nationalen Ebene. Die Differenz zwischen den Gruppen ist – genauso wie bei den anderen beiden Oppositionsparteien – gering. Vergleichen wir Stamm- und WechselwählerInnen aller Parteien miteinander ergibt sich folgendes Bild:

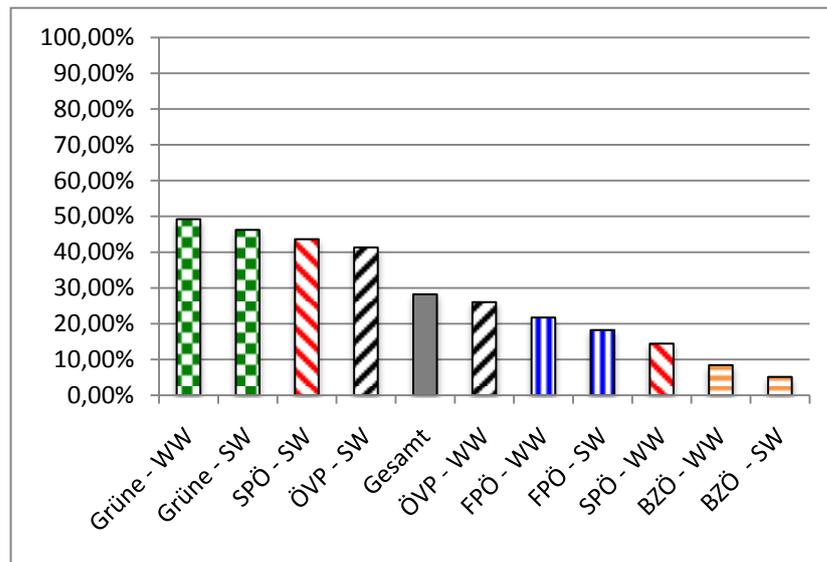


Abbildung 15: Gruppenvergleich Arbeitslosigkeit

Aus Abbildung 15 ist deutlich die Skepsis bezüglich der Integration der Arbeitslosenpolitik abzulesen. In keiner Wählergruppe finden sich die Befürworter einer europäischen Lösung in der Mehrheit.

Während SPÖ und ÖVP für eine verstärkte Integration sind, weisen die Oppositionsparteien keine eindeutige Präferenz auf. Dass dennoch Unterschiede zwischen den WählerInnen von SPÖ, FPÖ und BZÖ vorhanden sind, lässt sich durch die generelle Einstellung zur europäischen Integration erklären. Wenn keine eindeutige Positionierung der Parteien vorhanden ist, so bildet die generelle Einstellung zur europäischen Integration quasi einen „Basiswert“ für die Einstellung der WählerInnen. Befürworten die WählerInnen generell eine weitere Integration, so zeigen sich auch bei Stamm- und WechselwählerInnen hohe Werte in dem entsprechenden Politikfeld. Dies gilt auch für eine ablehnende Haltung, jedoch werden hier niedrige Werte erwartet.

5.2.2. Einwanderung

Ebenso wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört auch die Migration- und Einwanderungspolitik zu den „prominenteren“ Themenfeldern im politischen Diskurs. Da BürgerInnen aus EU-Staaten Personenfreizügigkeit genießen, stellt sich in erster Linie die Frage nach dem

Zuzug von Personen aus Drittstaaten. Wenn wir uns unsere Gesamtpopulation ansehen so ist folgendes ersichtlich:

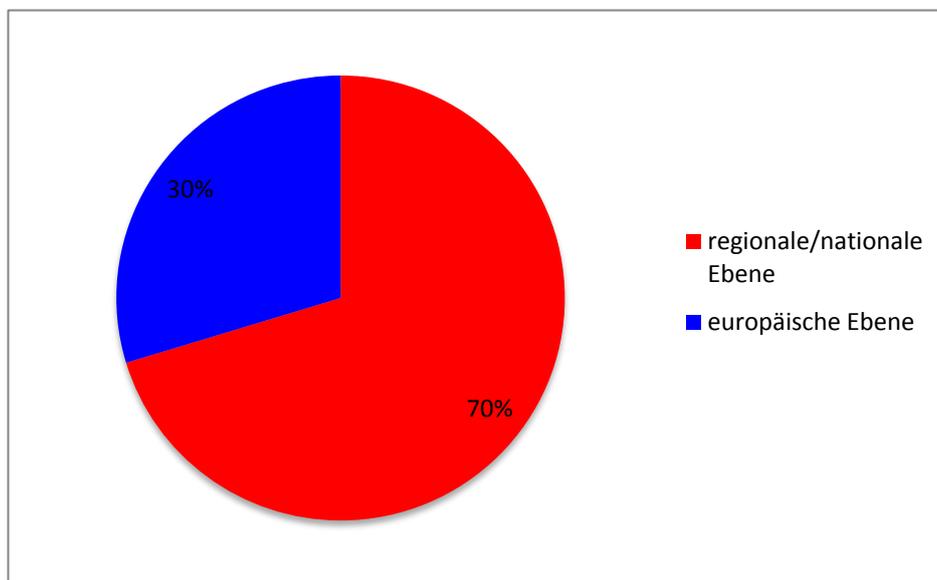


Abbildung 16: Einwanderung - Gesamtpopulation

Auch in diesem Themenfeld zeigen sich die ÖsterreicherInnen mit deutlicher Mehrheit integrations-skeptisch. 70,3% aller Befragten wünschen sich, dass die Kompetenz in diesem Bereich auf regionaler oder nationaler Ebene bleibt. 29,7% – und damit nur unwesentlich mehr als im vorhergehenden Politikfeld – wollen, dass die Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene behandelt wird. Auch was die Stamm- und WechselwählerInnen der einzelnen Parteien betrifft ist ein ähnliches Muster wie zuvor zu erkennen.

Tabelle 16: Einwanderung - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	36,90%	21,60%
ÖVP	45,20%	19,50%
FPÖ	20,60%	34,20%
GRÜNE	52,70%	41,20%
BZÖ	9,60%	1,70%

Bei der SPÖ zeigt sich, dass Stamm- und WechselwählerInnen eine unterschiedliche Position einnehmen. StammwählerInnen befürworten zu 36,9% eine verstärkte Integration, jedoch nur 21,6% der WechselwählerInnen. Die SPÖ befürwortet eine weitere Integration der Migrati-

onspolitik. Damit zeigt sich, dass die WechselwählerInnen eine entgegengesetzte Einstellung in diesem Thema besitzen. Zwar ist der Anteil an Befürwortern einer europäisierten Einwanderungspolitik von SPÖ StammwählerInnen mit 36,9% ebenfalls gering, jedoch deutlich höher als die WechselwählerInnen. In Summe zeigen beide Gruppen eine ablehnende Haltung und damit eine andere Position als die Partei, jedoch kann dahingehend unterschieden werden, wie stark die Ablehnung in den einzelnen Gruppen ist.

Auch die zweite Regierungspartei zeigt signifikante Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen. 45,2% der StammwählerInnen sind der Ansicht, dass die Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene behandelt werden soll, bei den WechselwählerInnen teilen 19,5% diese Ansicht. Dieser Wert ist – verglichen mit den anderen Wählergruppen – erstaunlich gering. Angesichts der bisherigen Resultate zeigten die WechselwählerInnen der ÖVP meist eine integrationsfreundlichere Position als beispielsweise die WählerInnen der Freiheitlichen. Werden diese Resultate mit der Positionierung der ÖVP verglichen, so zeigt sich, dass diese im Laufe der Zeit variiert. Die ÖVP hat im zeitlichen Verlauf eine verstärkte Integration der Einwanderungspolitik sowohl befürwortet, als auch abgelehnt. Dadurch, dass keine konsistente Positionierung der Volkspartei vorhanden ist, lassen sich auch die Differenzen erklären. Personen, die für eine Integration sind, wählen die ÖVP, Personen mit entgegengesetzter Einstellung entschließen sich dazu bei EP-Wahlen nicht der ÖVP ihre Stimme zu geben. Wieder ist zu beobachten, dass beide Regierungsparteien signifikante Unterschiede zwischen Stamm- und WechselwählerInnen aufweisen.

Bei der Freiheitlichen Partei überrascht die, relativ gesehen, positive Einstellung ihrer WechselwählerInnen. Eine von drei WechselwählerInnen der FPÖ unterstützt eine weitere Integration in diesem Themenbereich. Damit liegen sie nicht nur über den Durchschnitt, sie erreichen auch annähernd die Werte der generell eher integrationsfreundlichen Stammwählerschaft der SPÖ. Die StammwählerInnen zeigen hingegen weiterhin eine Skepsis gegenüber den Integrationsbemühungen. Nur jeder fünfte wünscht sich eine Verschiebung der Kompetenzen auf die europäische Ebene. Damit stehen die WechselwählerInnen in einem deutlichen Kontrast zu der Partei-

position der FPÖ. Diese ist gegen eine weitere Behandlung der Einwanderungspolitik auf EU-Ebene.

Wie bei den Großparteien ist auch bei den Grünen die Stammwählerschaft mit 52,7% integrationsfreundlicher als die Gruppe der WechselwählerInnen (41,2%). Beide WählerInnengruppen weisen eine große Differenz auf (13,6%), jedoch ist auch hier nur eine Tendenz ersichtlich⁹. Die hohen Werte der Gruppen lassen sich damit erklären, dass die Grünen für eine verstärkte Integration eintreten und dies in den Wahlkämpfen auch thematisiert (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 287).

Die homogenste Struktur weist das BZÖ auf. Beide Werte liegen im einstelligen Bereich mit 9,6% bzw. 1,7%. Beachtlich ist, dass de facto keine WechselwählerInnen des Bündnis Zukunft Österreich sich mit einer verstärkten Integration anfreunden kann. Damit zeigen sich Unterschiede zu den Ergebnissen der FPÖ. Unsere Annahme, dass sich das BZÖ ähnlich wie die FPÖ positioniert, kann in diesem Themenbereich nicht gehalten werden.

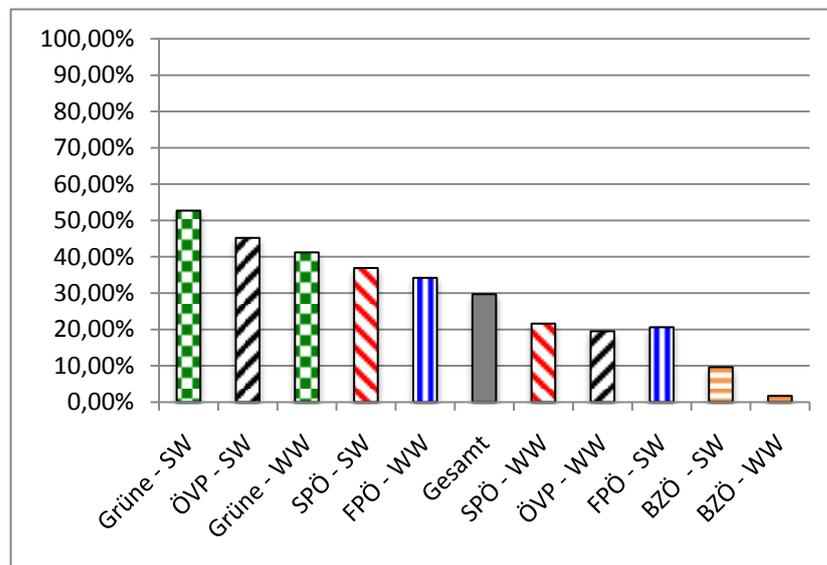


Abbildung 17: Gruppenvergleich Einwanderung

⁹ Dass bei den Grünen nur eine Tendenz, jedoch kein signifikantes Resultat zu sehen ist, trotz einer zweistelligen Differenz führe ich auf die Größe der Fallzahlen bei den Stamm- und WechselwählerInnen der Grünen zurück.

Fünf Gruppen aus drei verschiedenen Parteien schaffen es über dem Durchschnitt zu liegen, was in der bisherigen Analyse kaum vorkam. Dies ist – zumindest in Teilbereichen – auf die Positionierung der einzelnen Parteien zurückzuführen. Besonders stark befürworten die Grünen eine Integration der Einwanderungspolitik, auch SPÖ und ÖVP positionieren sich ähnlich. Die FPÖ ist gegen weitere Integrationsbemühungen. Während sich die StammwählerInnen eher den Positionen der jeweiligen Partei anschließen, zeigen sich Auffassungsunterschiede zwischen den Parteien und ihren WechselwählerInnen.

5.2.3. Umwelt

Die Umweltpolitik hat mit dem Einzug der Grünen in das Parteiensystem einen neuen Stellenwert erlangt. Bedingt durch die Diskussion um den Klimawandel hat dieses Themenfeld in den letzten Jahren weiter an Gewicht zugelegt. Auf die Frage, ob dieses Thema auf nationaler/regionaler Ebene oder auf europäischer Ebene behandelt werden soll, antworten die ÖsterreicherInnen wie folgt.

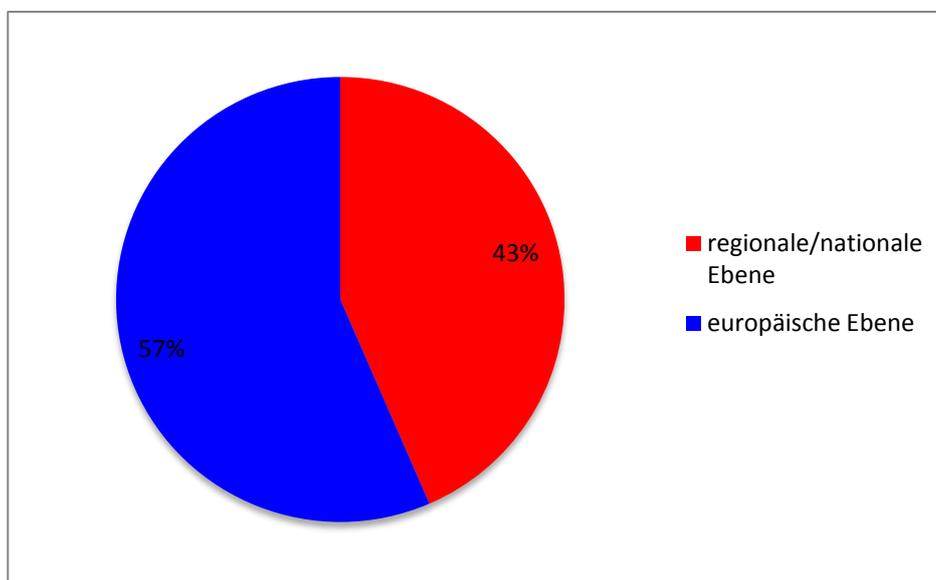


Abbildung 18: Umwelt - Gesamtpopulation

56,5% aller Personen sind der Ansicht, dass die Umweltpolitik auf europäischer Ebene behandelt werden soll. Eine Minderheit von 43,5% will dies jedoch regional oder national behandeln. Damit ist dieses Politikfeld – soviel sei vorweggenommen – das einzige mit einer Mehrheit für

die europäische Ebene. Umweltpolitik ist breit gefächert, genauso wie die Zuständigkeiten. Sowohl die Institutionen der EU als auch die Nationalstaaten befassen sich damit. Tabelle 16 gibt für jede Partei an, wie hoch der Anteil an Personen ist, die eine Behandlung dieses Themenfeldes auf europäischer Ebene befürworten.

Tabelle 17: Umwelt - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	73,40%	50,70%
ÖVP	71,10%	49,60%
FPÖ	41,00%	47,20%
GRÜNE	85,90%	57,90%
BZÖ	46,10%	41,00%

Alle Parteien befürworten weitere Integrationsschritte in der Umweltpolitik. Besonders stark trifft dies auf die Grünen zu. Setzt sich das bisher beobachtete Muster fort, so müssten die StammwählerInnen aller Parteien mit den Positionierungen der Parteien übereinstimmen, jedoch die WechselwählerInnen gegen eine weitere Integration sein.

Bei den Sozialdemokraten zeigen erstmals alle Wählergruppen eine Mehrheit für eine verstärkte Integration. Drei von vier StammwählerInnen sehen dieses Themengebiet auf europäischer Ebene, ebenso wie 50,7% der WechselwählerInnen. Die Differenz von 22,7% ist signifikant. Zwar ist auch jede(r) zweite WechselwählerIn für weitere Integrationsschritte, jedoch fällt die Zustimmung niedriger aus als bei den StammwählerInnen. 71,1% der ÖVP StammwählerInnen wollen eine verstärkte Integration. Der Unterschied zu den WechselwählerInnen liegt bei 21,5% und ist signifikant.

Die WählerInnen der Freiheitlichen zeigen in der Umweltpolitik keine großen Differenzen. Die WechselwählerInnen erreichen einen Anteil von 47,2% und sind damit etwa annähernd gleich mit den StammwählerInnen, die 41% erreichen. Diese geringe Differenz ist nicht signifikant. Dies könnte dadurch zu erklären sein, dass der Stellenwert der Umweltpolitik in den Programmen der FPÖ nicht sehr hoch ist. Dementsprechend könnte dies auch für die WählerInnen keine große Bedeutung spielen. Ähnliches gilt für das BZÖ und ihre WählerInnen.

Die Ergebnisse der Grünen zeigen ein signifikantes Resultat und damit einen deutlichen Unterschied zwischen Stamm- und WechselwählerInnen. Während 85,9% der grünen StammwählerInnen die Umweltpolitik nicht auf nationaler oder regionaler Ebene sieht, ist dies bei den WechselwählerInnen nur bedingt der Fall, sie erreichen 57,9%. Mit 28% weisen die WählerInnen der Grünen die größte Differenz auf, was insofern von Interesse ist, als dass die Umweltpolitik das Markenzeichen der Grünen ist und Unterschiede in dieser Frage nicht zwingend zu erwarten waren. Außerdem treten die Grünen sehr stark für eine Europäisierung der Umweltpolitik ein. Daraus lässt sich schließen, dass die WechselwählerInnen der Grünen dieses Thema eher auf nationaler oder regionaler Ebene behandelt sehen wollen.

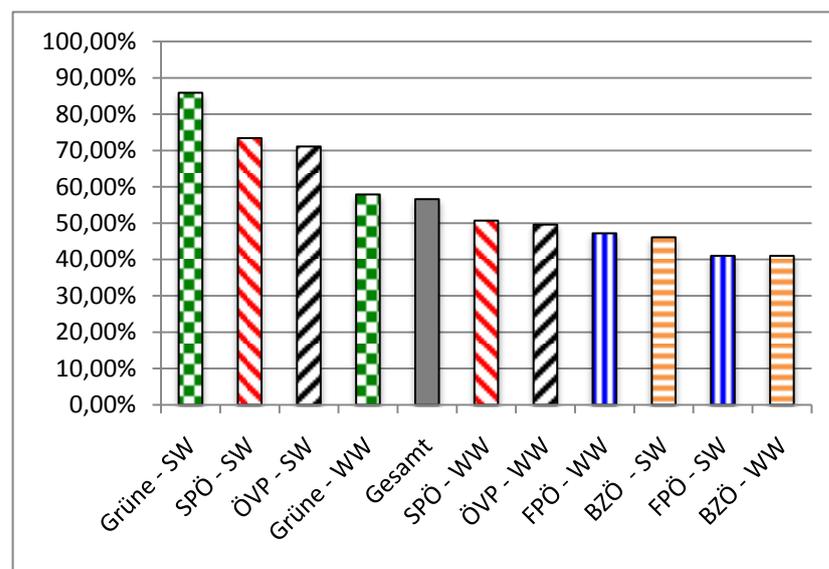


Abbildung 19: Umwelt - Anteil an "europäische Ebene"

Dadurch, dass alle Parteien (jedoch mit unterschiedlicher Vehemenz) eine verstärkte Integration der Umweltpolitik wünschen, zeigt der Gruppenvergleich für alle Parteien hohe Werte. Dies gilt besonders für die StammwählerInnen der Grünen (86% sind für eine weitere Integration). Gut zu sehen ist auch, dass zwischen den WählerInnengruppen von FPÖ und BZÖ kaum Unterschiede zu sehen sind.

5.2.4. Verbrechensbekämpfung

Die österreichischen Wahlberechtigten wurden befragt, ob die Verbrechensbekämpfung auf regionaler/nationaler oder europäischer Ebene erfolgen soll. Die Ergebnisse sind in der nächsten Grafik angeführt.

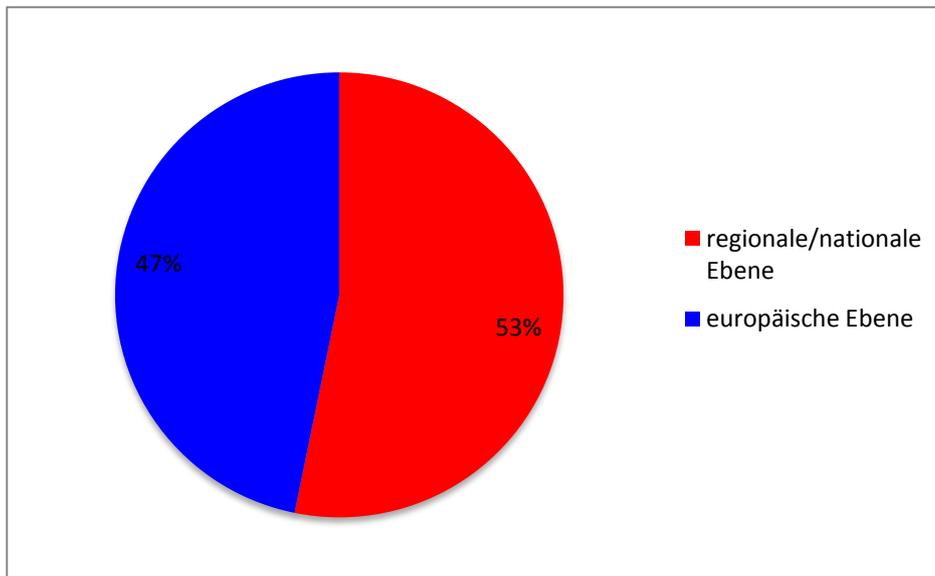


Abbildung 20: Verbrechensbekämpfung - Gesamtpopulation

Eine knappe Mehrheit von 53,2% sieht regionale oder nationale Institutionen zuständig für die Verbrechensbekämpfung, 46,8% wünschen eine weitergehende Integration auf europäischer Ebene. Dieser geringe Unterschied ist nicht signifikant. Anhand der Daten zeigt sich zwar eine knappe Mehrheit für die regionale/nationale Ebene, es kann jedoch nicht behauptet werden, dass die österreichische Bevölkerung mehrheitlich gegen eine vertiefende Integration ist. Diesem Politikfeld kann keine eindeutige Regelung der Zuständigkeiten zugeschrieben werden. Sowohl die EU als auch die Nationalstaaten besitzen in diesem Themenfeld Zuständigkeiten. Für die einzelnen Stamm- und WechselwählerInnen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 18: Verbrechensbekämpfung - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	64,70%	40,90%
ÖVP	57,70%	40,70%
FPÖ	27,60%	74,70%
GRÜNE	68,30%	52,50%
BZÖ	9,00%	55,80%

Das Themengebiet Verbrechensbekämpfung zeigt bei allen Parteien deutliche Unterschiede zwischen Stamm- und WechselwählerInnen. Bis auf die Grünen ist bei allen Parteien eine signifikante Differenz zu sehen. Wie bei allen Themen bisher ist auch diesmal ersichtlich, dass die Stamm- und WechselwählerInnen der Sozialdemokraten unterschiedlicher Ansicht sind. Zwei von drei StammwählerInnen sind einer weiteren Integration positiv eingestellt, jedoch nur 40,9% der WechselwählerInnen. Diese Differenz von 23,8% ist signifikant. Da sich die SPÖ für eine weitere Integration ausspricht, ist zu sehen, dass die WechselwählerInnen eine andere Haltung aufweisen als die Partei.

Dieses Muster zeigt sich auch für die ÖVP. Die Differenz von knapp 17% lässt sich dadurch erklären, dass die Partei sowie die StammwählerInnen für eine Integration der Verbrechensbekämpfung sind, während die WechselwählerInnen dieses Thema auf nationaler oder regionaler Ebene behandeln wollen. Beide Regierungsparteien zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen ihren Stamm- und WechselwählerInnen.

Auch auf Seiten der Oppositionsparteien sind deutliche Differenzen zu beobachten. Ein überraschendes Ergebnis liefert die FPÖ. Ihre WechselwählerInnen sind mit 74,7% am positivsten gegenüber einer weiteren Integration im Themengebiet Verbrechensbekämpfung eingestellt. Damit überflügeln sie sogar die sonst sehr integrationsfreundliche Wählerschaft der Grünen. Das genaue Gegenteil ist bei der FPÖ Stammwählerschaft zu beobachten. Mit 27,6% weisen sie nach den BZÖ StammwählerInnen den geringsten Anteil auf, die Differenz zwischen Stamm- und WechselwählerInnen beträgt 47,10% (!). Dies ist der höchste Wert unter allen Parteien sowie allen untersuchten Themengebieten. Angesichts der Themenauswahl, der Kommunikationsstrategie der Partei, sowie der Biografie vieler FPÖ-Funktionäre ist dieses Ergebnis erstaunlich.

Die Grünen sind die einzige Partei, deren Ergebnisse keine signifikante Differenz zeigen. 68,3% der befragten StammwählerInnen geben an, dieses Thema auf europäischer Ebene behandeln zu wollen, jedoch nur 52,5% der WechselwählerInnen. Die Differenz des Antwortverhaltens beträgt 15,8% womit zumindest eine Tendenz ersichtlich ist, dass die StammwählerInnen posi-

tiver gegenüber einer weiteren Integration eingestellt sein könnten. Weiters weisen die Grünen die geringste Differenz zwischen ihren Wählergruppen auf. Wie SPÖ und ÖVP positionieren sich auch die Grünen für eine verstärkte Integration in der Verbrechensbekämpfung. Während die StammwählerInnen der gleichen Ansicht sind, wollen nur knapp 50% der WechselwählerInnen dieses Thema auch auf EU-Ebene behandeln.

Neben den Freiheitlichen ist auch bei dem Bündnis Zukunft Österreich zu sehen, dass sich Stamm- und WechselwählerInnen mit 46,8% besonders deutlich unterscheiden. Grundsätzlich sind Parallelen zwischen den Ergebnissen von FPÖ und BZÖ zu sehen, wie auch schon bei vorherigen Themenfeldern. Vergleichen wir nun alle Wählergruppen ergibt sich folgendes Bild:

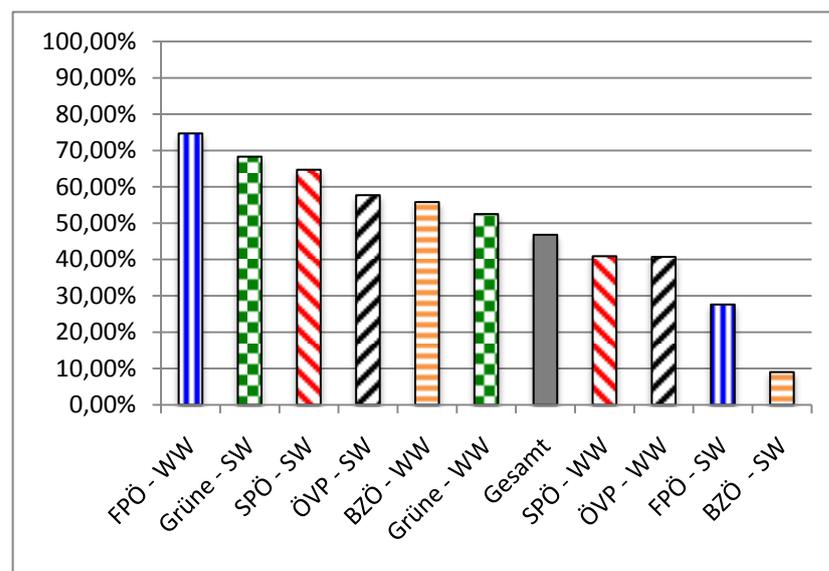


Abbildung 21: Gruppenvergleich Verbrechensbekämpfung

Vergleichen wir alle Gruppen miteinander so zeigt sich die Polarisierung zwischen den Stamm- und WechselwählerInnen der einzelnen Gruppen besonders gut. Die ist dadurch zu erklären, dass die Verbrechensbekämpfung eine wesentliche Rolle im politischen Diskurs auf nationalstaatlicher Ebene in Österreich spielt. Wie diese Ergebnisse zeigen ist dies auch auf europäischer Ebene der Fall. Die StammwählerInnen aller Parteien zeigen eine Übereinstimmung mit den Positionen der Parteien, während die WechselwählerInnen eine entgegengesetzte Ansicht vertreten.

5.2.5. Gesundheit

Die nächste Fragestellung betrifft das Themenfeld Gesundheit. Es wurde abgefragt, ob Entscheidungen in der Gesundheitspolitik auf regionaler/nationaler oder europäischer Ebene getroffen werden soll. Unabhängig der Wahlpräferenzen ergibt sich für die Summe aller Befragten folgendes Bild:

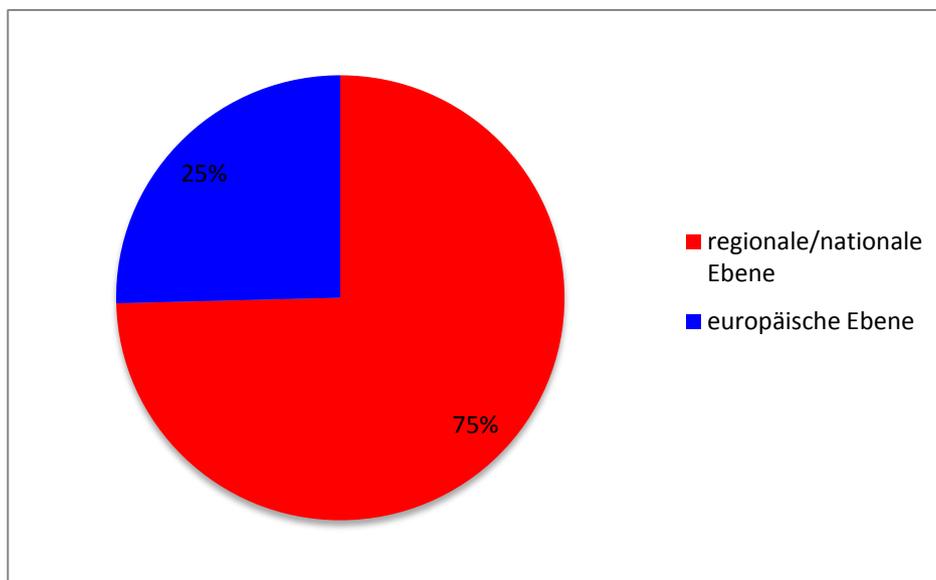


Abbildung 22: Gesundheit - Gesamtpopulation

Das Ergebnis fällt eindeutig aus. Eine von vier WählerInnen will eine europäisierte Gesundheitspolitik, jedoch 74,6% sehen die Zuständigkeit auf regionaler oder nationaler Ebene. Unter allen acht Politikfeldern ist dies der geringste Anteil an Antworten zu Gunsten der europäische Ebene.

Tabelle 19: Gesundheit - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	34,20%	14,00%
ÖVP	24,00%	8,50%
FPÖ	17,60%	32,90%
GRÜNE	43,50%	12,90%
BZÖ	15,80%	4,20%

Stamm- und WechselwählerInnen der Sozialdemokraten weisen einen – wenn auch auf niedrigem Niveau – Unterschied von annähernd 20% auf. Ein Drittel der StammwählerInnen stehen einer Behandlung dieses Themenfeldes positiv gegenüber, bei den WechselwählerInnen trifft dies nicht einmal auf jede fünfte Person zu (Wert 14%). Diese Werte überraschen nicht, da die SPÖ eher gegen eine verstärkte Integration eintritt. Dies wird insbesondere von den StammwählerInnen so gesehen. Die Differenz zwischen den Gruppen lässt sich damit erklären, dass zwar beide Gruppen gegen eine Integration dieses Politikfeldes sind, die WechselwählerInnen (wie in Kapitel 4) aber noch deutlich skeptischer bezüglich der europäischen Integration sind als die StammwählerInnen.

Verglichen mit bisherigen Werten ist die Gruppe der ÖVP WechselwählerInnen sehr integrationsfeindlich. In keinem anderen Themenkomplex ist ein derart geringer Anteil an „europäische Ebene“-Antworten zu sehen. Die Differenz von Stamm- und WechselwählerInnen ist signifikant. Vergleichen wir diese Werte mit der Positionierung der ÖVP, ergibt sich ein ähnliches Muster wie bei den Sozialdemokraten. Die ÖVP vertritt eine negative Position in Bezug auf eine weitere Integration der Gesundheitspolitik. Auch hier lassen sich die Differenzen der Wählerinnengruppen durch die allgemeine Position zur europäischen Integration erklären.

Auch in der Gesundheitspolitik zeigen die WechselwählerInnen der FPÖ eine – relativ gesehen – positive Einstellung gegenüber einer weiteren Integration. Mit 32,9% befinden sie sich über dem Gesamtdurchschnitt und im Spitzenfeld aller Wählergruppen. Die Differenz (15,3%) zur Stammwählerschaft, die einen Anteil von 17,6% erreicht, ist zwar nicht signifikant, eine Tendenz ist aber ersichtlich. Dies überrascht, da sich die FPÖ besonders stark gegen eine Integration in diesem Politikfeld positioniert. Dies dürfte für WechselwählerInnen, die eine etwas inte-

grationsfreundlichere Position vertreten, ein Grund sein, auf europäischer Ebene nicht die FPÖ zu wählen. Den größten Abstand zwischen Stamm- und WechselwählerInnen weisen die Grünen mit 30,6% auf. Während die StammwählerInnen der Grünen mit 43,5% den Spitzenwert unter allen Gruppen erreichen, wollen nur 12,9% aller WechselwählerInnen das die Gesundheitspolitik europäisiert werden soll. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Grünen sich am integrationsfreundlichsten in dieser Fragestellung positionieren. Ein Großteil der WählerInnen der Grünen, die die Gesundheitspolitik auf nationaler oder regionaler Ebene behandelt sehen wollen, fällt in die Gruppe der WechselwählerInnen. Ähnlich der FPÖ finden sich auch im BZÖ nur moderate Differenzen zwischen ihren WählerInnen. Abbildung 23 zeigt den Vergleich zwischen allen Wählergruppen:

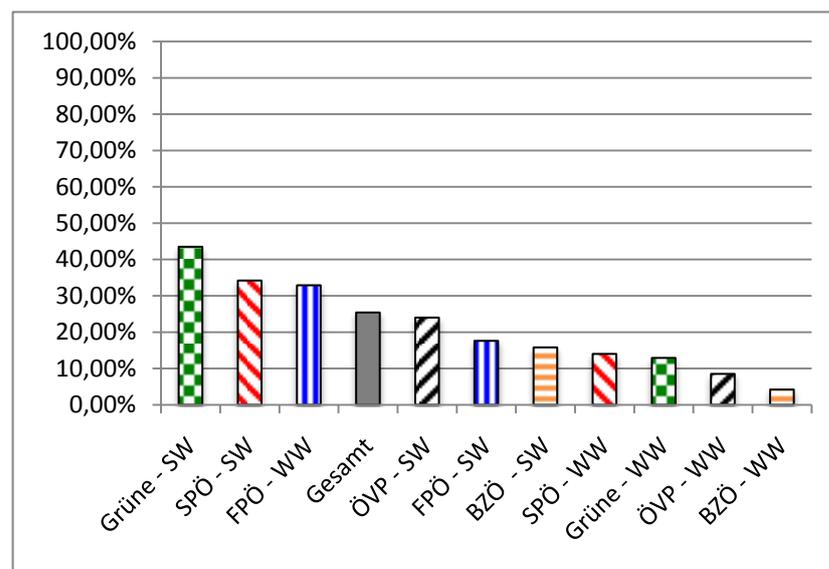


Abbildung 23: Gruppenvergleich Gesundheit

Bedingt durch den geringen Anteil an „europäische Ebene“-Antworten der gesamten Stichprobe finden wir auch bei den Parteien nur sehr niedrige Werte. In keiner Wählergruppe ist eine Mehrheit für die Europäisierung der Gesundheitspolitik. Der Grad der Ablehnung einer verstärkten Integration der Gesundheitspolitik ist ein Erkennungsmerkmal dafür, ob nationale WählerInnen von SPÖ, ÖVP und Grünen die Parteien auch auf europäischer Ebene wählen. Je stärker die Ablehnung, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Personen in die Gruppe der WechselwählerInnen fallen.

5.2.6. Agrarpolitik

Bei der Agrarpolitik ist das Antwortverhalten des gesamten Samples folgendermaßen:

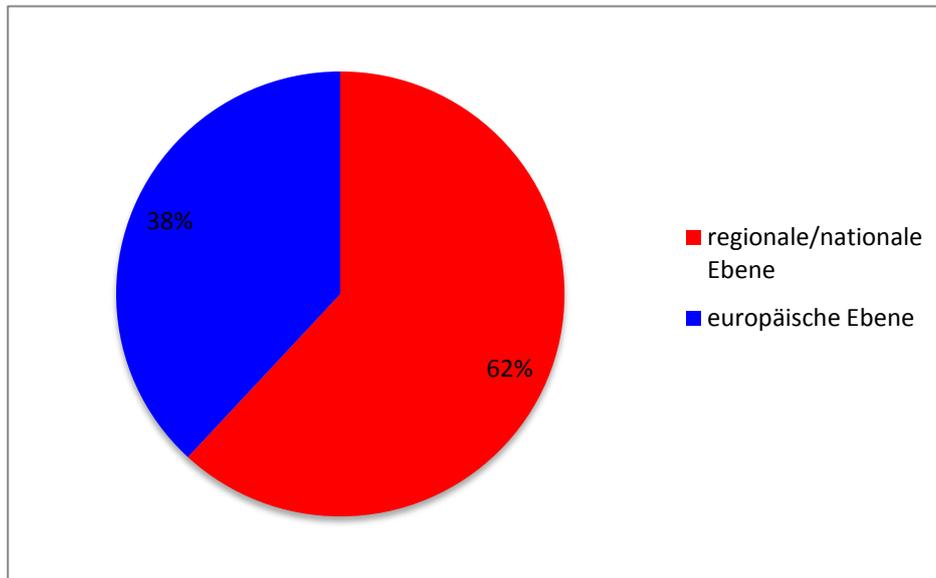


Abbildung 24: Agrarpolitik -Gesamtpopulation

Bei der Landwirtschaftspolitik handelt es sich um ein Themenfeld, dessen Kompetenzen größtenteils auf EU-Ebene liegen. Dies gilt insbesondere für die Förderpolitik. Kein anderer Politikbereich nimmt im EU-Budget einen ähnlich hohen Anteil an Ausgaben an. Daher ist es durchaus überraschend, dass nur 38,10% aller Befragten die Landwirtschaftspolitik auf europäischer Ebene behandelt sehen will. Eine deutliche Mehrheit von 62% möchte, dass sich die regionale oder nationale Ebene den Aufgaben in diesem Bereich widmet¹⁰. Gehen wir eine Ebene tiefer und widmen uns den Stamm- bzw. Wechselwählergruppen der Parteien, so sehen die Resultate wie folgt aus:

¹⁰ Wird die Antwortmöglichkeit regionale/nationale Ebene aufgesplittert ergibt sich folgendes Antwortverhalten: regional 12,8%, national 47,2%, europäisch 36,9%, 3,1% weiß nicht bzw. keine Angabe.

Tabelle 20: Agrarpolitik - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	55,10%	27,30%
ÖVP	50,90%	42,00%
FPÖ	30,20%	26,60%
GRÜNE	54,50%	33,60%
BZÖ	18,80%	28,30%

Die Parteien positionieren sich in der Agrarpolitik folgendermaßen: Besonders stark für eine weitere Europäisierung tritt die ÖVP ein. Ebenfalls positiv, wenn auch geringer als die ÖVP, positioniert sich die SPÖ. Die FPÖ zeigt keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine verstärkte Integration der Agrarpolitik. Einzig die Grünen zeigen in dieser Frage eine leicht negative Einstellung zu einer weiteren Integration.

Bei diesem Politikfeld ist die SPÖ die einzige Partei, deren Resultate einen signifikanten Unterschied zeigen. Mit einem Anteil von 55,10% von „europäische Ebene“-Antworten nehmen die SPÖ StammwählerInnen die Spitzenposition ein. Die Differenz zu den WechselwählerInnen beträgt 27,8%. Das bisher bekannte Muster setzt sich auch hier fort: Während die Stammwählerinnen in diesem Themenfeld eine ähnliche Einstellung besitzen wie die Parteien gibt es Interessensunterschiede zwischen der Parteipositionierung und WechselwählerInnen.

Die StammwählerInnen der ÖVP erreichen 50,9%, die WechselwählerInnen 42. Die Differenz ist mit 8,9% eher gering ausgeprägt. Die sehr starke Befürwortung einer gemeinsamen Agrarpolitik stimmt überein mit der Position der ÖVP. An dieser Stelle solle erwähnt werden, dass die Volkspartei mit Franz Fischler über viele Jahre den EU-Kommissar in diesem Themenfeld gestellt hat. Die ÖVP ist die einzige Partei bei der beide Gruppen über dem Durchschnitt liegen.

Besonders homogen erweist sich die Wählerschaft der Freiheitlichen Partei. Die Differenz beträgt nur 3,6%, dies ist der geringste Wert für alle Parteien im Bezug auf dieses Thema. 30,2% der StammwählerInnen wollen, dass die Landwirtschaftspolitik auf europäischer Ebene behandelt wird, bei den WechselwählerInnen sind es 26,6%. Diese geringe Differenz lässt sich damit

erklären, dass die FPÖ keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine verstärkte Integration erkennen lässt.

Neben der Sozialdemokratie finden sich auch bei den Grünen deutliche Differenzen zwischen dem Antwortverhalten der beiden Gruppen. 54,5% der StammwählerInnen, aber nur ein Drittel der WechselwählerInnen wollen diesen Themenkomplex europäisieren. Die Differenz von 20,9% ist bei einem Signifikanzniveau von 95% nicht signifikant. Würden wir von einem Signifikanzniveau von 90% ausgehen, wäre dieses Ergebnis signifikant. Dies ist erstaunlich, da in diesem Politikfeld nicht das bisher bekannte Muster zutrifft. Die Grünen positionieren sich eher gegen eine Integration der Agrarpolitik. Obwohl dies eigentlich integrationskritische Personen ansprechen sollte, zeigen die StammwählerInnen eine deutlich höhere Zustimmungsrates als die WechselwählerInnen. Möglicherweise kann dies mit der generellen Einstellung der WählerInnengruppen zur europäischen Integration erklärt werden. Das Wahlverhalten sowie die Positionierung des BZÖ bzw. ihren WählerInnen gleicht den Erkenntnissen der FPÖ.

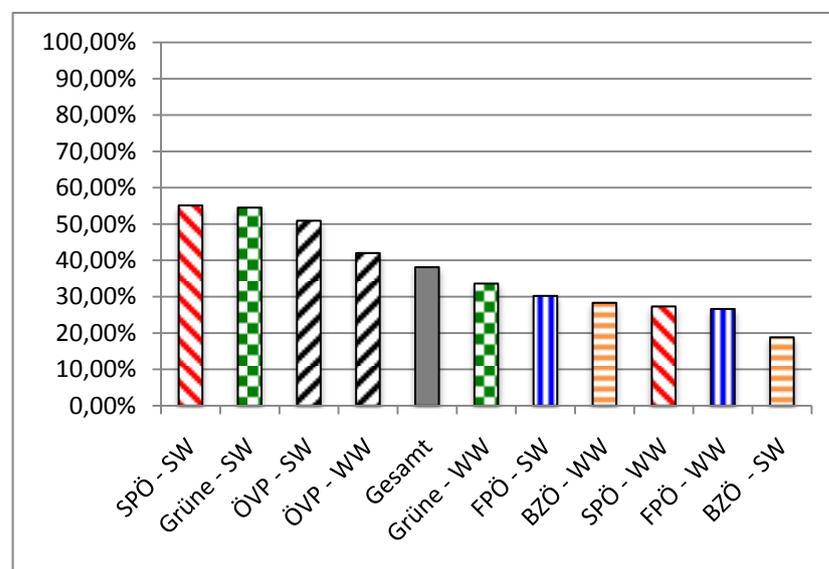


Abbildung 25: Gruppenvergleich Agrarpolitik

Obwohl dieses Themengebiet sehr stark auf europäischer Ebene behandelt wird, ist die Zustimmungsrates für eine weitere Integration relativ gering. Dies gilt insbesondere für die WählerInnen von BZÖ und FPÖ. Dies kann damit erklärt werden, dass nur die ÖVP sich besonders

stark für eine Integration einsetzt, während SPÖ und FPÖ nur in einem geringen Maß eine integrationsfreundliche Einstellung besitzen. Die Grünen positionieren sich gegen eine Integration. Trotzdem zeigen sich die StammwählerInnen integrationsfreundlicher als die WechselwählerInnen.

5.2.7. Energie

Bedingt durch Reaktorkatastrophen wie Tschernobyl oder die Diskussion über den steigenden Verbrauch von Erdöl bei gleichzeitigem Rückgang der noch zur Verfügung stehenden Menge ist die Energiepolitik zu einem sehr bedeutsamen Themenfeld geworden. Daher ist die Frage danach, auf welcher Ebene über diese Problematiken entschieden werden soll, von Interesse. Abbildung 26 zeigt wie die österreichischen Wahlberechtigten dies sehen.

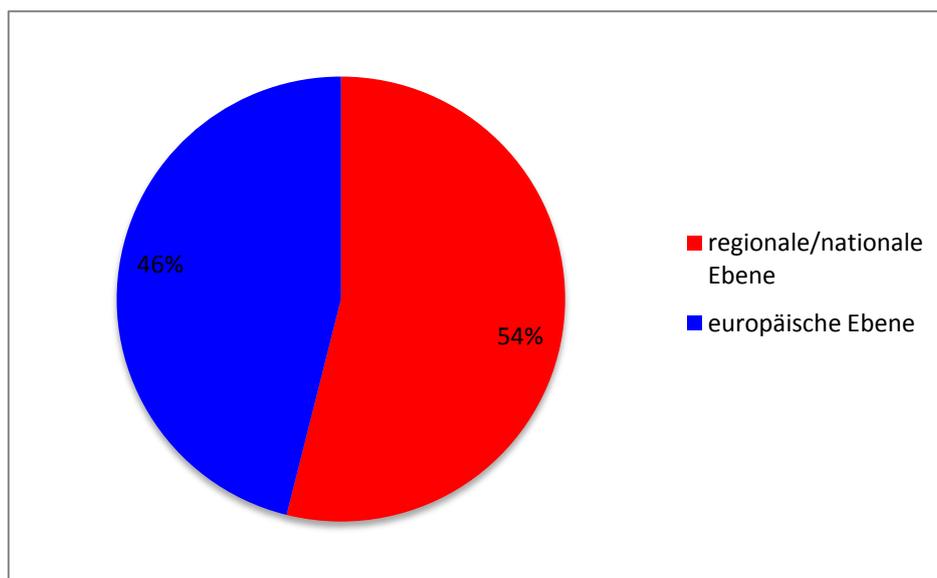


Abbildung 26: Energie - Gesamtpopulation

46,1% geben als Antwort, dass die Energiepolitik auf europäischer Ebene entschieden werden soll, 53,9% bevorzugen die regionale oder nationale Ebene, dies ergibt eine Differenz von knapp 8%. Dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant, womit – wie im Themenkomplex Verbrechensbekämpfung – keine eindeutige Aussage über das Antwortverhalten gegeben werden kann. Nicht nur in diesem Punkt sind parallelen zu dem Thema Verbrechensbekämpfung gege-

ben. Auch im Vergleich zwischen Stamm- und WechselwählerInnen sind in einigen Punkten ähnliche Resultate zu beobachten wie aus Tabelle 20 zu entnehmen ist.

Tabelle 21: Energie -Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	58,00%	34,40%
ÖVP	59,40%	46,60%
FPÖ	24,60%	60,40%
GRÜNE	77,80%	55,40%
BZÖ	26,50%	45,40%

Für dieses Themenfeld konnten keine Parteipositionen ermittelt werden. Da es sich jedoch, wie bei dem Themengebiet Verbrechensbekämpfung, um ein Thema handelt, das sowohl Zuständigkeiten auf nationaler wie europäischer Ebene besitzt und auch unser gesamtes Sample ein ähnliches Antwortverhalten aufweist, untersuche ich ob sich auch das Verhalten von Stamm- und WechselwählerInnen der einzelnen Parteien gleicht.

Die StammwählerInnen der SPÖ erreichen einen Anteil von 58%. Einen deutlich geringeren Wert beobachten wir bei den WechselwählerInnen mit 34,4%. Damit ist eine signifikante Differenz von 23,6% gegeben. Verglichen mit dem Verhalten der Stamm- und WechselwählerInnen im Themenbereich Verbrechensbekämpfung zeigt sich das gleiche Muster.

Einen geringeren Unterschied zwischen den Gruppen zeigt sich bei der Volkspartei. Mit 12,8% ist zwar kein signifikantes Ergebnis zu sehen, jedoch eine klare Tendenz. 59,4% der StammwählerInnen wollen die Energiepolitik auf europäischer Ebene behandeln, jedoch nur 46,6% der WechselwählerInnen. Auch hier findet sich das gleiche Muster wie bei der Verbrechensbekämpfung. Bei beiden Regierungsparteien sind somit die StammwählerInnen einer weiteren Europäisierung positiver eingestellt als die WechselwählerInnen.

Auch innerhalb der Oppositionsparteien sind Unterschiede zwischen den Wählergruppen feststellbar. Bei den Freiheitlichen zeigt sich erneut eine sehr integrationsfreundliche Wechselwählerschaft. Gewohnt negativ eingestellt sind die StammwählerInnen mit 24,6%. Die Differenz von 35,8% ist signifikant und unter allen Parteien am größten. Ähnliche Resultate sind auch in der

Verbrechensbekämpfung zu finden. Die Tendenz, dass die StammwählerInnen eher positiv eingestellt sind als ihr Gegenpart, ist bei den Grünen zu sehen. Vier von fünf StammwählerInnen sehen die EU-Institutionen in der Energiepolitik gefordert, bei den WechselwählerInnen sehen dies 55,6% ebenso. Damit ist wie in der Verbrechensbekämpfung zwar eine Tendenz zu sehen, jedoch kein signifikantes Ergebnis. Auch das Verhalten der BZÖ WählerInnen ist in der Energiepolitik und der Verbrechensbekämpfung gleich.

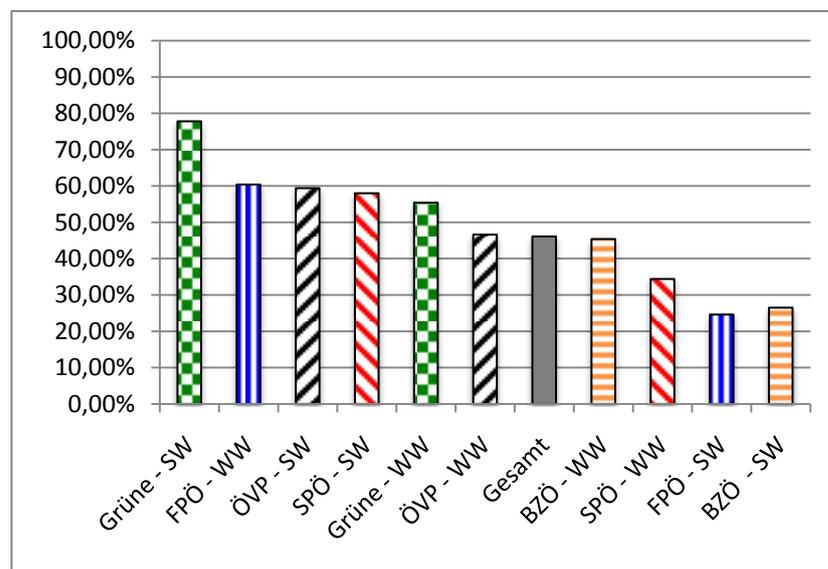


Abbildung 27: Gruppenvergleich Energie

Da keine Parteipositionierungen gefunden werden konnten, wurden die Resultate mit dem Themenfeld Verbrechensbekämpfung verglichen. Stamm- und WechselwählerInnen verhalten sich in beiden Themengebieten gleich. Da wir bisher beobachten konnten, dass die StammwählerInnen eine ähnliche Einstellung wie die dazugehörige Partei besitzt, und die WechselwählerInnen eine entgegengesetzte Einstellung besitzen, ist davon auszugehen, dass SPÖ, ÖVP und Grüne einer gemeinsamen Integrationspolitik positiv gegenüberstehen, während FPÖ und BZÖ wahrscheinlich eine negative Haltung aufweisen.

5.2.8. Finanzen und Steuern

Abbildung 28 zeigt das Antwortverhalten der Gesamtpopulation in diesem Themenkomplex:

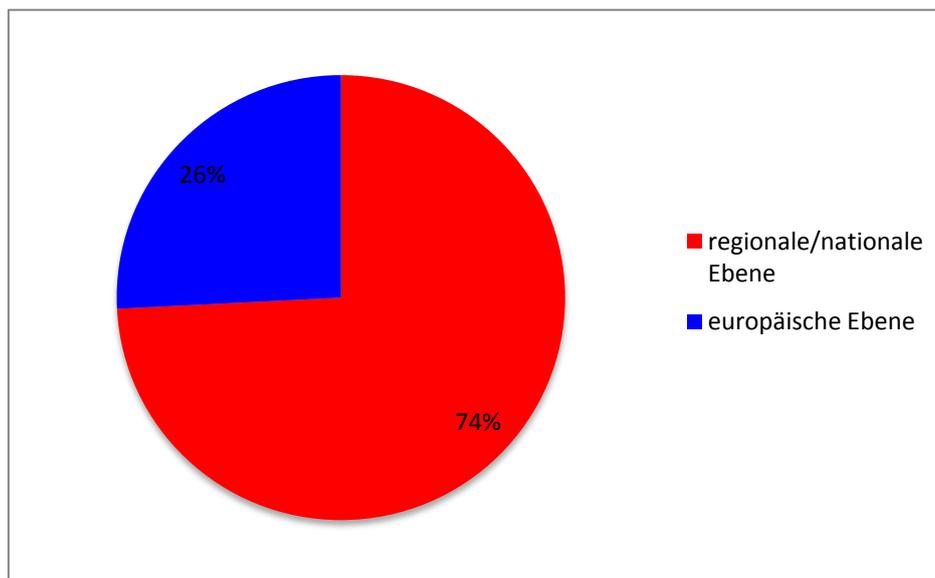


Abbildung 28: Finanzen und Steuern - Gesamtpopulation

Ähnlich der Gesundheitspolitik sieht nur eine von vier Personen die Institutionen der Europäischen Union in der Finanz- und Steuerpolitik am Zug. 74,2% wollen den Status quo erhalten, also die Zuständigkeit auf regionaler bzw. nationaler Ebene belassen.

Tabelle 22: Finanzen und Steuern - Anteil an "europäische Ebene"

	StammwählerInnen	WechselwählerInnen
SPÖ	35,20%	24,20%
ÖVP	34,20%	27,00%
FPÖ	18,70%	32,70%
GRÜNE	50,30%	34,60%
BZÖ	11,00%	11,50%

Dies ist das einzige Themenfeld, in dem kein signifikantes Ergebnis zu sehen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass alle Parteien eine gemeinsame Finanz- und Steuerpolitik ablehnen, und in den Positionierungen der Parteien kein Unterschied feststellbar ist. Wie auch schon bei der Frage einer gemeinsamen Außenpolitik bewirkt dies, dass innerhalb der Parteien nur sehr geringfügige Differenzen zu sehen sind.

Die Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen schwanken zwischen 0,5% (BZÖ) und 15,7% (Grüne). Die StammwählerInnen der SPÖ sind erreichen auch bei diesem Thema mit 35,2% einen höheren Anteil als ihre WechselwählerInnen (24,2%). Die StammwählerInnen der ÖVP erreichen 34,2%, ihre WechselwählerInnen 27%, womit beide Gruppen eine größere An-

zahl an Personen aufweist, die eine Europäisierung unterstützen als das Mittel der Gesamtbevölkerung.

Bei FPÖ und Grünen ist zwar kein signifikantes Ergebnis zu sehen, aber eine Tendenz, dass die StammwählerInnen der Grünen eher einer weiteren Integration zugeneigt sind. Kaum Differenzen sehen wir im BZÖ mit 11% bzw. 11,5%.

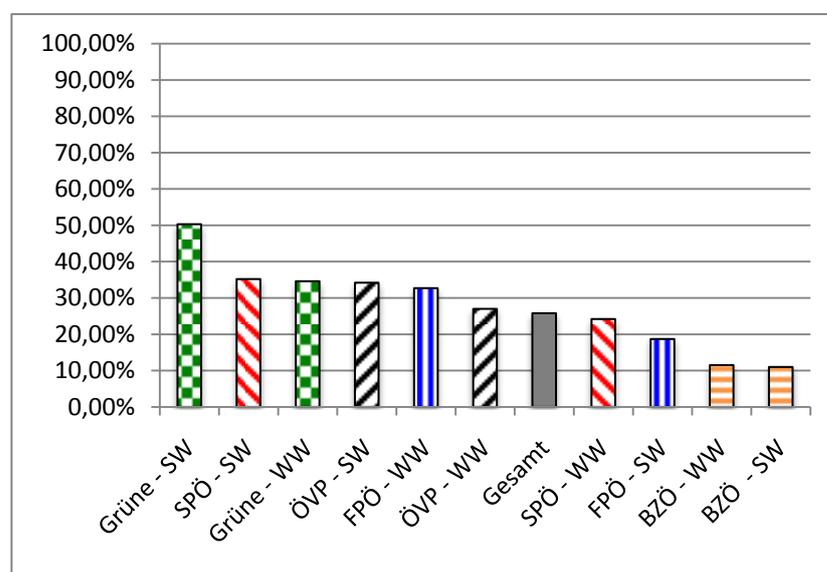


Abbildung 29: Gruppenvergleich Finanzen und Steuern

Abbildung 29 verdeutlicht, dass es zwischen den einzelnen Gruppen kaum Unterschiede gibt. Einzig die Grünen StammwählerInnen sind etwas integrationsfreundlicher eingestellt, jedoch ergibt sich keine signifikante Differenz. Würde es Unterschiede in der Positionierung der Parteien geben, so sollten diese in dieser Grafik ersichtlich sein.

5.2.9. Fazit Politikfelder

Ausgehend von der Idee, dass es Unterschiede im Wahlverhalten zwischen nationaler und europäischer Ebene gibt, haben wir uns die Frage gestellt, was „europäische Faktoren“ sind. Nach der Feststellung, dass es hierbei um Politikfelder gehen muss, wurde die Hypothese aufgestellt, dass sich Stamm- und WechselwählerInnen der Einstellung zur europäischen Integration in diversen Politikfeldern unterscheiden. Bestätigen die Daten diese Hypothese?

Wir haben bei fünf Parteien in acht Politikfeldern untersucht, ob sich Stamm- und WechselwählerInnen unterscheiden. Daraus ergibt sich, dass insgesamt 40 Wertepaare verglichen wurden. Davon wiesen 17 Paare ein signifikantes Ergebnis auf. Dies entspricht einem Anteil von 42,5%. Berücksichtigen wir nur Themenkomplexe mit zumindest einem signifikanten Ergebnis so steigt dieser Anteil auf 48,6%. Es ist also beinahe jeder zweite Vergleich zwischen Stamm- und WechselwählerInnen signifikant.

Diese Resultate sprechen gegen die second-order Theorie. Sollte diese zutreffen, so dürfte es keine Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen in dieser Frage geben, da nur nationale Faktoren das Wahlverhalten beeinflussen. Da knapp die Hälfte aller Ergebnisse signifikant sind und in einigen weiteren Fällen eine Tendenz ersichtlich ist, kann nicht von zufälligen Ereignissen gesprochen werden. Daher kann ganz klar gesagt werden, dass Politikfelder als europäische Faktoren zu sehen sind und es zwischen Stamm- und WechselwählerInnen Unterschiede gibt. Damit kann unsere zweite Hypothese bestätigt werden. Dies bedeutet auch, dass die in dieser Arbeit verwendete Einteilung von Stamm- und WechselwählerInnen einen guten Erklärungsansatz liefert.

Noch stärker als bei den politischen Projekten zeigt sich folgende Struktur: Die StammwählerInnen haben meist die gleiche Einstellung zu der Integration eines Politikfeldes wie die dazugehörige Partei. Bei den WechselwählerInnen sind Einstellungsunterschiede zwischen der Partei und den WählerInnen zu beobachten. Dies legt den Schluss nahe, dass Personen die nicht mit der Einstellung der Partei zu einem gewissen Politikfeld übereinstimmen, diese Partei bei EP-Wahlen nicht wählen. Dies entspricht genau unseren Erwartungen. Kann dieses Muster nicht beobachtet werden, so liegt das entweder daran, dass alle Parteien eine ähnliche Position vertreten (dies führt zu geringen Differenzen zwischen Stamm- und WechselwählerInnen), oder dass eine Partei keine eindeutige Präferenz für oder gegen eine verstärkte Integration besitzt (auch hier kaum Unterschiede zwischen den Gruppen).

Werfen wir einen Blick auf die Themenfelder, so zeigt sich, dass besonders integrationskritische Positionen in Politikfelder zu finden sind, die bisher auf nationaler Ebene behandelt werden.

Eher integrationsfreundlichere Positionen sind in Themenfeldern zu finden, deren Kompetenz (oder zumindest Teile davon) auf europäischer Ebene zu finden sind. Dies konnte auch bei den politischen Projekten beobachtet werden. Damit zeigt sich, dass es europäische Faktoren gibt, und die WählerInnen bestimmte Kompetenzen eher auf europäischer als auf nationaler Ebene behandelt wissen wollen.

6. Exkurs: HPM-WählerInnen im Vergleich zu anderen Wählergruppen

Über Parteien, die nur bei Wahlen zum Europäischen Parlament antreten, jedoch nicht auf nationaler oder regionaler Ebene, ist in der politikwissenschaftlichen Literatur de facto nichts zu finden. Wollen wir jedoch das Wahlverhalten der Bevölkerung analysieren und Erklärungsansätze finden, ist es notwendig, sich mit diesem Parteientypus zu beschäftigen. Besonders, da die Anzahl an Parteien bei den letzten beiden EP-Wahlen 2009 bzw. 2004 stark angestiegen ist, ebenso ihr Anteil an Mandaten. Wahlerfolge wie die Liste Hans-Peter-Martin in Österreich, der bei dieser Wahl wiederholt in das Europäische Parlament eingezogen ist, zeigen, dass es sich hierbei nicht um einen temporären Effekt handelt. Auch für das Counterfactual-Modell ist dieser Typ von Partei wichtig: Da sie nur auf europäischer Ebene kandidieren, sind die WählerInnen dieser Parteien – per Definition – quasi-switcher bzw. WechselwählerInnen (in unserem Fall). Wir wollen hier eine kurze deskriptive Analyse für die untersuchten Variablen geben. Dies soll als Fundament für eine zukünftige theoretische Einbettung dienen.

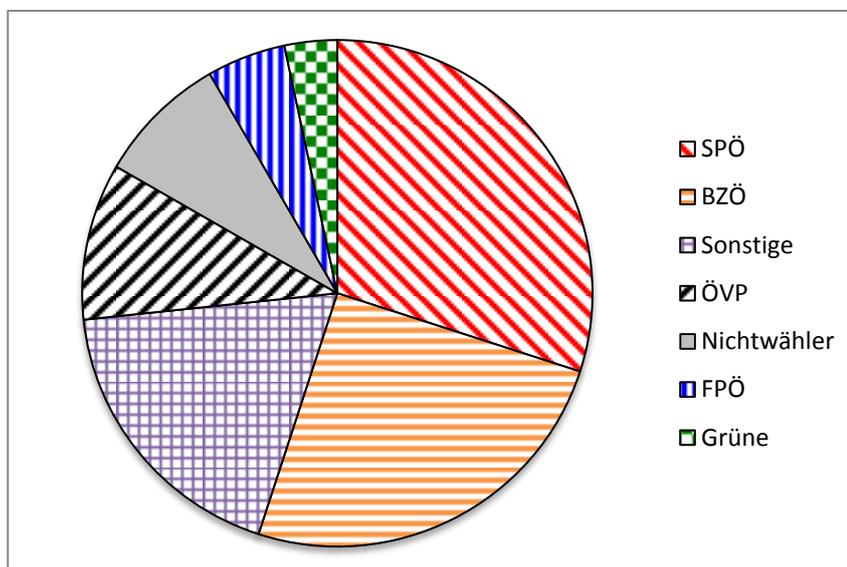


Abbildung 30: Wählerstruktur Liste HPM

Bevor wir uns inhaltlich mit dieser Wählergruppe beschäftigen, wollen wir uns zu Beginn ansehen, wie sich zusammensetzt. Abbildung 30 zeigt die Wählerstruktur der Liste HPM. Den größten Anteil bilden WählerInnen, die auf nationaler Ebene die Sozialdemokraten wählen. Sie stellen insgesamt 30% aller HPM WählerInnen. Eine von vier Personen wählt auf nationaler Ebene

das BZÖ. Es folgen WählerInnen, die national das Liberale Forum, die KPÖ oder sonstige Kleinparteien wählen mit 18,3%. 10% aller HPM WählerInnen geben an, bei Nationalratswahlen die ÖVP wählen zu wollen. Nur 8,3% der NichtwählerInnen auf nationaler Ebene geben dieser Partei ihre Stimme. Dies ist insofern überraschend, da dieser Partientypus eine Alternative zu den bisherigen Parteien darstellt. Gleichzeitig lässt sich daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass 91,7% der HPM WählerInnen auch bei Nationalratswahlen zur Wahlurne schreiten. Nur sehr gering ist der Anteil von FPÖ (5%) und Grünen (3,3%). Angesichts dieser Zahlen ist keine Struktur ersichtlich. Die größten Anteile werden jeweils von einer Regierungs- und einer Oppositionspartei gestellt. Auch innerhalb dieser Gruppen sehen wir Unterschiede. Der Anteil an SPÖ WechselwählerInnen bei der Liste Hans-Peter-Martin ist dreimal so hoch wie die des Regierungspartners ÖVP. Bei den Oppositionsparteien sehen wir einen sehr starken BZÖ Anteil, während Grüne und FPÖ zusammen im einstelligen Bereich bleiben.

Nicht nur die Wählerstruktur ist von Interesse, auch die relative Darstellung zeigt bemerkenswerte Ergebnisse. Demnach wählen 28,8% aller nationalen BZÖ WählerInnen auf europäischer Ebene die Liste HPM. Dieser Wert ist annähernd gleich groß wie die Gruppe der Personen, die dem BZÖ auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament treu bleiben. Jede(r) zehnte SPÖ WählerInnen auf nationaler Ebene wählt Hans-Peter Martin. Bei den anderen Parteien ist dieser Anteil im einstelligen Bereich (4,5% FPÖ, 3,7% ÖVP und 3,5% Grüne). Wenden wir uns nun den Inhalten zu.

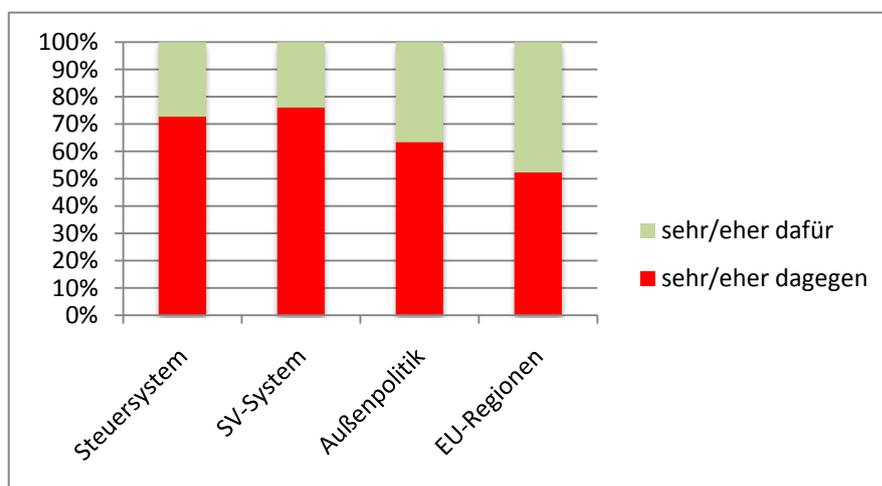


Abbildung 31: Politikprojekte - Liste HPM

Abbildung 31 gibt an, wie hoch der Anteil an HPM-WählerInnen ist, die bei den jeweiligen Politikprojekten sehr bzw. eher zustimmen und somit eine verstärkte Integration befürworten. Es ist klar ersichtlich, dass kein einziges Projekt eine Mehrheit findet. Der Anteil an Personen, die sehr bzw. eher zustimmen, liegt bei einem einheitlichen Steuersystem bei 27,3%, ein gemeinsames Sozialversicherungssystem wollen 23,9% verwirklicht sehen, eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber Drittstaaten erreicht eine Zustimmung von 36,6% und 47,7% unterstützen die Idee, dass EU-Regionen mit wirtschaftlichen oder sozialen Problemen eine größere Unterstützung zukommen soll.

Im Vergleich mit den anderen Wählergruppen zeigt sich folgendes Bild: Die WählerInnen der Liste HPM sind sehr kritisch gegenüber einer weiteren Europäisierung eingestellt. Alle Werte liegen unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung und im unteren Drittel verglichen mit den Stamm- und WechselwählerInnen der anderen Parteien. Ihre Resultate liegen meist zwischen den StammwählerInnen der SPÖ und den WählerInnen des BZÖ, was angesichts der Tatsache, dass diese Beiden Parteien über 50% der HPM WählerInnen darstellen, nicht überraschend ist.

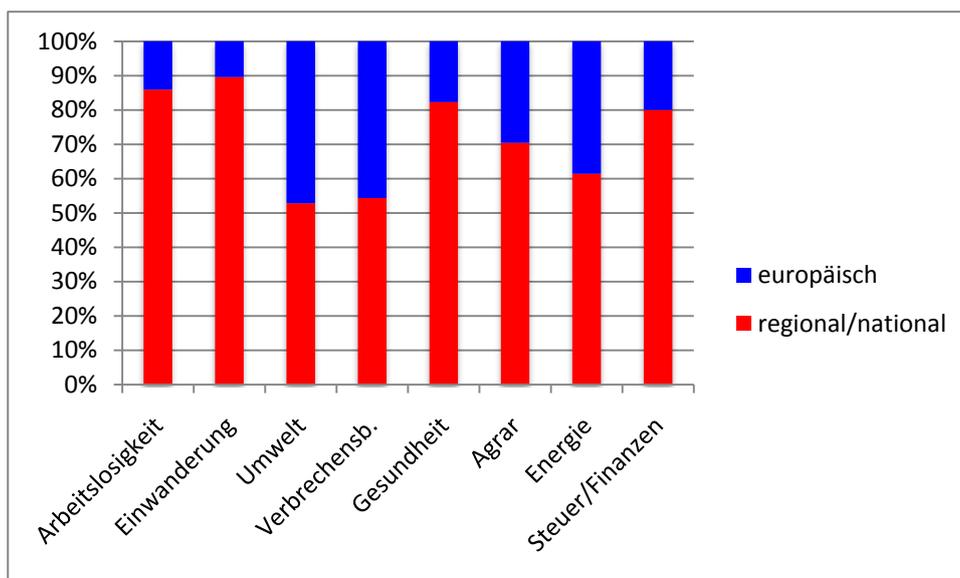


Abbildung 32: Politikfelder - Liste HPM

Abbildung 32 zeigt auf welcher Ebene die WählerInnen der Liste Hans-Peter-Martin die Entscheidungskompetenz der jeweiligen Politikfelder sehen wollen. Auch hier sehen wir, dass in

keinem Politikfeld der Anteil an europäische Ebene überwiegt. 14,1% wollen die Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene bekämpfen, bei der Einwanderungspolitik ist der Anteil mit 10,4% ähnlich gering. Umweltpolitik und Verbrechensbekämpfung erreichen mit 47,2% bzw. 45,7% die höchsten Werte. 17,7% wollen die Gesundheitspolitik europäisieren, in der Landwirtschaftspolitik ist dies bei 29,6% der Fall. 38,6% wollen die Energiepolitik auf EU-Ebene thematisieren, bei der Steuer- und Finanzpolitik ist jeder fünfte dieser Meinung.

Verglichen mit den Stamm- und WechselwählerInnen der anderen Parteien ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei den Politikfeldern. Die WählerInnen der Liste HPM befinden sich im Hintergrund und unter dem Durchschnitt aller Befragten. Einzig im Themenfeld Verbrechensbekämpfung ist mit 47,2% ein Wert über dem Gesamtdurchschnitt (46,8%) zu sehen.

Welche Erkenntnisse können wir aus diesen Ergebnissen ableiten? Die generelle Einstellung zur europäischen Integration, ebenso wie die Integrationsfreundlichkeit bei politischen Projekten und Politikfeldern ist sehr negativ. Damit gleichen die Werte jenen WählerInnengruppen von FPÖ und BZÖ. Wenn wir uns die Typologie von EP Parteipositionen ansehen (Vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008, S. 286) würde die Liste Hans-Peter-Martin als Anti-System Partei klassifiziert werden, mit negativen Einstellungen zu europäischen Policy wie zur europäischen Polity. Angesichts der EU-kritischen Position der Junilisten, sowie dem Fakt, dass sich die Partei Libertas aus der Bewegung gegen den Vertrag von Lissabon gegründet hat, ist auch für diese Parteien ein ähnliches Resultat zu erwarten. Da mit FPÖ und BZÖ in Österreich jedoch zwei weitere Parteien der gleichen Klassifikation vorhanden sind, ist die Fragestellung warum die WählerInnen sich für die Liste HPM und gegen FPÖ und BZÖ entscheiden zu untersuchen. In dieser Hinsicht ist es besonders bemerkenswert, dass viele WählerInnen die auf nationaler Ebene BZÖ gewählt haben, auf europäischer Ebene die Liste HPM wählen, obwohl die Positionierung des BZÖ und die Einstellung der StammwählerInnen ebenfalls sehr ähnlich denen der BZÖ Wechselwähler ist.

7. Schlussfolgerungen der Arbeit

Der Titel dieser Arbeit lautet Wahlen zum Europäischen Parlament 2009: Wahlen im Spannungsfeld zwischen nationaler und europäischer Ebene. Demzufolge wollten wir wissen, ob sich Stamm- und WechselwählerInnen ihrer Einstellung zur europäischen Integration unterscheiden, wenn ja in welchen Politikfeldern. Dies ist von Interesse, da mehrere Arbeiten darauf hinweisen, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als second-order Wahlen gesehen werden sollten, sondern auch europäische Faktoren eine Rolle spielen. Ich habe in dieser Arbeit drei mögliche Faktoren präsentiert: die generelle Einstellung zur europäischen Integration, die Einstellung zur europäischen Integration in Politikfeldern und die Einstellung zur Integration in konkreten Politikfragen.

Weiters habe ich argumentiert, dass die bisherige Klassifikation von WählerInnen, also die Unterscheidung in WählerInnen und NichtwählerInnen, das Wahlverhalten auf europäischer Ebene nicht am besten beschreibt. Eine Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen (wobei die NichtwählerInnen als WechselwählerInnen zu betrachten sind) soll das Wahlverhalten besser beschreiben. Ein Blick auf die Resultate ergibt folgendes:

Es gibt europäische Faktoren, die in der Wahlentscheidung eine entscheidende Rolle spielen. Es ist davon auszugehen, dass WechselwählerInnen auf europäischer Ebene eine andere Partei wählen (bzw. nicht zur Wahl gehen) als auf nationaler Ebene, da sich Stamm- und WechselwählerInnen in diesen europäischen Faktoren unterscheiden. Besonders stark ist dies im Bereich der Einstellung zu Politikfeldern ersichtlich. Bei Politikfeldern (bzw. Politikfragen), die auf nationaler Ebene behandelt werden, zeigen sich bei den WählerInnen eine geringe Bereitschaft für eine Europäisierung. Jedoch alle Bereiche die teilweise oder Großteils auf europäischer Ebene behandelt werden, sind die WählerInnen der Ansicht, dass dies auch weiterhin so bleiben soll. Dies bedeutet, dass die WählerInnen europäische Themenfelder (bzw. Politikfragen) sehen, und zwar alle Bereiche die schon auf EU-Ebene behandelt werden. Der Versuch weitere Themen zu europäisieren wie beispielsweise die SPÖ dies in Fragen der Sozialpolitik versucht, finden keinen Anklang, weder bei den eigenen WählerInnen noch bei WählerInnen von anderen Parteien.

Wichtig erscheint die Positionierung der Parteien für ihre StammwählerInnen. Während diese meist die gleiche Einstellung aufweisen wie die dazugehörige Partei, ist zwischen WechselwählerInnen und der Partei, die sie auf nationaler Ebene wählen, ein Unterschied in den Einstellungen zu sehen. Dies legt nahe, dass Personen, die mit der Positionierung der Partei, die sie auf nationaler Ebene wählen, nicht zufrieden sind, bei EP-Wahlen eine andere Partei wählen oder nicht zur Wahl gehen.

Gibt es keine eindeutige Positionierung einer Partei für oder gegen eine verstärkte Integration, so sind auch die Unterschiede zwischen den Stamm- und WechselwählerInnen marginal. Für zwei Bereiche konnte kein signifikantes Ergebnis gefunden werden, die Frage nach einer gemeinsamen EU-Außenpolitik sowie der Einstellung zur Steuer- und Finanzpolitik. In beiden Fällen zeigt sich folgendes Bild: Alle Parteien vertreten annähernd die gleiche Position. Ist dies der Fall so gibt es auch zwischen keiner Stamm- und Wechselwählergruppe einen großen Unterschied in der Einstellung zu dem jeweiligen Themenfeld.

Wenn wir uns die Typologie von EP Parteipositionen ansehen, würde die Liste HPM als Anti-System Partei klassifiziert werden. Angesichts anderer Parteien die nur bei EP-Wahlen antreten, nehme ich an, dass dies ein genereller Trend für diesen Parteientyp ist. Dies ist jedoch zu untersuchen. Weiters muss geklärt werden, warum WählerInnen diese Parteien wählen, wenn noch andere Anti-System Parteien zur EP-Wahl kandidieren.

All dieser Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die second-order Theorie für Wahlen zum Europäischen Parlament das tatsächliche Wahlverhalten nicht adäquat beschreibt. Laut der second-order Theorie werden EP-Wahlen von nationalen Parteien in einem nationalen Kontext bestritten. Daher ist auch die Wahlentscheidung auf nationalen Faktoren zurückzuführen. Wie wir in dieser Arbeit zeigen konnten, ist dies nicht der Fall. Es gibt europäische Faktoren, die das Wahlverhalten beeinflussen. Ich gehe davon aus, dass das Wahlverhalten auf europäischer Ebene aufgrund von nationalen und europäischen Faktoren zu erklären ist, wobei die in dieser Arbeit verwendeten Faktoren für weitere Untersuchungen verwendet werden können.

8. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

8.1. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Altersstruktur Datensatz.....	35
Tabelle 2: Ausbildungsniveau der Befragten	35
Tabelle 3: Überblick Wahlverhalten.....	36
Tabelle 4: Wählerströme.....	37
Tabelle 5: Soziodemografische Merkmale SPÖ.....	39
Tabelle 6: Soziodemografische Merkmale ÖVP	40
Tabelle 7: Soziodemografische Merkmale FPÖ.....	40
Tabelle 8: Soziodemografische Merkmale Grüne	41
Tabelle 9: Soziodemografische Merkmale BZÖ	42
Tabelle 10: Mittelwerte - europäische Integration.....	47
Tabelle 11: Einheitliches Steuersystem - Anteil an Befürwortern	52
Tabelle 12: Gemeinsames Sozialversicherungssystem - Anteil an Befürwortern.....	56
Tabelle 13: Gemeinsame Außenpolitik - Anteil an Befürwortern.....	59
Tabelle 14: Mehr Hilfe für EU-Regionen - Anteil an Befürwortern.....	62
Tabelle 15: Arbeitslosigkeit - Anteil an "europäische Ebene"	67
Tabelle 16: Einwanderung - Anteil an "europäische Ebene"	70
Tabelle 17: Umwelt - Anteil an "europäische Ebene"	74
Tabelle 18: Verbrechensbekämpfung - Anteil an "europäische Ebene".....	76
Tabelle 19: Gesundheit - Anteil an "europäische Ebene"	80
Tabelle 20: Agrarpolitik - Anteil an "europäische Ebene"	83
Tabelle 21: Energie -Anteil an "europäische Ebene"	86
Tabelle 22: Finanzen und Steuern - Anteil an "europäische Ebene"	88

8.2. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vergleich Stamm- und WechselwählerInnen	38
Abbildung 2: Antwortverweigerung bei Politikfragen	43
Abbildung 3: Antwortverweigerung bei Politikfeldern	44
Abbildung 4: Histogramm Europäische Integration.....	46
Abbildung 5: Gruppenvergleich europäische Integration.....	50
Abbildung 6: Einheitliches Steuersystem - Gesamtpopulation.....	52
Abbildung 7: Gruppenvergleich Steuersystem	54
Abbildung 8: Gemeinsames Sozialversicherungssystem - Gesamtpopulation	55
Abbildung 9: Gruppenvergleich gemeinsames Sozialversicherungssystem	57
Abbildung 10: Gemeinsame Außenpolitik - Gesamtpopulation	58
Abbildung 11: Gruppenvergleich - Gemeinsame Außenpolitik	60
Abbildung 12: Hilfe für EU-Regionen - Gesamtpopulation	61
Abbildung 13: Gruppenvergleich mehr Hilfe für EU-Regionen.....	63
Abbildung 14: Arbeitslosigkeit - Gesamtpopulation	66
Abbildung 15: Gruppenvergleich Arbeitslosigkeit	69
Abbildung 16: Einwanderung - Gesamtpopulation.....	70
Abbildung 17: Gruppenvergleich Einwanderung	72
Abbildung 18: Umwelt - Gesamtpopulation	73
Abbildung 19: Umwelt - Anteil an "europäische Ebene"	75
Abbildung 20: Verbrechensbekämpfung - Gesamtpopulation	76
Abbildung 21: Gruppenvergleich Verbrechensbekämpfung	78
Abbildung 22: Gesundheit - Gesamtpopulation	79
Abbildung 23: Gruppenvergleich Gesundheit.....	81
Abbildung 24: Agrarpolitik -Gesamtpopulation	82
Abbildung 25: Gruppenvergleich Agrarpolitik	84
Abbildung 26: Energie - Gesamtpopulation.....	85
Abbildung 27: Gruppenvergleich Energie	87
Abbildung 28: Finanzen und Steuern - Gesamtpopulation.....	88

Abbildung 29: Gruppenvergleich Finanzen und Steuern	89
Abbildung 30: Wählerstruktur Liste HPM	92
Abbildung 31: Politikprojekte - Liste HPM	93
Abbildung 32: Politikfelder - Liste HPM	94

9. Quellenverzeichnis

- Bennett, S.E., Flickinger, R.S., Studlar, D.T. (2003):** Turnout in European Elections: Towards a European-Centred Model. In: British Elections and Parties Review. Vol.13(1). S. 195-210.
- Biorcio, R. (2005):** Attitudes toward European Integration and Voting Choices: the Italian Case in a Comparative Perspective. Paper präsentiert auf der European Election Study Conference in der Central European University. Budapest. 20-22 Mai.
- Blais, A. (2006):** What affects voter turnout? In: Annual Review of Political Science. Vol. 9. S. 111-125.
- Blondel, J., Sinnott, R., Svensson, P. (1997):** Representation and Voter Participation. In: European Journal of Political Research. Vol.32(2). S. 243-272.
- Bortz, J. (2005):** Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg. Springer Medizin Verlag.
- Börzel, T., Risse, T. (2003):** Conceptualising the Domesticking Impact of Europe. In: Featherstone, K., Madaelli, C.M.: The Politics of Europeanisation. Oxford. S. 55-78.
- Diekmann, A. (2005):** Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Hamburg. Rowohlt Verlag.
- Clarke, H.D., Steward, M.C. (1987):** Partisan inconsistency and partisan change in federal states: The case of Canada. In: American Journal of Political Science. Vol. 31(2). S. 387-407.
- Carrubba, C., Timpone, R.J. (2005):** Explaining Vote Switching Across First- and Second-Order Elections: Evidence From Europe. In: Comparative Political Studies. Vol.38 S. 260-281.
- Curtice, Franklin, M. (1996):** Britain: Opening Pandora's Box. In: Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Michigan. University of Michigan Press. S. 78-96.
- Handl, A. (2002):** Multivariate Analysemethoden. Theorie und Praxis multivariater Verfahren unter besonderer Berücksichtigung von S-PLUS. Heidelberg. Springer.
- Fiorina, M. (1996):** Divided government (2nd ed.). Boston. Allyn&Bacon.
- Franklin, M. (2007):** The Economy and the Vote: Electoral Responses to Economic Conditions in 15 Countries. New York. Cambridge University Press.

- Gschwend, T. (2008):** Studying Contamination Effects in Multi-Level Systems of Governance: First Thoughts about Hypotheses and Research Design. In: van der Eijk, C., Schmitt, H. (Hrsg.): The Multilevel Electoral System of the EU. CONNEX Report Series Nr 04, Mannheim. S. 229-240.
- Hix, S., Marsh, M. (2007):** Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections. In: The Journal of Politics. Vol. 69(2). S. 495-510.
- Hooge, L., Marks, G., Wilson, C.J. (2002):** Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration? In: Comparative Political Science. Vol. 35. S. 965-989.
- Jacobson, G.C. (1990):** The electoral origins of divided government: Competition in U.S. House elections, 1946-1988. Boulder. Westview.
- Koepke, J.R., Ringe, N. (2006):** The Second-order Election Model in an Enlarged Europe. In: European Union Politics. Vol. 7(3). S.321-346.
- Kritzinger, S., Heinrich, H.-G. (2009):** *European Parliament Election 2009 – Pre-Election Study*, Vienna. University of Vienna. Zu finden unter <http://methods.univie.ac.at/data/>.
- Lefkofridi, Z., Kritzinger, S. (2008):** Battles Fought in the EP Arena: Developments in National Parties' Euromanifestos. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Vol. 37 (3). S. 273-296.
- Marks, G., Wilson, C.J., Ray, L. (2002):** National Political Parties and European Integration. In: American Journal of Political Science. Vol.46(3). S.585-594.
- Marsh, M., Franklin, M. (1996):** The Foundations: Unanswered Questions from the Study of European Elections, 1979-1997. In: Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996): *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Michigan. University of Michigan Press. S. 11-32.
- Marsh, M. (1998):** Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. In: British Journal of Political Science. Vol. 28 (4). S. 591-607.
- Mattila, M. (2003):** Why Brother? Determinants of Turnout in European Elections. In: Electoral Studies. Vol. 22(3). S. 449-468.
- Müller, W.C. (2000):** Das österreichische Parteiensystem: Periodisierung und Perspektiven. In: Pelinka, A., Plasser, F., and Meixner, W. (Hrsg.): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie*. Wien. Signum. S. 281–309.

- Nohlen, D., Schultze, R.-O. (2004):** Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. Verlag C.H. Beck. München.
- Norris, P. (1997):** Electoral Change since 1945. Blackwell.
- Plasser, F., Ulram, P. (2000):** Das österreichische Wahlverhalten. Wien. Signum Verlag.
- Plasser, F., Ulram, P. (2002):** Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens zur Konfliktkultur? Wien. WUV.
- Plasser, F., Ulram, P. (2007):** Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien. WUV.
- Reif, K., Schmitt, H. (1980):** Nine second-order national elections: A conceptual framework for the analysis of European election results. In: European Journal of Political Research. Vol. 8(1). S. 3-44.
- Schmitt, H. (1996):** Germany. A Bored Electorate. In: Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Michigan. University of Michigan Press. S. 137-157
- Schmitt, H. (2005):** The European Parliament elections of 2004: Still second-order? In: West European Politics. 28. pp. 650-679.
- Ulsaner, E.M. (1990):** Splitting image: Partisan affiliations on Canada's two political worlds. In: American Journal of Political Science. Vol.19(1). S. 105-127.
- Van der Brug, W., Van der Eijk, C. (2005):** European Elections and National Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future. Southbend. University of Notre Dame Press.
- Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996):** Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Michigan. University of Michigan Press.
- Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996a):** The Research: Studying the Elections of 1989 and 1994. In: Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Michigan. University of Michigan Press. S. 33-58.
- Van Egmond, M. (2007):** European Elections as Counterfactual National Elections. In: Van der Brug, W., van der Eijk, C. (Hrsg.): European Elections and Domestic Politics: Lessons From the Past and Scenarios For the Future. Notre Dame. University of Notre Dame press. S. 35-58.
- Wessels, W. (2006):** Das politische System der EU. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn. Bertelsmann. S.83-108.

Worre, T. (1996): Denmark: Second-Order Containment. In: Van der Eijk, C., Franklin, M. (1996): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Michigan. University of Michigan Press. S. 97-114.

Internet:

Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich (zuletzt aufgerufen am 24.03.2010): <http://www.euoparl.at>

Results of the 2004 European Election (zuletzt aufgerufen am 10.10.2010):
<http://www.euoparl.europa.eu>

Results of the 2009 European Election (zuletzt aufgerufen am 10.10.2010):
http://www.euoparl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/new_parliament_en.html

Results of the 2009 European Election in Austria (zuletzt aufgerufen am 10.10.2010):
http://www.euoparl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/austria_en.html

Western European Union (zuletzt aufgerufen am 05.10.2010): <http://www.weu.int/>

Offizielle Homepage der Europäischen Union (zuletzt aufgerufen am 10.10.2010):
http://europa.eu/pol/financ/index_en.htm

10. Zusammenfassungen, Lebenslauf

10.1. Zusammenfassung

Das europäische Parlament ist die einzige direkt gewählte Institution auf europäischer Ebene. Eine essentielle Frage hierbei ist, ob die Wahlen zum Europäischen Parlament aus einer nationalen oder europäischen Perspektive zu sehen sind. Ein wesentliches Modell für diese Frage ist das second-order Modell, das von einer Dominanz der nationalen Ebene ausgeht. Andere Ansätze sehen einen Einfluss der europäischen Ebene. Diese Arbeit untersucht ob und welche Einflussfaktoren auf europäischer Ebene vorhanden sind. Hierbei werden drei mögliche Faktoren evaluiert: die generelle Einstellung zur europäischen Integration, die Einstellung zur europäischen Integration in Politikfeldern und die Einstellung zur Integration in konkreten Politikfragen. Weiters wird untersucht, ob eine neue Klassifikation von WählerInnen (Einteilung in Stamm- und WechselwählerInnen) eine bessere Erklärung des Wahlverhaltens liefert, als die Unterscheidung in WählerInnen und NichtwählerInnen.

Schlagwörter:

Europäisches Parlament, Wahlen zum Europäischen Parlament, europäische Integration, second-order Theorie, Counterfactual Modell

10.2. Abstract

Regarding to European institutions, the European Parliament is the only institution which is elected directly by the people. The question whether these elections should be seen in the national or in the European context is an essential question. A very prominent theory about European Parliament Election is the second-order theory, which states that elections on the European level should be seen in a national (first-order) context. Assuming critics on the validity of the second order theory other models indicate a certain degree of 'European' factors, which affect the voting behaviour. This paper focuses on the question if and which European factors exist. I am focussing on three possible European factors: the general view on European Integration, the view on European Integration regarding policies and the view on European Integration regarding political projects. Furthermore a new classification of voters (party stalwart and swing voters) instead of the distinction between voters and non-voters will be tested. This new classification should enhance the explanation of electoral behaviour in the context of European Parliament Elections.

Keywords:

European Parliament, European Parliament Elections, European Integration, second-order theory, counterfactual model

10.3. Curriculum Vitae

Dieter Feierabend
Napoleongasse 6
A – 2301 Groß-Enzersdorf
Date of Birth: 01. January 1985
E-Mail: dieter.feierabend@ihs.ac.at

Academic Education

since 10/2010	Institute for Advanced Studies (IHS) Vienna, Ph.D. Candidate at the Department of Political Science and participant of the postgraduate program “Multi-Level Politics in Europe”
02/2006 – 11/2010	Diploma Study in Political Science
10/2006 – 10/2009	Bachelor Study in Statistics

School Education

09/1999 – 06/2004	Higher Technical Institute Wien-Donaustadt, Department of Computer Engineering
09/1995 – 08/1999	Secondary school, Groß-Enzersdorf
09/1991 – 08/1995	Grammar school, Groß-Enzersdorf

Employment history

since 10/2010	Lecturer at the University of Vienna (Quantitative Methods in the Social Sciences)
05/2010 – 11/2010	Institute for Advanced Studies – research fellowship
10/2008 – 15/2010	Tutor at the University of Vienna (Quantitative Methods in the Social Sciences)
12/2004 – 02/2005	Pichler Medienvertrieb (ordering system)

Skills

Language:	German (first language), English
Statistics software:	SPSS, R, SAS, STATA